

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 30 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Verurteilungen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (unilässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengelände und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Stimme des Volkes.

Bei der Beratung der Wehrvorlage im Reichstage gab es bisher einen tiefsten und einen höchsten Stand. Tief unten im Sumpfe der Polemik des Reichsverbandes watete am Montag der hinreichend bekannte General dieses bekannten Verbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie, als er die grotesk-abgeschmackte Behauptung wagte, die deutsche Sozialdemokratie gehöre nicht zum deutschen Volke. Auf die freie Höhe einer freien und kühnen Weltanschauung aber, auf den festen Boden einer auf Grundtatsache und Ueberzeugungstreue gesicherten politischen Gesinnung führte den Deutschen Reichstag am Dienstag unser Genosse Scheidemann in einer Rede voll hinreißenden Schwunges und von unwiderstehlicher Durchschlagskraft.

Der Tag hatte wenig hoffnungsvoll begonnen, an das müde Ende des ersten Tages war ein matter Anfang des zweiten Tages getreten. Herr Vasser mann hatte zwar am Montag ausdrücklich verzichtet und lieber noch zwei untergeordnete Redner untergeordneter Parteien reden lassen, als daß er das Gedankenwerk seiner Rede nach fünf Uhr nachmittags der staunenden Mitwelt offenbart hätte. Er stand daher am Dienstag als Erster auf der Rednerliste und läßt ihn mit dem Schwung und der Feuerkraft nationalliberaler Begeisterung würdig einleiten können. Aber trotzdem er sich aus Klären verschiedener Form und verschiedenen Inhalts ausgesetzt selbst anspornte, kam er in keine Begeisterung. In der ersten Viertelstunde erzog er sich nicht einmal die Aufmerksamkeit des notdürftig besetzten Hauses.

Er hatte auch nichts zu sagen. Daß die Nationalliberalen alles bewilligen wollen, wußte die Öffentlichkeit schon längst, ohne daß es ihr jemand hätte mitzuteilen brauchen. Neu war allerdings die Wasserinnigkeit die der Bewilligungsbereitschaft: wenn der Generalstab militärische Neuerungen und Aufrüstungen für notwendig hält, so müssen Regierung und Reichstag Ja und Amen sagen! Denn war verstehen sie als Laien von militärischen Notwendigkeiten! Das heißt die militärische Unfehlbarkeit zum unbeschränkten Diktator machen!

Die müde Resignation, von der vor kurzem ein fortschrittlicher Politiker geschrieben hat, klang trotz alledem auch bei Vasser mann durch. Ganz wohl ist ihm nicht gegenüber den Ungehörlichkeiten der neuen Vorlage. Man kann ihre Last nicht ganz wie sonst auf die Schultern des arbeitenden Volkes abwälzen, der erste Versuch aber, die notleidenden nationalliberalen Millionäre zur Deckung heranzuziehen, hat in diesen Kreisen den patriotischen Eifer schon merklich abgekühlt. So qualte sich auch Herr Vasser mann mit einigen Reformvorschlügen ab, die freilich das Fell des Bären waschen wollen, ohne es nah zu machen.

Der konservative Graf Kanitz gehörte zu den wenigen bürgerlichen Rednern, denen man auch bei entgegengesetzter politischer Gesinnung mit Interesse zuhören kann, weil er — ein weißer Hahn auf der Rednerliste! — in der Regel selbstverarbeitete Gründe vorträgt und sachlich polemisiert. Und da hat es dann die eigene Logik der Dinge gewollt, daß Graf Kanitz beim Nachdenken über die Ursachen und Wirkungen der neuen Wehrvorlage auf Gedankenängewege gekommen ist, die ihm von den Vätern der Sozialdemokratie her eine lebhafteste Zustimmung eintrugen, während ihm seine eigenen Parteigenossen in betretenem Schweigen zuhörten. Daneben hieß er freilich wie ein echter Don Quichotte auf Windmühlensfügel los, als er in dem Nebel seiner konservativen Ideologie die ganzen Franzosen im Vormarsch auf Berlin begriffen sah. Es waren aber keine Franzosen. Die lauten Schreier, die er dafür gehalten hatte, sind die unverantwortlichen Chauvins deutscher Nation; sind die friedensstörenden alldutschen Maulhelden, die das Schwert im Munde tragen.

Der fortschrittliche Abgeordnete Müller-Meinungen raste sich ungeachtet der starken Mißstimmung weiter Kreise des Bürgertums zu einer kräftigeren Oppositionsrede auf, als man sie in den letzten Jahren bei Militärvorlagen aus freisinnigem Munde gewöhnt war. Er kritisierte die mangelhafte schriftliche und mündliche Begründung und deckte in teilweise recht wirkungsvollen Ausführungen Mißstände des gegenwärtigen Seereswesens auf. Aber es fehlte seinen Argumenten doch die Wucht. Jedermann weiß, daß die Tapferkeit der Liberalen nur eine schnell vorübergehende Erscheinung ist, daß sie nicht die Kommissionsberatungen überdauert, geschweige bis zum Ende der dritten Lesung anhält. Wenn die Freisinnigen noch jemals den Mut aufbrächten, gegen die unerhörten Zumutungen unverantwortlicher militärischer Rüstungstreiber mit einer entschiedenen Ablehnung zu antworten, wenn sie noch so viel Selbstgefühl besäßen, den Annahmungen militärischer Gewalt Herrschaft den Stolz parlamentarischen Machtbewußtseins entgegenzusetzen, so wäre auf ihre laute Kritik noch etwas zu geben. So aber glaubt man schon bei der ersten Lesung aus dem lärmenden, aber wenig imponierenden Geräusch die Rückzugskanonade zu hören.

Nach einer scharfen Ablehnung der Militärvorlage durch den Vertreter der Polen kam Genosse Scheidemann als zweiter Redner der Sozialdemokratie zum Wort. Vom ersten bis zum letzten Wort hielt er den ganzen Reichstag in den Bann seiner glänzenden Rhetorik und seiner zwingenden

Logik. In ihm kam das deutsche Volk zum Wort, das Volk, das ein vorlauter Praefeur am Tage vorher als nicht zum deutschen Volk gehörig zu beleidigen wagte, das Volk, das jahrein, jahraus ungeheure Opfer von Gut und Blut für die Wohlfahrt und Größe Deutschlands bringt, das Volk, das sich unter den größten Schwierigkeiten und Sorgen, unter dem vernichtenden Druck der kapitalistischen Ausbeutung soviel Energie und Spannkraft des Körpers und Geistes bewahrt, daß es die zerstörenden Wirkungen der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen Entrechtung in zäher Geduld und in bewundernswerter Unermülichkeit immer wieder aufs neue ausgleicht und damit die Zukunft Deutschlands sichert. Was Scheidemann über die Wehrvorlage sagte, was er dem Reichskanzler erwiderte, wie er die gewissenlose Gehe der Chauvinisten diesseits und jenseits der Vogesen kennzeichnete, wie er zum beredeten Minder einer Solidarität der Kulturnationen zum Schutze der Freiheit und der Kultur wurde, das alles wird ein jubelndes Echo im deutschen Volke finden. Und nicht nur bei dem eigentlichen engeren Volke, das wir Sozialdemokraten selbst darstellen und im Reichstage vertreten, auch bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein!

Auf Scheidemann folgte noch der unvermeidliche Herr Erzberger vom Zentrum, der, wie bei allen militärischen Vorlagen, auch dieses Mal wieder den einzigen militärischen Fachmann des Zentrums, den Generalmajor Gähfeler, beiseite geschoben hatte. Freilich, Herr Gähfeler ist ein unbehaglicher demokratischer Militärcritiker und — versteht etwas mehr von militärischen Dingen als der redeliche Erzberger, der alles, was er sagt, mit der gleichen unerträglichen Prübe einer automatenhaften parlamentarischen Geschwätzigkeit überzieht und daher alles gleich ungenießbar macht. Soweit man doch hier und da an einen wahrhaften Gedanken geriet, hatte er ihn zuvor bei seinen Vorrednern, besonders bei Müller-Meinungen und Scheidemann, aufgefressen.

Am Mittwoch geht die Beratung weiter.

Gegen die Forderungen des Militarismus.

Die Agenten des Wehrvereins.

Die Rüstungsheher und ihr Anhang entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um Kundgebungen für die neue Militärvorlage zustande zu bringen. Der Wehrverein, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und andere Gebilde, die aus dem Sumpfe des blödesten Chauvinismus aufgestiegen sind, zeigen sich eifrig an der Arbeit. Der Verein deutsch-nationaler Arbeiter, die Organisation der „Gelben“, darf bei dieser anmutigen Arbeit nicht fehlen. Die Redner in diesen Versammlungen sind meist abgehaltene Offiziere, vom Leutnant a. D. bis zum einstigen General hinauf.

Daß an solchen Offizieren kein Mangel ist, dafür sorgt die große Säge, die bei der Armee unausgesetzt im Betrieb gehalten wird. Die inaktiven Offiziere begrüßen natürlich die Gelegenheit, ihre Pension durch einen Nebenverdienst zu ergänzen, mit großer Freude. Es ist nicht jedermanns Sache, der daran gewöhnt ist, Nekruten zu drillen, seinen Lebensunterhalt jetzt durch den Verkauf von Zigarren, Kognak, Wein oder durch den Abschluß von Versicherungen zu verdienen. Die Pension bei den unteren Chargen ist aber so bemessen, daß die Leute davon mindestens nicht standesgemäß leben können. Es ist auch gar nicht zu verkennen, daß es auf unklare Bevölkerungsschichten einen gewissen Eindruck macht, wenn sich ein früherer Hauptmann oder Rittmeister hinstellt, um über militärische Fragen zu reden. Man setzt eben vielfach voraus, daß solche Herren über hervorragende militärische Kenntnisse verfügen. Der Kenner der Verhältnisse allerdings weiß, daß es damit in der Regel nicht sonderlich gut bestellt ist, denn der Dienst auf dem Kasernenhof wirkt mindestens nicht fortbildend.

Selbst der frühere kommandierende General Freiherr v. Bissing ist in die Arena getreten, um in einer Versammlung in Eisen die Notwendigkeit der neuen Militärvorlage zu beweisen. Dieser General ist seinerzeit dadurch bekannt geworden, daß ein von ihm unterzeichneter Armeebefehl, der in ähnlicher Form für alle Armeekorpsbezirke gilt, veröffentlicht wurde, in welchem er anordnete, im Falle einer Mobilmachung sämtliche sozialdemokratischen Redakteure kurzerhand zu verhaften und insbesondere nicht etwa vor der verfassungsmäßig gewährleisteten Immunität sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Halt zu machen. In diesem Armeebefehl war auch eine bis ins einzelne ausgearbeitete Anordnung über das Vorgehen des Militärs bei Straßenkämpfen enthalten. Ueber dieses Thema wird der General allerdings kaum Vorträge zu halten geneigt sein, denn es war der Seeresverwaltung außerordentlich unangenehm, daß dieser Armeebefehl seinerzeit in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist.

Der Wehrverein wiederum versucht es mit einer Broschüre, die in Massen unter die Bevölkerung geworfen wurde, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Nur eine kleine Probe sei aus dem ungeheuren Wust von Unwahrheiten herausgegriffen. Es wird nämlich behauptet, daß auch die Arbeiter die Wehrvorlage mit Freuden begrüßen müßten, denn durch die Wehrreinstellung von 63 000 Mann jährlich werde der Arbeitsmarkt entlastet. Die Macher dieser Schrift — wissen natürlich ganz genau, daß wir in Deutschland keinen Ueber-

fluß, sondern einen Mangel an Arbeitskräften haben, der sich besonders darin zeigt, daß wir jährlich etwa eine Million Arbeiter aus dem Auslande einführen müssen. Für jeden aufgeklärten Arbeiter ist natürlich ohne weiteres klar, daß die Einfuhr ausländischer Arbeiter steigen muß, wenn eine größere Anzahl inländischer Arbeiter durch die Einziehung in die Kasernen wirtschaftlich lahmgelegt wird. Ausländische Arbeiter holt man aber nicht aus kulturell hochstehenden, sondern aus rückständigen Gegenden, um sie gleichzeitig als Lohndrücker verwenden zu können. Der Wehrverein sagt natürlich auch kein Wort davon, daß diese 63 000 Mann, die dem Wirtschaftsleben jedes Jahr mehr entzogen werden, auf Kosten der Steuerzahler unterhalten werden müssen. Das ist so die Methode, mit der man versucht, im Lande draußen Stimmung zu machen. Für uns ergibt sich daraus die Notwendigkeit, mit aller Macht gegen den Rüstungswahnsinn zu agitieren.

Die französische Kritik der Reichskanzlerrede.

Paris, 8. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Rede Bethmann Hollwegs kommt jedenfalls Frankreichs Absicht, die dreijährige Dienstzeit einzuführen, zugute. Die republikanische Presse protestiert gegen die Behauptung, Frankreich sei chauvinistisch gesonnen und weist auf die Beppekinaffäre hin. Jaurès fragt: Warum der Wahnsinn des bewaffneten Friedens, wenn keine Regierung den Krieg will? Der Reichskanzler versichert, daß Deutschland keinerlei Angriffsabsichten hat und nur gegen die panslawistische Flut, die in Rußland anschwillt, und gegen den Chauvinismus, der in Frankreich erwacht, Vorsichtsmahregeln ergreift. Morgen wird die französische Regierung zur Verteidigung ihres Wehrgesetzes versichern, daß Frankreich keinerlei Angriffsabsichten hat, daß es sich nur gegen die Möglichkeit eines deutschen Ueberfalles oder gegen die Brutalität, die einem Ueberfalle gleichkommen würde, geschützt wissen will. Durch welche Verblendung sind zwei Regierungen, die mit augenscheinlicher und gleicher Aufrichtigkeit den Frieden wollen, dazu verurteilt, gegeneinander ohne Ende zu rüsten und die Völker im Hinblick auf einen Krieg zu erschöpfen, den weder die eine noch die andere im Sinne hat? Ein Tag wird ohne Zweifel kommen, wo die Völker sich wundern werden, diese Herrschaft des Wahnsinns so lange ertragen zu haben. Solange die Dummheit dieses von Gewehren starrenden und mit Granaten vollgestopften wilden Friedens dauern wird, gibt es für Frankreich nur eine Bürgschaft und eine Hilfe, nämlich die Miliz, das Volk in Waffen, in ganzem Umfange zu verwirklichen. Mit dem dreijährigen Dienst ist dies unmöglich. Dieser würde uns im Gegenteil zum Berufsheer führen, das bestimmt ist, zermalmt zu werden und in der Niederlage unterzugehen.

„Echo de Paris“ behauptet, die deutschen Sozialisten hätten Bethmanns Rede mit religiösem Schweigen (!) angehört. Haases Protest sei in Watte gewickelt gewesen, weil die Sozialdemokraten die Flucht von Wählern fürchten. Der „Figaro“ vermutet, die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages sei in der Militärfrage uneinig, jedenfalls aber nur zu möglichst schwachem Protest aus Rücksicht auf die französischen Genossen entschlossen. — Man sieht, die französischen Chauvins verziehen sich aufs Fälschen und Verdrehen nicht minder wie die deutschen.

Kundgebungen gegen die Wehrvorlage.

Weitere sozialdemokratische Demonstrationsversammlungen wurden in den letzten Tagen abgehalten: am Niederrhein in 20, im Wahlkreis Raumburg-Weihenfeld-Feich in 15 Städten und Ortschaften. Alle Versammlungen wiesen einen überaus starken Besuch auf. In Köln wurde in sechs Versammlungen demonstriert. Weitere Versammlungen wurden abgehalten in Breslau, Jena, Ostod, Ansbach usw. In Karlsruhe wurde die Versammlung auffallendweise polizeilich überwacht, obgleich in Baden schon seit 12 Jahren keine politische Versammlung mehr überwacht wurde. Im Wahlkreis Reiche fanden zwei sehr gut besuchte Versammlungen gegen den Rüstungswahnsinn statt.

Fortschrittliche Kampfesweise.

Der „Freisinnigen Zeitung“, dem offiziellen Organ der fortschrittlichen Volkspartei, gefällt unsere Kritik an dem fortschrittlichen Wahlauftritt nicht. In der Manier, durch die sich dieses Blatt seit seinem Bestehen auszeichnet, wirft es uns Fälschung der Tatsachen vor, weil wir die ihm freilich recht unangenehme Wahrheit geschrieben haben. Wir haben behauptet, daß neben den Nationalliberalen auch der Freisinn im Jahre 1909 die Steuerreform der Regierung beschlehtet und schon den niedrigen Einkommen Zuschläge aufgebürdet hat. Die „Freis. Ztg.“ nennt diese Feststellung eine glatte Unwahrheit und fügt hinzu, die Freisinnigen seien bei Beratung der Steuernovelle 1909 im Gegenteil nur bereit gewesen, mit den Zuschlägen zu der Einkommensteuer bis auf die Einkommen von 8000 Mark herabzugehen, während alle geringeren Einkommen frei bleiben sollten; sie hätten auch im Plenum einen dahingehenden Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt sei.

So die Darlegung der „Freis. Ztg.“, die den „Vorwärts“ beschuldigt, seine Behauptung wider besseres Wissen aufgefälscht zu haben, aber so freundlich ist, ihm mildernde Umstände zuzubilligen.

weil auch das von dem Genossen Hirsch bearbeitete offizielle Landtagshandbuch die Unwahrheit sage. Im Landtagshandbuch ist nämlich zu lesen: „Auf Beschluß aller bürgerlichen Parteien des Landtages sind die Zuschläge auf das Einkommen von 1200 M. angenommen worden.“ Die „Frei. Ztg.“ fordert den Genossen Hirsch auf, diese „Unwahrheit“ aus Anstandsgründen richtig zu stellen. Dazu ist Genosse Hirsch, wie er uns schreibt, beim besten Willen nicht imstande, weil das, was die „Freisinnige Zeitung“ von ihm verlangt, nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als daß er den Fortschrittler zuliebe die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt. Wie verhält es sich denn mit der Belastung des Volkes durch die Steuerzuschläge. Darüber gibt das sozialdemokratische Landtagshandbuch auf Seite 499 folgende altertümliche Darstellung:

„Unpraktisch sollten die Zuschläge erst vom Einkommen über 7000 M. erhoben werden, aber infolge eines Kompromisses zwischen der Regierung und sämtlichen bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses wurden die Zuschläge bereits bei Einkommen von mehr als 1200 M. beschlossen. Für diese Belastung der unbemittelten Volksschichten, die von Rechts wegen überhaupt steuerfrei sein müßten, stimmten in der Kommission auch die Vertreter der freisinnigen Parteien, obwohl ihr Fraktionsredner in der ersten Sitzung im Plenum eine Heraushebung der Grenze noch über die Regierungsvorlage hinaus angeregt hatte. Angesichts ihrer Haltung in der Kommission kann man den später im Plenum von den Freisinnigen eingebrachten Antrag, wenigstens Einkommen bis zu 3000 M. von Zuschlägen frei zu lassen, kaum ernst nehmen. Es handelt sich hierbei offensichtlich nur um ein taktisches Manöver. Tatsächlich haben die Freisinnigen mit den übrigen bürgerlichen Parteien gemeinsam die Belastung der ärmeren Volksschichten beschlossen, und sie müßten es sich ja auch gefallen lassen, daß der Wortführer der Konservativen, Abg. v. Hennigs-Rechlin, ihnen am 19. Februar 1909 für ihr „großes Entgegenkommen“ überschwänglich Lob spendete.“

Also: In der Kommission haben die Freisinnigen zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag auf Freilassung der unteren Einkommen niedergestimmt. Im Plenum haben sie dann Heraushebung der Grenze auf 3000 M. beantragt, und nachdem dieser Antrag gefallen war, haben sie der ganzen Vorlage, also auch der Belastung der unteren Einkommen, zugestimmt.

Da wir darauf gefaßt sind, daß die „Frei. Ztg.“ auch diese authentische Darlegung als unwahr und erlogen bezeichnen wird, fassen wir ab. Kronzeugen für die Richtigkeit unserer Schilderung den verstorbenen Abg. Ghylling an, der die freisinnige Volkspartei feinerzeit in der Steuerkommission vertreten hat. Abg. Ghylling sagte in der Sitzung vom 19. Februar 1909 (Spalte 2523 und 2524) in der Begründung des freisinnigen Antrags auf Freilassung der Jensten von 1200 bis 3000 M. von den Zuschlägen wörtlich:

„In der Kommission haben wir allerdings in zweiter Lesung — dem Herrn Kollegen Hirsch wird das doch bekannt sein — dem Beschluß der Kommission auch unsere Zustimmung gegeben, weil der Herr Finanzminister ausdrücklich erklärt hatte, daß er von der Zustimmung zu diesem Beschlusse auch sein Eintreten für die von der Kommission beschlossenen Beamtenbesoldungserhöhungen abhängig mache.“

Nur weil die Konservativen das Kompromiß durchbrochen hatten, hielten sich die Freisinnigen, wie Herr Ghylling weiter ausführte, für berechtigt, auch ihrerseits den Boden des Kompromisses zu verlassen.

Das ist die volle Bestätigung dessen, was wir geschrieben haben, und es wird der „Frei. Ztg.“ nun wohl nichts anderes übrig bleiben, als entweder auch ihren verstorbenen Parteiführer Ghylling als Lügner zu bezeichnen oder endlich einmal selbst der Wahrheit die Ehre zu geben.

Genau so unwahr ist die weitere Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“, daß einzig und allein die Sozialdemokratie rückhaltlos das Streben des Finanzministers nach Verewigung der Zuschläge in der letzten Steuerreform gebilligt und unterstützt habe. Das geschah, obwohl die Genossen ganz genau wußten, daß in diesem Falle auch die geringen Einkommen von 1200—3000 M. von den Zuschlägen nicht befreit werden würden.“ In Wirklichkeit war es gerade der Vertreter der Sozialdemokratie, der in der Steuerkommission für Einkommen unter 1600 M. die sofortige Befreiung der Zuschläge beantragt hatte.

So entsteht das offizielle Organ der freisinnigen Volkspartei die Tatsachen, so fälscht und lügt es und geht hinterher die, die die Wahrheit sagen, der Lüge.

Die Blockade.

Gerüchtweise verlautet, daß Dienstagmorgen der Generalkonferenz auf Skutari begonnen hat. Es muß also mit dem Fall der Festung gerechnet werden. Was dann geschehen wird, darüber mögen sich die Botschafter in London die Köpfe zerbrechen. Das Wichtigste ist, daß jede Separataktion Oesterreichs vermieden bleibt, daß nichts geschieht, was die Spannung vermehrt. Denn daß die Skutari-Frage keinen Knochen eines österreichischen oder russischen Arbeiters wert ist, daß Herr Nikita von Montenegro nicht der Anstifter eines europäischen Krieges werden darf, ist wohl klar. Wir stimmen da ganz mit der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ überein, wenn sie schreibt:

„Die herausfordernde die Kleineroße reden — auch Serbien erklärt kaltblütig die Forderung seiner Truppen sendungen als Erfüllung der Bundespflicht — um so Kühler und besonnener muß man in Wien bleiben. Die Sache ist glatt lösbar als Angelegenheit, die zwischen Europa und Montenegro schwebt. Das Wiener Kabinett täte unklug, allzu sehr nach Gewaltmaßregeln zu drängen. Die Reaktionen gegen die montenegrinischen Einfälle werden sich durch die Entwicklung der Dinge schon von selbst ergeben, aber jeder Schritt vorwärts kann nur langsam und vorsichtig getan werden, soll nicht die Eingkeit der Mächte in Frage kommen... Da das Ziel, die Anerkennung Skutaris als albanische Stadt, erreicht ist, kann Oesterreich-Ungarn der Weg der Durchführung gleichgültig und der friedsamste der Liebste sein. Die Herren, die gern auf dem Boden (dem Berg, der Cetinje beherrscht) egerzieren möchten, sollen inwischen Brausebäder nehmen. Keinen Schritt über die europäische Solidarität hinaus!“

Die serbische Hilfe.

Wien, 8. April. Zuverlässigen Nachrichten aus Saloniki zufolge liegen dort 17 griechische Transporthilfskräfte mit serbischen Truppen und Munition bereit.

Die Antwort Serbiens.

Belgrad, 7. April. Wie ein heute veröffentlichtes halbamtliches Communiqué besagt, hat die serbische Regierung in Beantwortung der Note der Großmächte zur albanesischen Frage erklärt, daß sie die serbischen Truppe von Skutari nach dem Friedensschluß oder nach der Einnahme Sku-

taris und die serbischen Truppen aus Albanien nach Belgrad zurückziehen werde. Die Forderung einer Garantie für die Mohammedaner und Katholiken könne die serbische Regierung nicht entsprechen, weil diese Forderung dem Rechte der staatlichen Souveränität widerspreche und weil die Verfassung genügende Bürgschaft für die weiteste Glaubensfreiheit biete.

Chauvinistische Kundgebungen in Rußland.

Wien, 8. April. Vor dem bulgarischen Konsulat fand eine von Studierenden veranstaltete Manifestation statt. In der Menge bemerkte man außer russischen auch bulgarische Flaggen. Redner begrüßten den Konsul als den Vertreter des Balkanbundes und hielten ihn, den Balkanländern telegraphisch die Sympathien des russischen Volkes für die südslawischen Freiheitskämpfer auszusprechen. Hierauf zogen die Manifestanten zum griechischen Konsulat, und von dort zum Denkmal Alexanders II., wo sie die russische Hymne und den Choral „Gwiges Andenken“ unter Anhebung ab sangen, während sich die Fahnen senkten. Vor dem Gebäude der Stadtduma wurden patriotische Reden gehalten. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

Auch in Petersburg wurde eine nationalistische Versammlung abgehalten, der zahlreiche militärische und geistliche Würdenträger beiwohnten. Es wurde gegen die Regierungspolitik und gegen Oesterreich demonstriert.

Unter Bundesgenossen.

Wien, 8. April. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Das Armeekommando nimmt umfangreiche Truppenverschiebungen vor, welche namentlich eine starke militärische Sicherung einzelner Punkte bezwecken, die unter den Bundesgenossen noch freiliegend sind. Drei Divisionen werden in die okkupierten Gebiete gelegt.

Eine bulgarische Schlappe und ihre Folgen.

London, 8. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach einer Meldung des Spezialberichterstatters der „Times“ aus Sofia dürfte die Schlappe, die die Türken den Bulgaren am 20. März bei Tschataldscha zugefügt, eine Rückwirkung auf die politische Situation haben. Es handelt sich auf bulgarischer Seite um die Aufreibung zweier Regimenter aus Sofia, die schon zu Anfang des Krieges schwere Verluste erlitten hatten. In den letzten fünf Monaten sind diese Regimenter wieder auf Kriegsstärke gebracht worden, indem man ihnen junge Rekruten, von denen viele aus den besten Familien stammten, einverleibte. Ende März schickte man sie nach Süden, wo sie eine vor plötzlichen Ueberfällen gesicherte Stellung bei Eupul Nischmedsche bezogen, die bis dahin von zwei Donauregimenten gehalten wurde. Kaum waren die alten Truppen abmarschiert, als am nächsten Morgen die Türken die jungen Rekruten angriffen und die Mehrzahl von ihnen niedermachten. Das Ereignis soll einen großen Umschwung in der bulgarischen Hauptstadt hervorgerufen haben. Viele hervorragende Leute helfen jetzt dem Friedensschluß geneigter sein. In militärischen Kreisen, sagt der Korrespondent, betrachte man den Vorfall jedoch von gänzlich anderem Standpunkt.

Offiziersübergriffe und Soldatenmißhandlungen vor der Budgetkommission.

Bei der allgemeinen Debatte über den Militäretat wurde am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstags der bekannte Fall des Nishiner Bezirksoffiziers v. Kammler lebhaft erörtert. In einem aus politischen Vorgängen entstandenen Prozeß wurde diesem Offizier durch Gerichtsurteil nachgesagt, daß er wiederholt die Unwahrheit gesagt habe, auch dem zuständigen Bezirkskommandeur wurde ähnliches attestiert. v. Kammler hat Mannschaften bei Kontrollversammlungen in größter Weise beschimpft und harte Strafen verhängt. Medizinische Sachverständige erklärten diesen Offizier für einen „höchsten Grades geisteskranken“. — Abg. Erzberger fragte an, wie es komme, daß ein solcher Mann nach auf dem Posten eines Bezirksoffiziers gelassen wird. — Der Kriegsminister antwortete, v. Kammler sei davor beurlaubt worden, aber ein Grund zum Entschreiben liege nicht vor, denn das gerichtliche Verfahren sei nicht abgeschlossen. Alle Vorgefahren seien mit v. Kammler sehr zufrieden, zu Beschwerden habe er keinen Anlaß bisher gehabt. — Genosse Kossel führte aus, daß die Erklärung des Kriegsministers in der Öffentlichkeit den peinlichsten Eindruck erwecken müsse. Ein Offizier, der die wehrlosen Mannschaften in der unqualifiziertesten Weise beschimpft, gehöre von seinem Posten entfernt zu werden, zumal wenn gegen ihn ein solch vernichtendes Gerichtsurteil vorliegt. — Der Kriegsminister bestritt, daß v. Kammler die Mannschaften in der angegebenen Weise behandelt habe. Leider habe er von den bürgerlichen Gerichten die Ästen nicht erhalten können. — Abg. Prabant kennt v. Kammler persönlich, der infolge eines Sturzes sehr leicht reizbar sei und mit großer Vorherrsicht behandelt werden müsse. — Von mehreren Rednern wurde ebenfalls gefordert, solche Leute zu pensionieren, aber sie nicht auf die Mannschaften des Verlaustensjahres loszulassen. — Der Kriegsminister gab zu, daß der Posten der Bezirksoffiziere dazu diene, Offiziere, die felddienstunfähig geworden sind, vor frühzeitiger Pensionierung zu schützen.

Die Genossen Schöpplin und Leusch brachten das Verhalten so vieler Offiziere bei Kontrollversammlungen zur Sprache und forderten, daß Remedur gegen Uebergriffe dieser Herren geschaffen wird. Genosse Leusch kritisierte auch den Fall des Flügeladjutanten v. Seiden, der Kriegsminister gab den Ausdruck „Schweineerei“ preis, verteidigte aber im übrigen auch diesen Offizier. — Von Vertretern bürgerlicher Parteien wurde behauptet, daß bei Kontrollversammlungen im allgemeinen die Mannschaften doch besser behandelt werden, als wie die Sozialdemokraten es darstellten.

Abg. Erzberger brachte Soldatenmißhandlungen zur Sprache, woran sich eine lebhaft ausgesprochene Inzucht, in der Genosse Schöpplin betonte, daß sehr wohl die Mißhandlungen auf ein Minimum beschränkt werden könnten, wenn die Offiziere für Mißhandlungen bei den ihnen unterstellten Truppenteilen verantwortlich gemacht würden. — Der Kriegsminister verteidigte gleichfalls die Soldatenschnitzereien, die ohne Zweifel für das Heer schädlich seien. — Abg. Samler brachte die Oberzeigaffäre des bayerischen Obersten Hennig zur Sprache, der auf der Straße einen Redakteur ohrefreigte und der deshalb zu 60 M. verurteilt worden ist, aber jetzt eine Brigade erhalten hat. — Der bayerische Militärbevollmächtigte erklärte, über die Beförderung lehne er jede Antwort ab, sei sei Sache der Kommandogewalt des Königs von Bayern und entziehe sich der Kompetenz des Reichstages. — An diese Erklärung schloß sich eine längere Debatte über

ihre Berechtigung an, worin Genosse Ledebour betonte, der Reichstag dürfe sich das Recht nicht nehmen lassen, auch Vorgänge bei der kaiserlichen Armee nach Gutdünken zu besprechen. Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. April 1913.

Höhere Lehranstalten.

Immer deutlicher zeigt es sich im Abgeordnetenhause, daß die Mehrheit die Geschäftsordnung rücksichtslos mit Füßen tritt, daß sie den Etat einfach durchpeitscht, von einer wirklichen Staatsberatung aber nichts wissen will. Nicht nur, daß entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung eine Beratung der einzelnen Positionen des Etats überhaupt nicht mehr stattfindet, wird jetzt auch im Kampf über Drogen von Titeln auf einmal der Debatteschluß herbeigeführt und jedem Redner, der solche Fragen behandeln will, das Wort abgeschnitten. Wie es der Fluch der bösen Tat ist, daß sie fortzuehend Böses gebären muß, so ist der Fluch des von der Mehrheit beliebten Bruchs der Geschäftsordnung, daß sie fortwährend neue Mißgeschickungen gebären muß.

Unter diesen Umständen vollzog sich die Beratung des Kapitels „Höhere Lehranstalten“ verhältnismäßig schnell. Unseren Standpunkt vertrat in sachkundiger Rede Genosse Vorardt, der die höheren Schulen als das charakterisierte, was sie in Wirklichkeit sind, als Klassenkassen, und mit warmen Worten für die Einheitschule eintrat. Im übrigen verlief sich die Debatte in Einzelheiten und in erneute Klagen der Zentrumredner über unparteiliche Behandlung der katholischen Lehrer.

Das Kapitel „Höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend“ gab den Anhängern der privaten Lehranstalten wie alljährlich Anlaß zu Klagen darüber, daß die Privatschulen dem Untergang entgegengehen, weil an sie die gleichen Anforderungen wie an die öffentlichen Schulen gestellt werden, ohne daß man ihnen die gleichen Rechte gibt.

Am Donnerstag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt.

Profite der Waidwerkzeugindustrie.

In Köln ist dieser Tage der Geheimkommerzienrat J. A. Heidemann unter großem Pomp beerdigt worden. Die Vertreter der höchsten Behörden nahmen daran teil, und Wilhelm II. sandte ein Beileidstelegramm; denn Johann Nepomuk Heidemann war nicht irgendein. Heidemann begann mit nichts und hinterließ viele Millionen, die er in der Pulver-, Dynamit- und Waffenindustrie erwarb. Er begann seine Laufbahn 1873 bei den „Vereinigten Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken“, die 1890 mit den Hamburg-Rottweiler Pulverfabriken unter dem Namen „Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Köln und Berlin“ verschmolzen wurden. Nachdem er dies große Unternehmen zunächst als Generaldirektor geleitet hatte, wurde Heidemann 1901 Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft. Das gleiche Amt hatte er bei vier weiteren ähnlichen Gesellschaften; insgesamt war er vierzehnfacher Aufsichtsrat, zumeist bei Pulver-, Dynamit- und verwandten Unternehmungen, aber nicht nur Deutschlands, sondern auch Englands und Rußlands. Die von ihm geleiteten Unternehmungen hatten ferner engste Beziehungen mit belgischen, französischen, italienischen und österreich-ungarischen Munitionsfabriken. Heidemann war also ein Internationaler.

Im Jahre 1880 bereits kam unter Heidemanns Einfluß das Generalkartell der wichtigsten europäischen Pulver- und Dynamitfabriken zustande. In Rührigkeit ließ dieser Krösus, der von seinem zuständigen Pfarrer als braver Katholik gefeiert wurde, sich von niemand über treffen. Als ihn im Eisenbahnzuge der Schlag traf, kam er zurück von Berlin, wo er die Vorbereitungen für die dort nächstens stattfindenden Jahresversammlungen von großen Unternehmungen der Waffenherstellung und dergleichen, deren Vorsitzender er war, zu erledigen. Er wollte nach Köln eilen, um dort der Generalversammlung des Schwaaffhausenschen Wandvereins beizuwohnen, und dann sollte wieder eine Reise nach Berlin folgen. Denn die Spezialbranche des frommen Kommerzienrats, die Ordindustrie, hat ja Hochkonjunktur in nie erlebtem Maße. Der Konzern, dessen Seele Herr Heidemann war, schwinnt buchstäblich im Gelde. Beteiligt sind daran die „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlsruhe“, die Köln-Rottweiler Pulverfabriken, die Aktiengesellschaft Ludwig Löwe und die Dürener Metallwerke. Dieser Konzern verteilt 32 Proz. Dividende. Seine Aktien sind seit Anfang 1912 von 415 auf 570 Proz. gestiegen. Der Reichtum der Gesellschaft ist so gewaltig, daß sie ihren nach Millionen zählenden Besitz an Fabrikgebäuden usw. bis auf den Scheinbetrag von einer Mark (einhundert Pfennigen) abgeschrieben hat. Dazu kommen viele Millionen „stiller Reserven“, die vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen werden. Und nun kommen die neuen kolossalen Heeresvermehrungen, die dem Heidemann-Konzern abermals Millionenprofite bringen werden. Die Waidwerkzeugindustrie lohnt sich.

Darum die Reisen zwischen Berlin und Köln, darum das rasche Rennen und Schossen und ruhelose Raffen, dem die Arterien des Greises offenbar nicht mehr gewachsen waren. So ist er gerade vor dem größten Geschäft seines Lebens zusammengebrochen, er, der 72jährige Junggeselle, der Mann ohne jede Nachkommenschaft, der immer neuen Gewinn erstrebte.

Das „Berliner Tageblatt“ gegen die Reichsverbandsexzellenz.

Herr v. Liebert hat sich durch seine täppischen Ausfälle gegen die Juden, durch seine Warnung vor der „Einführung von Fremdkörpern“ in das Offizierskorps, eine überaus scharfe Richtigigkeit des „Berl. Tageblatts“ zugezogen. Das Blatt hätte es ja so leicht gehabt, die geschmacklosen Antisemitereien der verdienten Lächerlichkeit preiszugeben, wie das Scheidemann getan hat. Wenn Exzellenz Liebert auf die türkische Armee verwies, um zu zeigen, „was durch die Einführung von Fremdkörpern aus einem Offizierskorps werden“ könne, so hätte ja die Beziehung auf die deutschen Offiziere näher gelegen, als die auf die Juden, die ja im türkischen Offizierskorps so wenig vertreten waren, wie sie im deutschen vertreten sind. Aber da es für unseren Freisinn nichts Empfindlicheres gibt, als die Tat-

sache, daß mammonssegnete israelitische Staatsbürger zwar Kommerzien- und Justizräte werden können, daß die Nitgift ihrer Töchter zwar verblühene Adelswappen ver- gülden darf, daß sie sich aber nicht selbst mit den Offiziers- epauletten schmücken dürfen, war es höchst unbesonnen von der Reichsverbandserziehung, sich durch seine antisemitischen Mäpchen den Zorn des Freisinn- und seines verbreitetsten Organs zuzuziehen. Das „Berl. Tagebl.“ fährt denn auch schweres Geschütz gegen den judenfreierischen Parteigenossen des Herrn Dr. Arendt auf, von dessen intellektuellen und Charaktereigenschaften es ein nicht gerade schmeichelhaftes Bild entwirft. In dem Artikel heißt es:

„Herr v. Liebert war von 1897—1901 Gouverneur von Ostafrika und er hat durch seine außerordentliche Unfähigkeit diese Kolonie in die größten Schwierigkeiten gebracht. In den vier Jahren seiner Gouverneursberichterstattung fanden in Deutsch-Ostafrika nicht weniger als elf Aufstände statt, während unter dem sechsjährigen Regime des Freiherrn v. Rechenberg nicht ein einziger Aufstand zu verzeichnen war. Aber Herr v. Liebert hat den deutschen Steuerzahlern jeglicher Religion nicht nur durch seinen Mangel an Kenntnissen und Geschick neue Kosten verursacht, sondern er ist auch andauernd bemüht, ihnen durch eine direktere Methode das Geld aus der Tasche zu ziehen. Dieser Herr v. Liebert war bis zum 1. Januar 1913 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Kolonial-Vaummwollgesellschaft, einer Gesellschaft zweifelhaftester Art, die völlig verkracht ist, und gegen deren Gründer der Negreprozeß schwebt. Die Prospekt der Gesellschaft, die sich an kleine Kapitalisten wandten, trugen die Unterschrift des Herrn v. Liebert, und dieser Patriot, dieser mit seiner monarchischen Gesinnung und seiner Vaterlands- liebe jahrmärkisch prahlende Herr fügte dort seinem Namen die jämmerlichen Titel, vom Generalleutnant und der Erziehung bis zum Reichstagsmitglied, hinzu und mußte die Ehrenstellen, die man ihm leider vergönnt hat, so zu seinem persönlichen pekuniären Vorteil und zur Anlockung der kleinen deutschen Sparer aus. Doch die geschäftlichen Unternehmungen des Herrn v. Liebert erstreckten sich nicht nur auf die Baumwolle, er inter- essierte sich auch — unter anderem — lebhaft für Hautschul und gehörte als Gründer zu der, mit Unterbilanz arbeitenden, deutsch-englischen Ostafrika-Kompagnie. Bei all diesen Geschäften suchte er sehr gern die Leute auf, die er als Fremdkörper zu bezeichnen liebte, und wenn es sich um bares Geld handelte, schien seine Abneigung nicht unüberwindlich zu sein. Vor kurzem verlor er noch die Gründung einer Zementfabrik, und er tat sich in dieser Absicht mit einer Persönlichkeit zusammen, die schon zahllose kleine und mittlere Existenzen ruiniert hat und im denkbaren nächsten Jahre stirbt.“

Herr Liebert wird ja nun wohl nicht umhin können, sich recht gründlich zu dieser Darstellung zu äußern.

Beglückwünschung des chinesischen Parlaments.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat an das chinesische Parlament folgendes Telegramm geschickt: Die aus 110 Mitgliedern bestehende Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie übermittelt dem chinesischen Parla- ment zu seinem ersten Zusammentritt ihre herzlichsten Glück- wünsche. Möge das Werk des Parlaments dazu beitragen, dem chinesischen Volke die Befreiung von politischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung zu sichern, und die Rieserepublik China einen würdigen Platz in der Familie der Nationen einnehmen.

Eine wichtige Entscheidung der Wahlprüfungskommission.

Bei der Prüfung des erneut gegen die Wahl des konservativen Abgeordneten v. Holten (Schwarz) erhobenen Protestes spielt die Frage eine große Rolle, ob die in die Wählerliste eingetragenen Wähler bei einer Nachwahl zur Ausübung des Wahlrechtes auch dann berechtigt sind, wenn sie inzwischen ihren Wohnsitz verlegt haben. In dem Protest wird gefordert, daß durch die Nichtzulassung zur Wahl der inzwischen nach auswärts verzogenen Wähler Punkte um ihr Wahlrecht gekommen sind. Die gleiche Frage wurde in jüngster Zeit auch bei der Wahl unseres Genossen Cohen in Neuh. j. S. aufgeworfen, dort hat die Reichsregierung auf eine An- frage der Regierung von Neuh. hin geantwortet, daß die seit der Wahl am 12. Januar 1913 verzogenen Wähler das Wahlrecht verloren haben. Zur Sitzung am 8. April hat die Regierung auf Wunsch der Kommission einen Vertreter entsandt, außerdem waren zu der Frage speziell ein Referent und ein Korreferent bestellt worden. Referent wie Korreferent bejahten die gestellte Frage. Die im § 7 des Wahlgesezes getroffene Bestimmung, daß alle diejenigen wählen können, die „zur Zeit der Wahl“ ihren Wohnsitz im Wahlbezirk haben, bedeute nach den bisherigen Beschlüssen der Wahlprüfungskommission: zur Zeit der Auslegung der Wählerliste. Die Zugewandten dürfen nicht nachgetragen und die Wegziehenden nicht gestrichen werden. Der Wahlvorstand dürfe — und das sei ständiger Grundsatze des Reichstages ge- wesen — niemand, auch wenn er zu Unrecht in die Liste aufge- nommen ist, von der Wahl zurückweisen. Nur dem Reichstag steht das Recht zu, zu entscheiden, wer zu Recht oder zu Unrecht gewählt habe. Schon daraus sei zu schließen, daß auch die, welche bis zur Nachwahl den Wohnsitz verlegt haben, wahlberechtigt sind.

Der Regierungsvorreferent vertrat den entgegengesetzten Stand- punkt. Das Fehlen des in § 7 des Wahlgesezes gegebenen ma- teriellen Rechts zum Wählen könne nicht durch die mehr formellen Bestimmungen des § 8 ersetzt werden. Er berief sich dabei beson- ders auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom Jahre 1906. Von anderer Seite wurde ihm nachgewiesen, daß sich diese Entscheidung nur auf das Wählen an zwei verschiedenen Orten beziehe, während ein Urteil vom Jahre 1891 durchaus dem Standpunkt der Referen- ten recht gibt. Das Reichsgericht habe vielmehr in seinem Urteil ausdrücklich betont, daß kein Wahlvorstand das Recht habe, jemand, der in der Wählerliste steht, ganz gleich ob die Voraussetzung der Wahlberechtigung auf ihn zutreffe oder nicht, zurückzuweisen. Den gleichen Standpunkt habe stets auch das preussische Oberverwal- tungsgericht bei Gemeindevahlen eingenommen.

Nach dieser zweistündigen Diskussion beschloß die Kommission mit 12 gegen 2 Stimmen, die gestellte Frage zu be- ja hren. Mit diesem Beschluß wird sich nun noch das Plenum des Reichstages zu beschäftigen haben, das ihm voraussichtlich mit großer Mehrheit zustimmen wird.

Erhöhung der Veteranenbeihilfen.

Um die Kritik an der schändlichen Behandlung der hungernden Veteranen abzuwenden, gibt eine offiziös inspirierte Korrespondenz bekannt, daß ein Gesetzentwurf zur Erhöhung der Veteranenbeihilfen von 120 auf 150 M. jährlich im Reichstagesrat in den Hauptzügen fertiggestellt ist und demnächst an den Bundesrat gelangen soll.

Weiter heißt es in der Notiz: „Es besteht die Absicht, die Vor- lage bald an den Reichstag zu bringen, damit sie gemeinsam mit den Behördenvorlagen verhandelt werden kann. Nach dem Stande vom 1. März 1913 beziehen gegenwärtig 245 000 Kriegsteilnehmer Beihilfen; eine Erhöhung der Beihilfe um 30 M. bedeutet ein jähr- liches Mehrerfordernis von 7 1/2 Millionen Mark. Das Mehr- erfordernis muß aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden, da das Leihgesetz, aus dessen Erträgen die Mittel genommen werden sollten, nach den bisherigen Beschlüssen die notwendigen Ueberschüsse nicht ergeben wird.“

Die Regierung scheint die neueste Ausplünderung der Leiden- den des Volkes doch nicht beginnen zu wollen, ohne den hungernden Veteranen einen Brocken hinzuworfen. Sie macht dadurch aber die Militärvorlagen nicht schmackhafter.

Welche Lust, Solat zu sein!

Ein Prozeß, der die militärische Nachpflege in einem grellen Lichte erscheinen läßt, beschäftigt jüngst das Dresdener Kriegsgericht. Am 8. März, nachmittags, hatten die Mann- schaften der ersten Kompanie des Schützen-Regiments Nr. 108 das Schießen beendet, und der Gefreite Jiegenbalg war damit beauftragt worden, eine Abteilung nach der Kaserne zu führen. Jiegenbalg war dadurch Vorgesetzter seiner Kameraden geworden. Kurz vor dem Abziehen der Abteilung trat auch noch der Schütze Angermann ins Bild. Er hatte Tornister mit Sandpat. und Gewehr zu tragen; trotzdem erhielt er noch vom Gefreiten — durch den er sich schon immer schikaniert fühlte — den Befehl, die Patronen- liste mit nach der Kaserne zu nehmen! Angermann sah auch diese Maßnahme als Schikane an und meinte: „Kann denn den Kasten nicht ein anderer tragen, ich bin doch ohnehin schon besetzt und habe auch meine Leiden erfüllt!“ Der Gefreite befaßte aber: „Sie tragen die Kiste!“ Angermann kam nun auch der „An- ordnung“ nach. Gleich darauf ließ der Gefreite die Abteilung, ange- leitet von schneller nach der Kaserne zu kommen, 500 Meter Lauffschritt machen. Erst als die Häuserreihen erreicht waren, durften die Soldaten wieder langsam laufen. Aber nun er- hielt die Abteilung den Befehl, zu singen. Dazu waren sie indes nicht fähig, weil sie ermüdet, erschöpft und in Schweiß gebadet waren. Angermann hatte heftiges Seiten- stechen bekommen und war völlig ermüdet. Als die Sol- daten nicht sangen, mußten sie auf Befehl des Gefreiten aber- mals 250 Meter Lauffschritt machen! Nach Beendigung dieser „militärischen Übung“ wurden auf Anordnung des Ge- freiten drei andere Soldaten, die auch Patronenlisten zu tragen hatten, abgelöst, aber zu Angermann äußerte dieser „Vorgesetzte“: „Sie tragen weiter!“ Das empfand man allgemein als eine ungerechte Maßnahme. Angermann selbst war durch die Ueberanstrengung derart ermüdet, daß er oft nachließ und mehr- mals seinen Kameraden zurief: „Löss mich doch mal einer ab!“ Nach längerem Bitten erbarmte sich ein Kamerad und nahm Angermann den Patronenlasten ab. Als das der Gefreite be- merkte, ordnete er an, daß Angermann den Kasten bis in die Kaserne tragen solle!

Von diesem Vorgange machte A. seinem Vater Mitteilung, der seinen Sohn zur Weidung veranlaßte. A. bogab sich zum Haupt- mann und brachte die Sache zur Sprache. Die Folge davon war, daß gegen den Gefreiten ein Lasterdikt wegen vor- schriftswidriger Behandlung Untergebener ein- gereicht wurde — gegen Angermann aber, man sollte es kaum für möglich halten, ein solcher wegen Achtungsver- letzung, Ungehorsams und erfolgloser Auffor- derung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam! (Weil er gebeten hatte, ihn mal abzulösen!) Bevor Angermann den Gefreiten meldete, hatte man in seinem Verhalten etwas Strafbares nicht erblickt!

Die Anklage gegen Angermann war also eine Folge seiner Weidung! Vor Gericht bestritt Angermann, sich strafbar gemacht zu haben, während der Gefreite zugab, den zweiten Lauffschritt zu Unrecht befohlen zu haben. Angermann wurde zu — drei Wochen strengem Arrest verurteilt (!), der Gefreite dagegen — frei- gesprochen!

Hoch der Militarismus!!

Frankreich.

Der Reford der Lage.

Aus Paris wird uns geschrieben:

In der (am Montagabend erschienenen) Dienstagsnummer des Pariser „Temp“ stellt der berühmte Spiegelgasse des abgestraften Dokumenten dieb und Spions Maimon, Herr André Tardieu, der das ehemals so angefehene Blatt jetzt zugrunde redigiert, in einem kurzen Leitartikel u. a. folgende lägenhafte Behauptungen auf:

1. Die deutsche Sozialdemokratie hat am Sonntag nur eine von den französischen Sozialisten ersehnte platonische Geste vollbracht.
2. Sie hat ihre Kampagne gegen die Militärvorlage bis zum Beginn der Reichstagsession verzögert und auf die Abgeordneten keinen Druck ausüben wollen.
3. Sie hat sich nicht bestrebt, die öffentliche Meinung aufzuklären.
4. Sie hat sorgfältig den Augenblick herausgesucht, wo ihre Kundgebung erfolglos sein mußte.
5. Die Berliner Versammlungen haben eine allgemeine Gleichgültigkeit gezeigt.
6. Die Sozialdemokratie bedauert die Militärvorlage nicht.
7. Sie wird immer mehr von Imperialisten und nationalistischen Theorien beherrscht.
8. Die sozialdemokratischen Reichstags- abgeordneten werden alle geforderten Groschen bewilligen.
9. Schon heute kündigen sie an, daß ihre Stimme für die zur Durchführung der Militär- vorlage erforderlichen Finanzgesetze ge- sichert ist.
10. Zwischen der Haltung der französischen und der der deutschen Sozialisten ist kein Vergleich möglich.
11. Die deutschen Sozialdemokraten widmen der Militär- vorlage nur einen minimalen Teil des „Vor- wärts“.

Alle diese frechen Lügen hat der Lump Tardieu in einem Artikel von 84 Zeilen komprimiert. Ein wahres Meisterstück! Er hat den Titel: „Die Platoniker“ darübergesetzt. Ihn selbst wird allerdings niemand mit dem Namen Plato in Verbindung bringen. Dagegen weist er sich im Schlußsatz, wo er die französischen Sozialisten der — Fälschung bezichtigt, unangewissbar als Jhniker aus.

Der Mann von Fourmies.

Der ehemalige Minister des Innern und spätere Botschafter in Konstantinopel Constans, der am Montag in Paris ge- storben ist, wird für die bürgerlichen Geschichtsschreiber vor allem der Begründer des Boulangerismus bleiben, gegen den er 1889 durch die Auflösung der Patriotenliga und durch den gegen die boulangistischen Führer eingeleiteten Hochverratsprozeß die ent- scheidenden Schläge führte. In der Chronik des französischen Proletariats bleibt er als der Hauptschuldige des Ar- beitermordes in Fourmies am 1. Mai 1891 mit blutigen Fingern eingetragen. Er hat das Belagerungsgewehr am „inneren Feind“ erprobt. Die Infamie der gegen wehrlose Demonstranten vollbrachten Fälschung empörte damals nicht nur die Sozialisten, sondern auch die bürgerlichen Radikalen, wie Clemenceau. Seither hat dieser freilich bewiesen, daß die radikale Demokratie in zwanzig Jahren genau auf den Punkt gekommen ist, wo früher der mit Recht von ihr so viel gescholtene Opportunismus gestanden hat. Constans hatte sich, bevor er die politische Laufbahn betrat, als kapitalistischer Gründer betätigt. Ein skrupelloser Deute- mocher für eigene Rechnung blieb er auch, als er die Gesellschaft rettete und entfaltete dieses Talent so recht erst in der für denlei Geschäfte so günstigen orientalischen Atmosphäre. Durch Schmutz

und Blut wael der Kapitalismus nur vorwärts und darum kann auch das Piesitzgebot gegen die Toten das Gedächtnis eines Mannes nicht reinigen, der vor allem Werkzeug und Kuhnhebel kapitalistischer Unterdrückung und Ausbeutung gewesen ist.

Ein Wahlerfolg.

Paris, 7. April. (Eig. Ber.) Die Serie der glücklichen Nach- wahlen für den Gemeinderat hat gestern eine Fortsetzung gefunden. Im Quartier de la Cour (um den Bahnhof der Orleansbahn) im Gobelinsviertel wurde der alte Vertreter Genosse Ravarre, der durch verschiedene bei der Wahlbehandlung vorgekommene Unregel- mäßigkeiten im vorigen Jahre um das Mandat gekommen war, wiedergewählt. Ravarre vertrat den Bezirk seit 1885, er war auch schon Vorsitzender des Gemeinderats. Im letzten Rat wurde indes ein Radikaler, für den in der Stichwahl 8 Stimmen mehr gezählt worden waren, für gewählt erklärt. Der Staatsrat erklärte aber das Mandat für ungültig. Der Wahlkampf war diesmal außer- ordentlich heftig und fand ganz im Zeichen des Kampfes gegen die dreijährige Dienstzeit. Die Radikalen stimmten fast alle für den Radikalen, trotzdem dieser sich mit gemundeten Redens- arten um die kritische Frage herumdrückte und ihr letzter Parli- amentarischer Kandidat vom letztenmal auch diesmal auftrat. Gegen den Sozial- listen aber waren alle Schläusen der haubinsischen Demagogie und Verleumdung geöffnet worden. Aber der Liebe Nähe war umsonst. Bei einer, in kommunalen Wahlkämpfen selten starken Beteiligung — von 10802 Wählern stimmten 8120 — drang Ravarre mit 4181 Stimmen durch. Das vorigmal hatte er nur 3027 Stimmen bekommen. Die militaristische Presse schweigt über die gestrige Wahl wie schon über die vorangegangenen. In der Tat stimmt das Ergebnis schlecht zum Gerede von der „Volksstimmung“ für das dritte Kasernenjahr.

Belgien.

Die Unternehmer im Vorzuge lehnen Militärschutz ab.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: In einige Werksbesitzer und Industrielle im Vorzuge ist von den Behörden die Anfrage ergangen, ob sie zur Be- wachung ihrer Etablissements Militärschutz wünschen. Die Unternehmer haben dankend abgelehnt und erklärt, daß sie ihre Etablissements schließen werden. Offen- bar sind die Unternehmer, die seit Wochen die glänzende Vor- und Organisationsarbeit für den Generalstreik sehen, der Meinung, daß die Streikenden am besten mit ihrer Ordnungspolizei und ihren Kontrollorganen für die Aufrecht- erhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen werden. Wie es scheint, fürchtet sich niemand vor dem Generalstreik und hat alle Welt Vertrauen in die Arbeiterklasse — außer etlichen hohen Behörden.

Der militarische und der rote Pappenstreich.

Das „keine Belgien“, wie der belgische Bürger ein bißchen zärtlich, ein bißchen bescheiden sein Land nennt, hat es jetzt mit dem Militarismus. Die Zeiten der schlichten, harmlosen, friedlichen „Neutralität“, wo man gleichsam anstandslos sein bißchen Militär hatte, im Herzen wohl wissend, daß Belgien „nichts ge- schehen“ kann — diese Zeiten sind vorüber. Schon einmal, im Jahre von Agadir, hat die europäische Kriegswolke einen Keinen Schatten auch ins neutrale Belgien geworfen, und obwohl fern von Revanche- und Balkanfragen, lang der unsfriedliche Auf durch die Presse und das Parlament: Sind wir bereit? Das Kriegsfieber Europas hat auch in die Neutralität Belgiens einen Gasfluss hineingetragen: wenn es in Europa Krieg gibt, kann es auch uns an den Aragen gehen — wir sind klein und die grüne Ebene um Waterloo war schon einmal das Schlachtfeld Europas. Und so sieht man als eine Folge des europäischen Mi- litarismus in relativ bescheidenem, für das Land aber freilich nicht minder drückendem Ausmaß auch Belgien in die Schär der dem Moloch Militarismus Opfern den eintreten. Eine Verdoppelung der militärischen Lasten — das ist das Geschenk, das der europäische Mißgunst- und Kriegswahn dem kleinen neutralen Belgien indirekt vermachd und das von der belgischen Kammer demnächst ge- schlocht werden wird.

Haben die Belgier aber den Militarismus, so sollen sie auch ihren Pappenstreich haben! Die Belgier sind ja so lustig, so was können sie immer brauchen. Man wird mit Müßel durch die Stadt ziehen und das Volk wird hinterdrein tanzen, wie das schon so in Brüssel allemal geschieht, wenn eine „Fanjare“ oder eine „Harmonie“ aufzieht, und so zog denn am vorigen Sonntag die Militärmusik durch die Stadt. Die Trambahn mußte halten, ein dunkler Menschen- strom zog hinterdrein, aber die lustigen Weisfeller tanzten nicht und sangen keine „Strabanconne“ in aufgeregtem Patriotismus, sondern sangen Wahlrechtlieder und schrien „Vive la Grève!“ — „Es lebe der Generalstreik!“ und „Hoch das allgemeine Wahlrecht!“ Der militarische Pappenstreich und die Generalstreikdemonstrationen waren einfach zusammengeraten. Wir hörten, wie ein paar Soldaten ge- müßlich in das „Vive la Grève!“ einstimmen.

Aber es scheint, daß die Militärbehörde von ihrer Pappenstreich- idee nicht mehr so entzückt ist, denn der für Montag als Vorfeier für eine Albertshuldigung angelegte Pappenstreich ist abgesetzt worden.

China.

Die Eröffnung des Parlaments.

Peking, 8. April. 600 Senatoren und Abgeordnete sind zur Eröffnung des Parlaments eingetroffen. Präsident Quanshilai wird der Feier nicht beimohnen. Die Wahlen sind günstiger ausge- fallen, als man erwartete, und eine Regierungsmehrheit ist so gut wie gesichert. Vizepräsident Dzuwanhuan ist 10 000 Mann der während der Revolution eingezogenen Truppen auf, die in Mut- schang teilweise durch 2000 Mann Regulärer aus der Nähe von Dankau ersetzt werden. Die entlassenen Soldaten erhalten Löhnung für sieben Monate.

Peking, 8. April. Der Senior des Repräsentantenhauses begrüßte die Versammlung und erklärte das Parlament für eröffnet. Unter großer Begeisterung wurden alsdann beide Häuser auf Sonnabend verlegt.

Quanshilais Botschaft an das Parlament wurde, da seine Präsidentschaft nur eine provisorische ist, nicht öffentlich ver- lesen. Er spricht darin dem Parlament seine herzlichsten Glück- wünsche zu seiner Eröffnung aus und die Hoffnung, daß die Re- publik zehntausend Jahre dauern möge.

Der amerikanische Geschäftsträger hat China mitgeteilt, die Vereinigten Staaten würden die chinesische Re- publik anerkennen, nachdem die parlamentarischen Beamten ernannt und sich das Parlament für beschlußfähig erklärt habe. Brasilien und Mexiko werden in Uebereinstimmung mit den Vereinigten Staaten handeln.

Truppenkonzentration an der mongolischen Grenze.

Saisan, 8. April. (Wiedung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Die Zusammenziehung chinesischer Truppen an der Grenze der Mongolei wird fortgesetzt; in Elisa, 800 Werst von Saisan, sind 10 000 Mann zusammengezogen worden.

Gewerkchaftliches.

Von Streikbrechern in den Tod getrieben!

Der noch immer währende Streik bei der Firma Brämer in der Röllendorferstraße zu Dichtenberg hat ein Resultat gezeitigt, das hitherto jenes Menschenmaterial beleuchtet, welches in der genannten Firma Kautschukmaterial liefert. Und des Schicksals Sohn will es, daß das Opfer ein jugendlicher Arbeiter ist, der auch bei Brämer seit etwa zwei Wochen beschäftigt war.

Es ist der 24jährige Sohn Erich der Wägen Eheleute aus der Jasterburger Straße. Am Donnerstagabend legte er bei der Firma Brämer die Arbeit wieder nieder. Zu Hause hatte er schon geklagt, daß die anderen Arbeiter im Betriebe ihm das Leben verbitterten, auch sein Werkzeug entwendet, seine Wäsche beschmutzt hätten usw. Ueber den Chef und die Meister hat er keine Klage geäußert. Darauf verschwand er und die Eltern hörten nichts mehr von ihm, bis sie am 5. d. M. ein Telegramm vom Berliner Polizeipräsidium erhielten, das ihnen mitteilte, ihr Sohn habe sich in Lichtersfelde angehängt und liege im Kreiskrankenhause!

Aber auch von dem Sohne selbst lief eine Postkarte ein, auf der er schrieb, daß seine Eltern und Brüder ihm verzeihen möchten, aber die „Sandjungen“ (womit die jetzigen Arbeiter des Betriebes gemeint sind) hätten ihn zunichte geärgert und ihm sein ganzes Werkzeug gestohlen, was ihm bitter wehtue. Deshalb scheide er aus dem Leben.

Die Mutter nahm hierauf mit Herrn Brämer Rücksprache, der ihr erklärte, daß er von diesen Vorgängen nichts gewußt habe.

Wir wollen nun ohne weiteres den Worten des Herrn Brämer Glauben schenken und auch annehmen, daß er derartige Dinge in seinem Betriebe nicht geduldet hätte, wenn sie ihm zu Ohren gekommen wären. Doch von dem einen Wortwurf ist Herr Brämer nicht freizusprechen, daß er, statt die Differenzen mit seinem alten, verständigen und eingearbeiteten Personal auf friedlich-schiedlichem Wege zu regeln und dieses im Betriebe zu halten, lieber alle möglichen zusammengelaufenen Elemente aufnimmt und sie auch weiterhin beschäftigt, obgleich er doch schon längst erkannt haben müßte, welcher Art diese seine Kautschuker sind!

Vielleicht kommt ihm jetzt die Erkenntnis und vielleicht sieht er ein, daß es besser für ihn und sein Geschäft wäre, wenn Friede auf geordneter Grundlage geschlossen und die „Sandjungenkolonne“ dorthin befördert wird, wo sie hergekommen ist.

Berlin und Umgegend.

Friede in der Herrenkonfektion.

Die Arbeiter aus der Herrenkonfektion nahmen am gestrigen Tage den Bericht ihrer Tarifkommission entgegen, der von Kunze gegeben wurde. Redner erklärte, wenn auch nicht all das erreicht worden sei, was man von Arbeiterseite gewünscht hatte, daß aber immerhin eine Grundlage geschaffen wäre, die ein gedeihliches Weiterarbeiten ermöglichen würde. Die Schuld daran, daß die Forderungen nicht vollständig durchgedrückt werden konnten, tragen jene, die bei den Kämpfen und Bestrebungen abseits standen und noch stehen. Erreicht ist aber doch eine allgemeine Lohnerhöhung von 7 bis 10 Proz. und in einzelnen Positionen noch darüber. Aus diesen Gründen empfehle die Kommission Annahme der Vorschläge.

Schuster vom Gewerksverein nahm ebenfalls das Wort und wies auf den Umstand hin, daß, wenn die Arbeiter diese Vorschläge annehmen sollten, an Stelle der bisher bestehenden 18 Tarife ein einheitlicher Tarif treten würde.

Auch dieser Redner empfahl, der unterbreiteten Vorlage zuzustimmen. Der Ablaufstermin ist auf den 30. April 1917 festgesetzt.

Ein wesentliches Moment enthält der Tarif auch insofern, als noch ihm nunmehr in allen Geschäften die gleichen Löhne gezahlt werden müssen, wodurch der Arbeitsmarkt für die Arbeiter sich günstiger gestaltet.

Die Vorlage stieß bei der Versammlung auf starken Widerstand und wurde in der Debatte heftig kritisiert.

Die Abstimmung per Stimmzettel ergab folgendes Resultat: 858 für und 231 gegen Annahme des Tarifs. 10 Zettel waren unbeschrieben.

Damit ist die Tarifbewegung in der Herrenkonfektion beendet und die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Mit der Firma Beck u. Cloppenburg, die dem Arbeitgeberverband nicht angehört, wurde ein besonderer Tarif ausgehandelt, der am gestrigen Abend in einer vollständig besetzten Versammlung den Arbeitern obengenannter Firma unterbreitet wurde.

Der Konflikt im Bund der technisch-industriellen Beamten.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Sie brachten vor einigen Tagen über die internen Vorgänge im Bund der technisch-industriellen Beamten, die zu dem Ausscheiden des Herrn Lüdemann geführt haben, eine Notiz, in der Sie meine Vernehmung von Berlin nach Süddeutschland mit als ein Anzeichen dafür ansehen, daß die vom Bund bisher vertretene scharfe gewerkchaftliche Richtung in Zukunft verlassen werden könnte. Ich bitte Sie sowohl in meinem eigenen Interesse als im Interesse der gewerkchaftlichen Bewegung unter den Privatangehörigen, Ihren Lesern davon Mitteilung zu machen, daß meine Vernehmung lediglich aus innerorganisatorischen Gründen erfolgt ist, und daß sie keinerlei Anlaß bietet, eine Schwankung in der gewerkchaftlichen Anschauung der leitenden Bundeskreise zu befürchten. Schon die Tatsache, daß ich mich entschlossen habe, in der Bundesbewegung zu bleiben, beweist, daß von einer Schwankung des Bundes nicht die Rede sein kann; denn unbedingtes Festhalten an den gewerkchaftlichen Grundlagen ist für mich unerlässliche Voraussetzung für die Weiterarbeit im Bunde. Ray Oranzin."

Zur Tarifbewegung der Rohrleger und Helfer.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Um eine Zerschlagung der öffentlichen Meinung zu verhindern, sehen wir uns genötigt, zu der in Nr. 52 enthaltenen Verächtigung Wienthal's in bezug der Tarifbewegung der Rohrleger und Helfer folgendes zu erklären:

1. Der Ortsverein Berlin und Umgegend des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbandes hat keine weiteren Informationen über den Stand der Tarifbewegung an den Verbandsvorstand gegeben, weil der Verbandsvorstand und Redakteur Herr Carl Wienthal das erste in dieser Sache an ihn gelieferte Material, die Tarifvorlage der Arbeitnehmer, dazu benutzt hat, um die darin gestellten Forderungen in unserem Verbandsorgan öffentlich fallen zu lassen und an deren Stelle den Unternehmern geringere Forderungen zu präsentieren. Ja, er ging darin sogar soweit, daß er in einem Punkte eine Verschlechterung des bisherigen tariflichen Zustandes befürwortete, den selbst die Unternehmer zu fordern nicht gewagt hätten. Erschwerend kommt noch hinzu, daß dies alles geschah, bevor die eigentlichen Tarifverhandlungen in der Schlichtungskommission begonnen hatten. Da der Verbandsvorstand des obengenannten Vereins der Auffassung ist, daß dieses Ver-

halten Wienthal's eine Schädigung der Rohrlegerbewegung ist, so unterließ die weitere Information.

2. Das Verbandsstatut ist durch das Verhalten des Verbandsvorstandes außer Kraft gesetzt. Abgesehen von einer ganzen Reihe fortgesetzter Statutenbrüche, die hier anzuführen zu weit gehen würde, weigert sich derselbe, die statutengemäßen Zuschüsse an den Verein Berlin für Erwerbslosenunterstützung zu bezahlen.

3. Die Beschlüsse des Verbandsvorstandes sind nicht einstimmig erfolgt und haben auch keine Rechtskraft, weil vier rechtmäßig gewählte Mitglieder zu den Sitzungen desselben absichtlich nicht geladen wurden.

4. Es ist unrichtig, daß Herr Wienthal bei den Herren Grün und Kamrau bloß Informationen über den Stand der Tarifbewegung einziehen wollte. Richtig ist, daß er an diese Herren das Ansuchen stellte, ihn an den Verhandlungen der Schlichtungskommission teilnehmen zu lassen. Dieses wurde von den Herren Grün und Kamrau auf Grund des Tarifvertrages abgelehnt. Wienthal tat das am 20. März, obgleich eine Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer vom 16. März cr. eine scharfe Resolution gegen ihn annahm.

Allgemeiner Deutscher Metallarbeiterverband.
Verein Berlin und Umgegend.
Der Vereinsvorstand. J. A.: Ray Ziese.

Der Streik im „Hadebeter“. Der Inhaber des „Original-Hadebeter“, Herr Eduard Martin, sendet uns eine Verächtigung, in der er es als unwahr hinstellt, daß er gesagt haben sollte: „Mit den roten Hunden will ich nichts zu tun haben, die brauchen mein Kalb nicht zu betreten.“ — Wir glauben bei der Wiedergabe dieser Äußerung in die Zuverlässigkeit unseres Gewährsmannes, der uns völlig glaubwürdig erschien, keinen Zweifel setzen zu brauchen. Andererseits dachten wir Herrn Martin damit einen Gefallen tun zu können, wenn wir ihn vor dem Besuch der — wie wir annehmen mußten — von ihm gehaltenen „roten Hunde“ alias anständigen Arbeiter schützten. Wenn nun aber Herr Martin in seinem Schreiben weiter erklärt, er schähe die gesamte Arbeiterschaft viel zu hoch, als daß er solche beleidigende Äußerungen über sie tun würde, so können wir ihm nur raten, dieser gesamten Arbeiterschaft auch seine eigenen, jetzt im Streik sich befindlichen Angestellten zuzurechnen und mit ihnen einen annehmbaren Frieden auf der Basis zu schließen, daß diese Angestellten darin ebenfalls eine Hochschätzung ihrer Tätigkeit erblicken.

Deutsches Reich.

Neue Verhandlungen im Malergewerbe.

Wie bereits berichtet, sollten am 8. April in Berlin neue Verhandlungen über die Differenzen im Malergewerbe stattfinden. Nach Eröffnung der Sitzung wurden von der Seite der Unparteiischen Vorwürfe zur Sprache gebracht, die ihnen in einem Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ wegen ihrer Tätigkeit bei den Tarifverhandlungen gemacht worden sind. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärte dazu, daß sie diesem Artikel fernstehen, das aber das bisherige Vertrauen in die Unparteiischen in den Kreisen seiner Kollegen zum Teil nicht mehr vorhanden sei. Demgegenüber forderten die Unparteiischen eine ungewöhnliche Erklärung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes, daß sie nach wie vor das unbedingte Vertrauen des Arbeitgeberverbandes besitzen, und lehnten die Entgegennahme jeder Begründung der von den Unternehmern zum Ausdruck gebrachten Meinung ab. Hierauf erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, daß die Unparteiischen das volle Vertrauen des Vorstandes besitzen. Darauf wurde in die Verhandlungen eingetreten. Hierzu legten die Unternehmer eine Reihe Änderungsanträge zu dem schon verhandelten Tarifmuster vor und hielten deren Prüfung und Erfüllung als Vorbedingung für weitere Verhandlungen. Dazu erklärten die Gehilfenvertreter, daß sie eine Verhandlung über Änderungen des Tarifschemas für zwecklos halten, weil sie niemals in eine Abänderung des von den Gehilfen angenommenen Tarifschemas willigen würden. Schließlich schlugen die Unparteiischen vor, die strittigen Fragen in einer Kommission zu besprechen, jedoch nur auf der Grundlage des bereits verhandelten Tarifmusters, wobei es sich nur um Beseitigung event. Zerwürfe und Unklarheiten handeln könne. Die Kommission trat nachmittags in die Verhandlung ein; Mittwoch soll das Plenum event. wieder tagen.

Die geeinte Kampforganisation des Unternehmertums.

Die „Post“, das Organ der Scharfmacher, weiß über den Zusammenschluß der beiden bisherigen Zentralorganisationen der Unternehmer zu einer „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ noch zu berichten:

„Mit dieser Zusammenlegung wird der Schlussstein in der Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt. Die beiden zentralen Organisationen bestanden seit dem Jahre 1904 nebeneinander und hielten sich an Stärke ungefähr die Waage. Bisher waren sie durch einen Kartellvertrag verbunden, nunmehr ist an Stelle dessen eine völlige Vereinigung eingetreten. Dadurch werden die Abwehrbestrebungen der deutschen Arbeitgeberverbände auf eine einheitliche Grundlage gebracht.“

Die Sitzungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die durch eingehende Vorverhandlungen schiefgeführt waren, wurden in der gründenden Versammlung einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die neue Vereinigung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen. Dabei bildete sich am gleichen Tage der vorläufige Vorstand der neuen Vereinigung und wählte aus seiner Mitte zum ersten Vorsitzenden Fabrikbesitzer Garvens-Hannover und zum zweiten Vorsitzenden Landrat a. D. Rötger-Berlin. Die Geschäftsführung wurde an Syndikus Dr. Fänger-Berlin übertragen.“

Der Zusammenschluß der Unternehmer zu einer einheitlichen Kampforganisation, die gegen die Arbeiterorganisationen gerichtet ist, sollte die christlichen und sonstigen abseits stehenden Arbeiter veranlassen, alle Sonderverbände zu beseitigen und sich in der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften ebenfalls zu einer einheitlichen Organisation als Antwort an das Unternehmertum zusammenzuschließen.

Streikjustiz.

Gelegentlich des Metallarbeiterstreiks bei der Firma Mundlos u. Co. in Magdeburg im Herbst vorigen Jahres soll der Arbeitswillige Gotthardt auf der Straße von mehreren streikenden Arbeitern umringt und bedroht worden sein, daß er Prügel erhalten, wenn er nicht die Arbeit niederlege. Wegen dieses Vorfalles wurde der Schlosser Engel, der Mitglied der Streikkommission war, unter Anklage gestellt wegen Vergehens gegen § 153 G.-O. Vom Schöffengericht Magdeburg-Neustadt wurde der Angeklagte jedoch freigesprochen. Wegen der Freisprechung legte die Staatsanwaltschaft Verurteilung ein. — Vor dem Landgericht Magdeburg befandete der Arbeitswillige Gotthardt als Zeuge, daß Engel zwar in der Gruppe, von der er bedroht worden sei, gewesen sei, ob er aber selber auch Drohungen ausgesprochen habe, könne er nicht sagen. Auch andere Zeugen konnten derartiges nicht bekunden. Trotzdem verurteilte das Landgericht den Angeklagten wegen Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis; er sei als Mittäter anzusehen, denn alles, was die Streikenden getan hätten, habe seinem Willen entsprochen. Der Staatsanwalt hatte „nur“ vier Wochen Gefängnis beantragt.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Nach dem neuesten Wochenbericht des Verbandes der Maler ist abermals ein wesentlicher Rückgang der Ziffern der am Kampfe

beteiligten Gehilfen eingetreten. Während am 15. März 15 770 Aussperrte, Streikende und Arbeitslose vorhanden waren, waren es am 5. April noch 13 406, also 2364 weniger. In der letzten Woche allein ist ein Rückgang um 1490 eingetreten.

In der letzten Woche sind sehr viele Sondertarife anerkannt worden, besonders auch von großen Firmen, so daß in einer Reihe Großstädte die Mehrzahl der Gehilfen zu höheren Bedingungen, als sie die Schiedsprotokolle enthielten, arbeiten. Weiter nehmen die Aufträge mehr und mehr zu, die von Baumeistern und Privatleuten den Aussperrten überwiefen werden. In Nürnberg unterhält die Aussperrungsleitung jetzt den größten Betrieb am Orte. — Die Durchführung des mit dem „Bund Deutscher Dekorationsmaler“ abgeschlossenen Tarifvertrages hat sich bisher glatt vollzogen. Dadurch arbeiten in München die Mehrzahl der Gehilfen zu neuen Bedingungen; in Leipzig u. a. beschäftigen die Bundesmeister mehr als 400 Mann.

Der Unternehmerverband vertritt in Zirkularen und Versammlungen seine Mitglieder damit, daß der Kampf nur noch wenige Tage dauern könne, dann müsse er entschieden sein. Zugleich gibt er die Bedingungen bekannt, die er bei den am 8. d. M. beginnenden Verhandlungen stellen werde, an deren Erfüllung aber niemals zu denken ist. In einzelnen Städten haben die Unternehmer Schriftstücke verteilt, durch die sie den Gehilfenorganisationen diejenigen Gehilfen mitteilen wollen, die von ihnen zum Austritt aus der Organisation gepöbelt worden sind. Erstrecktensweise sind die gemeldeten Fälle, in denen das koalitionsfeindliche Gebahren der Scharfmacher Erfolg gehabt hat, sehr verblüffend.

Beide Parteien erwarten jetzt mit großer Spannung das Ergebnis der am 8. d. M. neu begonnenen Verhandlungen, die vom Staatssekretär Delbrück nach Rücksprache mit der Leitung des Unternehmerverbandes angebahnt wurden.

Der „Scherz“ des Arbeitswilligen.

Vor kurzem ging durch die Reichsverbandspresse die Nachricht, daß der Tod zweier Schiffer auf einem Ockerfah in Breslau auf die verbrecherische Tat von freikundenden Schiffen zurückzuführen sei. Jetzt hat nun die amtliche Untersuchung ergeben, daß der Tod der beiden Schiffer durch einen „Scherz“ eines Arbeitswilligen verursacht wurde.

Selbstverständlich wird sich die edle Reichsverbandspresse hüten, ihren Lesern jetzt die Wahrheit mitzuteilen. Es ist ja auch viel bequemer, alles auf das Konto „Terror der Genossen“ zu buchen.

Hausfuchung in Gewerkschaftsbureaus.

Das Gauvorstands- und das Zahlstellenbureau des Fabrikarbeiterverbandes in Dresden wurde am Sonnabend auf Beschluß des Marienberger Amtsgerichts von einer Hausfuchung betroffen. Zwei Kriminalbeamte erschienen unter Assistenz eines Schreibmaschinenfräuleins, gingen in das Bureau der Zahlstelle, und drei Kriminalbeamte in das Bureau des Gauvorstandes. Auf Aufgebot dieser Polizeimacht erfolgte, um nach dem Manuskript eines Zirkulars zu suchen, das an in der Marienberger Gegend beschäftigte Fabrikarbeiter gesandt worden war. Durch dieses Zirkular fühlte sich der Papierfabrikant Pilz in Niederschneeberg beleidigt.

Es ist anlässlich dieses Eingreifens von Gericht und Polizei zugunsten der angeblich durch ein Zirkular verletzten Ehre eines Papierfabrikanten vielleicht nicht uninteressant zu wissen, daß der Papierfabrikant Pilz auf eine Anzeige der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes hin Ende des vorigen Jahres zu 20 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er längere Zeit hindurch Kinder in seiner Holzschleiferei beschäftigt hatte. Außerdem mußte er Anfang dieses Jahres 5 M. Geldstrafe zahlen, weil er im vorigen Jahre entgegen den gesetzlichen Bestimmungen einen jugendlichen Arbeiter täglich über 10 Stunden beschäftigt hatte. Die Vergehen des Unternehmers wurden also sehr milde beurteilt.

Am so schneidiger geht nun aber die Behörde in Marienberg gegen eine Arbeiterorganisation vor, die im Verdacht steht, der Ehre eines Unternehmers zu nahe getreten zu sein. Da entwickelt sie einen rühmenden Eifer und läßt gleich 5 bis 6 Personen anrücken, um die Sühne für solche Mißtat zu ermöglichen. Ja, in Sachen . . . !

Ausland.

Die Konföderation der Arbeit im Jahre 1912.

Das vergangene Jahr war für den Organisiertenbestand der italienischen Konföderation der Arbeiter recht ungünstig; es schließt mit einem Verlust von 63 000 Mitgliedern ab, so daß der Bestand am 31. Dezember 1912 nur noch 320 000 Mitglieder betrug. Dieser Rückgang ist übrigens nicht allein der wirtschaftlichen Krise zur Last zu legen, sondern auch der Umstand, daß einige Zentralverbände, so namentlich das Syndikat der Eisenbahner sich von der Konföderation losgelöst haben. Zum Teil erfolgte diese Loslösung deshalb, weil die Statuten der Konföderation nicht den konföderierten Organisationen zur Pflicht macht, ihre Mitglieder sowohl dem Zentralverbände des betreffenden Berufs als der lokalen Arbeiterkammer anzuschließen. Von der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft gehören zurzeit 15,17 Proz. der Konföderation der Arbeiter an. Die Einnahmen des Jahres 1912 beliefen sich auf rund 44 000 Lire, die Ausgaben auf 41 000 Lire. Der Bericht hebt hervor, daß ein großer Teil der Energien des organisierten Proletariats durch den beständigen Kampf mit den Syndikalisten vergeudet wird.

Letzte Nachrichten.

Verstärkte Zollbestimmungen der Vereinigten Staaten.

New York, 8. April. (W. T. W.) Die Ausführungsbestimmungen der Zolltarifvorlage sind zum Teil äußerst drastisch. Von vielen Seiten wird erklärt, daß die Vorteile, welche den Importeuren durch die Zollreduktion erwachsen, durch schändliche Ausführungsbestimmungen ausgeglichen werden. In der Tarifbill wird das gegenwärtige System der Klassifizierung und Abschätzung zwecks Verhütung des Zollbetruges verschärft.

Für Zollbetrag sind schwere Strafen vorgesehen; die Zollschätzer erhalten größere Befugnisse für die Vernechtung von Zeugnissen und für die Prüfung von Zolldokumenten. Eine Bestimmung ermächtigt das Schahamt, Waren von der Einfuhr auszuscheiden, falls der ausländische Fabrikant beim Verfrachten den im Auslande weilenden Spezialagenten des Schahamtes den Einblick in seine Geschäftsbücher und in andere Dokumente, welche sich auf die Klassifizierung und den Wert solcher Waren beziehen, verweigert. Für Waren, die hier zu niedrigerem Verkaufspreise als am Heimatmarkt abgeladen werden, ist ein Ausschlagzoll (dumpingduty) vorgesehen.

Starkes Siedrum in der serbischen Armee.

Belgrad, 8. April. (W. T. W.) In seiner heutigen Rede in der Stupskina erklärte der Kriegsminister in bezug auf die Verluste der serbischen Armee vor Adrianopel noch, daß außer den bereits gemeldeten serbischen Verlusten 19 320 Mann erkrankt seien.

Verhaftung einer englischen Frauenrechtlerin.

London, 8. April. Die bedeutende Führerin in der Frauenstimmrechtsbewegung Miss Annie Kennd ist heute nachmittags unter der Anklage der Aufreizung verhaftet worden.

Der zweite Tag der Heeresdebatte.

131. Sitzung, Dienstag, den 8. April 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann Hollweg, v. Seeligen, Kühn. Die Beratung der Wehrvorlage

Wehrvorlage

wird fortgesetzt.

Abg. Wasserfall (nall.): Die Ausführungen des Reichskanzlers waren vom Vertrauen auf unser Heer getragen, wenn er auch den Ernst der Lage, falls es zu einem Kriege kommt, nicht verkannte. Herr Haase sucht nach anderen Gründen der Militärvorlage, als nach denen, die in der allgemeinen Lage begründet sind, und zog einen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ heran, worin gesagt ist, daß wir uns durchsehen müssen im Rat der Völker, daß wir Selbstbestimmung haben müssen, um gehört zu werden. Das sind aber doch Vinsensarbeiten (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hat zu einem Gegensatz zu England geführt, der in der Triplic-Entente seinen Ausdruck gefunden hat. Das sind wohl die tiefsten Ursachen der ganzen politischen Entwicklung. Auch die Veränderung der politischen Lage durch den Balkankrieg liegt so klar zutage, daß auch Herr Haase diesen Zustand nicht verdunkeln kann. An die Stelle der Türkei sind anspruchsvollere slavische Staaten getreten, was besonders für das uns befreundete Oesterreich wichtig ist. Durch den bevorstehenden Friedensschluß wird der Konfliktschroff für die Zukunft nicht aus der Welt geschafft. Das Schicksal Konstantinopels wird nicht entschieden, die Dardanellenfrage ist nicht aufgerollt worden, das autonome Albanien kann Anlaß zu Konflikten geben, vor allem aber das fernere Schicksal Kleinasiens, wo deutsche Interessen sehr direkt in Frage kommen, die auf keinen Fall Preis gegeben werden dürfen. Man darf nicht vergessen, daß Italien durch den Triplicis-Krieg in viel stärkerer Nähe Mittelmeeremacht geworden ist, wie früher, was eine Verächtlichmachung durch die französische und englische Politik erfordert. Daß die Politik des russischen Kabinetts friedlich ist, erkennen wir gerne an. Wie lange aber wird es bestehen bleiben gegenüber der panlawistischen Bewegung? Daß unsere Regierung sich für die Coenneutralität rüftet, daß zufolge dieser Bewegung die russische Politik andere Bahnen einschlägt, wird ihr doch niemand, auch der Reichstag nicht, verargen können. Auch in Frankreich wächst die Aufmerksamkeit auf die Armee gegenüber der deutschen beständig, und Herr Haase sollte doch an die Aufnahme denken, die Jaurès vielfach gefunden hat, als er gegen die Einführung der dreijährigen Dienstzeit auftrat. In Deutschland denkt niemand an einen Krieg gegen Frankreich. Aber die nationalstaatliche Bewegung in Frankreich ist durch die Räumung unserer Position in Marokko nicht geringer geworden, im Gegenteil, der französische Hebermut ist andauernd gemachsen. Herr Haase führt die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich auf unsere Heeresvermehrung zurück. Aber in Frankreich sind schon lange sehr energische Stimmen laut geworden, die die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit im Interesse der Landesverteidigung forderben.

Ein weiteres Moment der Verschlechterung der internationalen Lage liegt in der sogenannten imperialistischen Bewegung, die mit Cäsarenwahn gewiß nichts zu tun hat — sehen wir sie doch gleich lebendig in dem absolutistischen Rußland wie in dem republikanischen Frankreich, das sich mit jeder Energie neue Reservoirs zur Heeresergänzung in den Kolonien schafft. Ebenso lebendig ist diese imperialistische Bewegung in dem parlamentarisch regierten England. Natürlich werden dadurch neue Reibungsflächen zwischen den Staaten geschaffen, und es kann zu einer Kriegsgefahr kommen, die wir zweimal in den letzten Jahren gehabt haben, einmal durch die Marokkoproze und dann durch die Balkanvorgänge. Herr Haase hat sich gestern sehr aufgeregt über die Bestrafung Oesterreichs. Ich finde, daß die österreichische Politik sehr beachtenswerte Ziele verfolgt (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen), nämlich die Freiheitung der

Adria und die Unabhängigkeit Albaniens. Daraus, daß wir frei an Oesterreichs Seite gestanden haben und stehen, kann man der Regierung doch gewiß keinen Vorwurf machen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Auch Bismarck hat das größte Gewicht auf das Bündnisverhältnis mit Oesterreich gelegt.

Aus allem geht hervor, daß die internationale Lage sich für uns ungünstig geändert hat, daß mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet werden muß, und darauf muß eine vorzügliche Regierung sich einrichten. Denn unglückliche Kriege sind die Sünden des Friedens. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Herr Haase freilich meint, ein Weltkrieg müsse zur sozialen Revolution führen. Sein Parteigenosse Quessel meint in den „Sozialistischen Monatsheften“, solche Weltrevolutionenphantasien haben nur poetischen Wert und sind Symptome eines Rückfalls in das Säuglingsalter der sozialistischen Bewegung. (Weiterheit bei den Nationalliberalen.) Einverstanden bin ich mit Herrn Haase nur in einem: Auch meine Freunde begrüßen die Verbesserung unseres Verhältnisses mit England, und wenn England die Ueberzeugung gewonnen hat, daß wir mit ihm zusammen einen Weltbrand verhüten wollen, so liegt darin eine sichere Gewähr des Friedens. Englands Weltstellung und Seeleistung anzufassen, liegt jedem in Deutschland fern, und die klugen Ausführungen des Großadmirals v. Tirpitz haben in England auch Beachtung gefunden.

Run ein paar Bemerkungen zur Militärvorlage selbst. (Weiterheit.) Ihre Kritik durch Herrn Haase ist vom militärischen Standpunkt aus ganz unhaltbar, der leitende Gesichtspunkt der Vorlage ist, ob die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt, ob jeder wehrfähige Mann eingezogen und ausgebildet werden soll. Wehrt man das, so müssen auch die Konsequenzen gezogen werden in bezug auf die notwendigen Zahlen der Unteroffiziere und der Offiziere, der Waffen, Geschütze und der Unterkunft. Die Einzelheiten werden natürlich in der Budgetkommission genau zu prüfen sein.

Bei dieser Gelegenheit darf an einer Reform des Militärstrafrechts nicht vorbeigegangen werden. (Sehr richtig! links.) Die Öffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen muß in stärkerem Maße zugelassen werden. Es sind Urteile von Militärgerichten ergangen, die dem Volksempfinden unverständlich sind. Es wäre vielleicht gut, wenn Informationskurse für die Militärrechte eingeführt würden. — Den Militärstrafhandlungen muß in verstärktem Maße entgegengetreten werden. (Sehr richtig! links.) — Ferner wünschen wir keine Jurisdiktion beim Militär aus religiösen Gründen und keine Bevorzugung des Adels. In der Gardeinfanterie gibt es heute nur 23 bürgerliche Offiziere, in der Gardelavallerie ist, glaube ich, einer. (Weiterheit und Hört! Hört! links.) In manchen Regimentern hat die Zahl der Adligen seit dem Jahre 1872 ganz enorm zugenommen, die der bürgerlichen Offiziere ebenso enorm abgenommen. (Hört! Hört! links.) In weiten Offizierskreisen wird, wie mir zugängliche Aufschristen beweisen, diese Entwicklung durchaus nicht begrüßt. — Einer Verkürzung der Dienstzeit möchte ich das Wort nicht reden. Auch an dem Institut der Einjährigen-Freiwilligen dürfte schwer zu rütteln sein. Einige Reformen auf diesem Gebiete sind vielleicht angebracht. — Wie hat nun unser Volk die Vorlage aufgenommen? Daß das Urteil nicht einseitig ist, beweist die gestrige Rede des Abg. Haase. Ich habe aber doch den Eindruck, daß im Volke eine ernste und entschlossene Stimmung herrscht und daß unser Volk auch reif genug ist, die Gefahr zu erkennen. Vor hundert Jahren hat unser Volk Gut und Blut auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt, um Befreiung von fremdem Joch zu erreichen. Unser Blick schweift zurück in diese Zeit auch auf das Jahr 1806, als das alte Preußen Friedrich des Großen niederbrach. Wie ist es zu erklären, daß die stolze Armee Friedrichs des Großen so schwere Niederlagen erlitt? Die Antwort ist sehr einfach. Die Niederlage ist nur dadurch zu erklären, daß die preussische Regierung jener Zeit unter Friedrich Wilhelm II. nicht erkannte, daß eine neue Zeit angebrochen war. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Genau wie heute!) Man hatte es unterlassen, die Armee zu reformieren. (Zuruf bei den Sozial-

demokraten: Genau wie heute!) Man unterließ es, sie der Zahl nach zu ergänzen, man ließ zu, daß die Offiziere veralteten, und so dem ganzen Clan der jungen französischen Offiziere nicht gewachsen waren. Dann setzte die Reformperiode ein, die an die Namen Stein und Gardenberg anknüpfte, deren Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, wir heute zu verwirklichen im Begriff sind. Wir haben uns seit jener Zeit ein starkes Heer und eine achtunggebietende Flotte verschafft. Aber eine neue Zeit ist angebrochen, die Zeit des Imperialismus, der Weltwirtschaft, in die auch Deutschland hineingezogen ist. Die Folge ist eine Zeit der Reibungen, der Kriege, der Kriege. Das ist die Ursache dieser Vorlage. Die neue Zeit stellt neue Aufgaben an uns. Was wir erlangen haben, wollen wir nicht verlieren, wir wollen jeder Gefahr gewachsen sein. Das ist das Moment, was uns veranlaßt, dieser Verärgerung der Armee zuzustimmen. Wir sind bereit, den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht angesichts der Weltlage zu verwirklichen, das erachten wir als nationale Pflicht, als Gebot der Selbsterhaltung. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Kanitz (l.): Die vorgeschlagene Heeresvermehrung ist ein Friedenswerk ersten Ranges. Wer den Krieg will, der verweigere in diesem Moment der Regierung die Mittel. Was wir als bittere Notwendigkeit empfinden, bezeichnen Sie als Rüstungswahnsinn. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Frankreich ist Jaurès in einer Protestversammlung gegen den Militarismus niedergeschrien mit dem Ruf: a Berlin! (Hört! Hört! rechts.) Das ist den Franzosen 1870/71 nicht gelungen, und unsere Aufgabe ist es zu verhindern, daß es ihnen jetzt gelingt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie wird durch ihre Protestversammlungen keinen Krieg verhindern. Glauben Sie nicht, daß wir mit leichtem Herzen an die Vorlage herangehen, von einer Hurra-Kommunikation ist keine Rede. (Lebhaftes Sehr richtig! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich nicht nur um die kolossalen finanziellen Opfer, sondern auch um die große Zahl kräftiger Männer, die dem Erwerbsleben entzogen werden. (Erneute lebhaftes Auf: Sehr gut! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die fortgesetzten Rüstungen in Frankreich, der durch ganz Frankreich ertörende Ruf: a Berlin! (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten) zwingen uns dazu. Mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit wächst uns Frankreich erheblich über den Kopf.

Wenn Sie wollen, es ist eine Schraube ohne Ende.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir halten es länger aus, und es wäre ein Verbrechen, wenn wir von diesem Vorprung nicht Gebrauch machen würden. Es ist ein großes Verdienst des Reichskanzlers, daß er diese Vorlage eingebracht hat. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Die militärische Leistungsfähigkeit Frankreichs wird durch die Abnahme der Geburtenziffer immer geringer. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist das auch ein Grund für die Militärvorlage?) Deshalb hat man in Frankreich schon vorgeschlagen, den Kinderlegen zu honorieren. Wir haben jetzt noch einen Ueberfluß an Geburten, aber das Jahr 1910 zeigt schon einen abnehmenden Rückgang der Geburten gegen 1908. Mit irgendwelchen Anreizmaßnahmen tragen wir uns nicht. Wir haben in einem zukünftigen Kriege nichts zu gewinnen, nur zu verlieren. Aber wir wollen lieber jetzt eine Milliarde opfern, als uns der Gefahr einer Niederlage aussetzen, die uns unzählige Milliarden kosten und Hunderttausende von Menschen hinraffen würde. Nur das wollen wir verhindern. Unsere Friedensliebe kann niemand bezweifeln. Sie scheint jetzt endlich auch in England anerkannt zu werden. Aber nur so lange wir die Stärkeren sind, wird uns der Friede erhalten bleiben und nicht einen Tag länger. Deshalb möge diese Vorlage hier einstimmige Annahme finden. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Von einer Hurra-Kommunikation kann keine Rede sein, jagte der Vorkredner. In der Tat, von einer Hurra-Kommunikation konnte man höchstens in der Rede des Herrn Spahn etwas merken (Große Weiterheit und Sehr richtig!), die wesentlich in Exzerpten

Kleines feuilleton.

Das Ende des Absolutismus? In der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ hat Herr Edward Brandes einen ebenso anerkennenden wie dummsten Artikel geschrieben, der dem Rufm Schöns zu Leibe gehen möchte. Herr Brandes macht es sich zunächst insofern bequem, als er ästhetische Urteile unterstellt, die zum wenigsten in Deutschland kein vernünftiger Mensch je gefällt hat. Derartige Urteile haben dann den Vorzug, daß man sie leicht kritisch zusammenfassen kann. Man höre:

„Es ist von seltsamer Interesse, wenn man sich heute bewußt wird, wie der „Bund der Jugend“, der einmal als ein Lustspiel von subtilster Feinheit bewundert wurde, tatsächlich in das argste Possenjournalium ausläuft, ja sogar beinahe unverständlich wird, nur weil der Dichter in blindem Haß in der Figur des Steensgaard Hjörnsjerne Hjörnsen so zu Leibe geht, daß er keine Grenze mehr für seinen Spott und seine Verachtung kennt.“

Der possenhafte Hebermut, der allerdings im „Bund der Jugend“ steckt, ist in Deutschland nie verkannt worden und istens kaum ist von dieser Leistung völlig unabhängig. Aber hören wir weiter:

„Nicht ober steht man jetzt ein Drama wie „Die Frau vom Kere“, so gerät man in Staunen darüber, daß Ulida und der fremde Mann, ihre Beziehungen zu einander, die Geschichte ihres Verhältnisses und ihre Trennung jemals haben imponieren. Gedanken in Bewegung setzen und als tiefgründiges Gesellschaftsproblem aufgefaßt werden können.“

In Deutschland ist es keinem unterrichteten Menschen unbekannt, daß die mystischen Aftersdramen sich oft in wesentliche und sondersbare Dinge verlieren. Daß auch in Deutschland ästhetische Enns gerade mit diesen Aftersdramen einen affektierten Kultus getrieben haben, braucht niemand zu kümmern. Im Gefolge jedes großen Dichters finden sich diese Enns. Als ein „leserndes Gesellschaftsproblem“ haben aber nicht einmal sie das Verhältnis zwischen Ulida und dem fremden Mann aufgefaßt. Das rein individuelle Drama bietet dazu nicht die geringste Veranlassung.

Aber wo bleiben Nora, Geppenter, Kollasch, Hedda Gabler, Rosmersholm? — Mit Ausnahme der Geppenter werden diese wesentlichen und sehr gewichtigen Dramen einfach übergangen, dafür wird die „Wildente“ wegen einiger Schwächen, die der großen Dichtung nichts von ihrem Wert zu rauben vermögen, lakisch angerempelt. — Und was meint Herr Edward Brandes über die „Geppenter“? Man höre:

„Selbst ein Drama wie „Geppenter“, das die Gemüter in helle Aufregung versetzt und als aufwühlend verstanden war, läßt heute deutlich erkennen, was es mit seinem Scheinbar so aufwühlenden und tragischen Probleme in Wirklichkeit auf sich hat. Auf die Gefahr hin, Klappheime zu begehen, kann gesagt werden, daß das Hebermut, das possenhafte Hebermut an den Personen und Ereignissen im Stück mit jedem Tage sichtbar wird, während das Tragische verblasst.“

Herr Edward Brandes würde Blut schwitzen, wenn er das „possenhafte Hebermut“ in den Geppentern mit guten Gründen nachweisen sollte. Er begnügt sich darum auch mit seinem in einem intellektuellen Sinne rohen Anwurf und schenkt sich und uns jede nähere Begründung.

Balkonkonzerte in Paris. Der französische Staat geht jetzt daran, die öffentliche Musikpflege, die bisher recht im argen lag, zu organisieren. Er überläßt das Ballspielhaus im Tuileriengarten auf eine Reihe von Jahren einem Konzertunternehmer, der sich verpflichtet, 750 000 Fr. für die Umgestaltung des Gebäudes in ein Konzerthaus zu verwenden, dort jährlich mindestens 24 Arbeiterkonzerte an Sonntagen zu geben und wenigstens zwei große Konzerte zu veranstalten, die den Werken lebender französischer Komponisten gewidmet sind. Der Saal soll ferner dem Staat unentgeltlich für die öffentlichen Konservatoriumsprüfungen zur Verfügung stehen. Für die Konzerte sollen mindestens 1000 Plätze zu 1 und 2 Fr., 100 zu 2½, bis 3½, und der Rest zu 4 bis 5 Fr. abgegeben werden. Da es bisher für Paris unmöglich war, um weniger als 5 Fr. einen festen Sitzplatz zu einem großen Orchesterkonzert zu bekommen, stellt diese neue Einrichtung einen Fortschritt dar, der hoffentlich zur Hebung des musikalischen Geschmackes führen wird.

Das ominöse W. Mit einer seltsamen Beleidigungsgeschichte hatte sich jüngst, wie wir in den „Misch. N. Nachr.“ lesen, das Schöffengericht Nürnberg zu befassen. Ein Mieter war ausgezogen; sein Abzug war nicht ganz freundlich gewesen. Die Vermieterin beauftragte einen Malermeister mit dem Löschen der Wohnung. Der fand in der Wohnung ganze Kolonien von Wanzen. Er ließ seinen Lehrling Jagd darauf machen, und dieser erbeutete weit über 1000 Wanzen. Von diesen steckte der Malermeister über 200 in ein Häkchen und ließ es durch seinen Lehrling dem ausgezogenen Mieter mit einem schönen Gruß übersenden. Der Mieter hatte Sinn für Humor und opferte einmal einen freien Sonntag zur Ausführung eines ganz eigenartigen Gedankens. Er setzte sich hin und schrieb seiner früheren Hausfrau einen Brief. Darin kam ausführlich oft das Wort Wanze vor. Das Wort schrieb er aber nicht hin, sondern so oft es vorkam, liebt er eine große, echte Wanze auf das Papier. So lautete der Brief: „An die Wirtin zum W W W Heim. Anders sende ich Ihnen die mir zugehenden W W wieder zurück mit dem Bemerkten, daß ich Sie an dem einzigen Meidtum, den Sie haben, nicht schmälern will. Gätten Sie die W W von den anderen Wohnungen noch mitgeschickt, so hätte ich mit den W W eine W W Ausstellung veranstaltet und Ihnen einen W W Preis angedacht usw. Verachtungswort! Einer der Sie kennt. NB. Bitte einrahmen.“ Die Vermieterin verklagte den Briefschreiber. Den kostete der Späß 50 M.

Humor und Satire.

Zutimer Dialog.

Der eine Spieler: Hast Du die Karten gezinkt? Der andere Spieler: Ja.

Der eine Spieler: Hast Du das Coeur As im Kermel?

Der andere Spieler: Ja.

Der eine: Ist der Spitz gut eingeläutet? Der Pigaretten-

kasten voll? Jedes Kartenspiel noch einmal durchgesehen?

Der andere: Ja.

Der eine: So können wir beginnen. Wer kommt?

Der andere: Garde.

Der eine: Aufpassen. Hat Geld. Läßt sich nicht lumpen;

der Alte bezahlt's. Die Wechselformulare darfst Du nicht vergessen!

Hast Du?

Der andere: Ja. Aber wie, wenn sie sie nicht einlösen?

Wenn sie kneten? Wir haben's Papier, sonst nichts...!

Der eine: Bist Du ein Kind? Koll! Der kumte Koll, den

wollen sie nicht oblegen — er verträgt viel: Abhandlungen der

Untergebenen, Schlägerei, Duell, Weibergeschichten — aber keine

Wachstums. Klagt. Nun — und das will keiner. Zahlen schon.

Der andere: Wo ist der dritte Mann?

Der eine: Stodlosa? Wird heute nachmittags um drei

aus dem Gefängnis entlassen und eilt sofort hierher. Der lausd.

Der andere: Aber... werden sie nicht merken? Ein

Sträfling?...

Der eine: Bah! — Er spricht ein rollendes Französisch,

kennt die gebräuchlichsten Kolotten beim Vornamen, und wenn ich

ihm noch schnell sage, wer gestern beim Rennen gewonnen hat —

er kann noch nicht wissen, der arme Kerl — so wird nicht passieren.

Der andere: Wieviel hat er bekommen? Warum ist er

schon heraus?

Der eine: Weil er vor der deutschen Justiz gestanden hat.

Weil sich diese Menschen, Gottseidank! unsere Lebensart nicht vor-

stellen, weil sie nach ihren Gehaltsfägen urteilen, aus ihrer Welt

nicht heraussehen können... Pst! Sie kommen! Guten Abend,

meine Herren!...

Ignaz.

Notizen.

— Die große Berliner Kunstausstellung wird am 10. Mai eröffnet werden.

— Musikchronik. Die Vorstellung von Pasquello „Barbier von Sevilla“ (mit italienischem Text), die vom Kapellmeister Richard Fall veranstaltet wird, findet nicht in der Hauptkapellener, sondern im Neuen Operntheater (Kroll) am 19. April statt. Das Blüthner-Orchester wirkt dabei mit.

— Eine neue Monatschrift. Der Cottasche Verlag gibt zum Herbst eine neue Monatschrift heraus, die im Hinblick auf das Wappenschild des Cottaschen Verlages „Der Greif“ heißen wird. „Der Greif“ soll wichtige Fragen auf den Gebieten der allgemeinen Kultur, des Staatslebens, der Künste, Wissenschaften und Literatur besprechen. Auch mancherlei literarische Dokumente aus dem Cottaschen Archive sollen hier zum erstenmal veröffentlicht werden.

aus Schriften des Wehrvereins bestand. — Die Begründung der Vorlage steht in umgekehrtem Verhältnis zu ihrer Wichtigkeit, sie ist geradezu provokatorisch. Die Begründung durch den Kriegsminister war wohl das Stärkste, was bisher einem Parlament geboten wurde. (Sehr wahr! links.) Die Vorlage und ihre Begründung macht den Eindruck des Schnell ad hoc Zusammengefügten, sie ist unüberichtlich und tendenziös irreführend, speziell über das Stärkeverhältnis der anderen Staaten. Der Reichstag wird daher genau zu prüfen haben, daß nur das unbedingt Notwendige bewilligt wird, und es ist geradezu Wahnsinn, zu sagen, jeder Abstrich sei Vaterlandsverrat. Der frühere Zentrumsgesandte Heim zeigte in einer Broschüre, welche Blattposter der deutsche Bauernstand nach dieser Vorlage zu bringen hat. Das gilt aber auch für den Handwerker- und Mittelstand überhaupt, auf den wir die weitgehendste Rücksicht nehmen müssen. Derselbe Mann, der vor einem und zwei Jahren hier sagte, auf absehbare Zeit sind alle Läden unserer Rüstung geschlossen, vertritt jetzt diese Vorlage als etwas ganz Selbstverständliches. Die Lage des Kriegsministers ist allerdings peinlich, denn es ist nicht angenehm, sich selbst so desavouieren zu müssen. (Heiterkeit links.) Von den Vorgängen am Balkan sind unsere militärischen Kreise völlig überrascht worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unsere Diplomatie auch.) Die dauernden Rüstungen belasten das Wirtschaftsleben auf das schwerste. Unser neuer englischer Vorkämpfer sagte: Nichts Schlimmeres kann es für den Wohlstand einer Nation geben, als fortgesetzte kriegerische Vorbereitungen. Deshalb muß man fragen, ob die Gerüchte zutreffen, daß im nächsten Jahre eine neue Flottenvorlage kommen soll. Auch diese Vorlage schreit ja schon wieder nach einer neuen in ein bis zwei Jahren.

Viele Teile der Rede des Reichszanlers waren sympathisch. Er war ja in der peinlichen Lage, beruhigend wirken zu sollen und gleichzeitig eine Militärdenkvorlage zu vertreten, und er hat dieses Kunststück wirklich fertig gebracht. (Heiterkeit.) Aber eine wirkliche Begründung der Mienenvorlage hat er nicht gebracht, die wird er in der Kommission geben müssen.

Es ist bedauerlich, daß der Reichszanler unsere Anregung zur Rüstungsveränderung früher so schroff abgelehnt hat. (Zur wahr! links.) Jetzt zeigt sich doch, daß ein Boden dafür vorhanden gewesen wäre. Gewiß ist die internationale Kerkofität Westeuropas im Jahre 1912 gewachsen. Aber die Schuld liegt vor allem an den Kriegsherrn, denen überall auf das entschiedenste entgegengetreten werden mußte. Von unseren Hypertrophien wird die Erinnerung an das Jahr 1888 geradezu mißbraucht unter dreifachen Gesichtspunkten. (Sehr wahr! links.) Die ewige Deklamation: Der König rief und alle, alle kamen, wirkt zuletzt geradezu komisch. (Sehr richtig! links.) Man sollte das Andenken der Felder von 1813 durch solches Phrasentum nicht profanieren. Unseren überpatriotischen Schreier sollte man eine private legierte Rolle bei der Deckung dieser Mienenausgaben einräumen. (Lebhafte sehr richtig! links.) Dann wird ihr Patriotismus sehr schnell abflauen. Der Einbringung dieser Vorlage sind

unglaubliche politische Treibereien

vorangegangen, eine militärische unverantwortliche Nebenregierung, die sich direkt gegen den Reichszanler und den Kriegsminister richtete. (Hört! hört! links.) Ein in Offizierskreisen viel geliesenes Blatt hat offen die Forderung aufgestellt, die Militärdenkvorlage möge im Reichstag nicht vom Kriegsminister, sondern vom Generalstab vertreten werden. (Hört! hört! links.) Man hat offen den Einbruch erwidert, daß eine Preklampagne zwischen Generalstab und Kriegsministerium stattfinden, Gerüchte kolportiert, daß Freiherr v. Sydner, zum Zeichen des Protestes gegen den Kriegsminister, seinen Abschied genommen habe. (Hört! hört! links.) Und ein konservatives Blatt erklärte das als besonders erfreulich. Das sind solche konstitutionelle Anschauungen. Die Annahme einer solchen Militärdenkvorlage wird den Parteien dadurch wirklich nicht erleichtert. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Wie ungeschickt die Presse unserer Ueberpatrioten vorgeht, beweist die immer wiederholte Behauptung, die deutsche Armee stehe an Zahl, Ausrüstung und innerem Wert der französischen nach. Das ist nicht wahr.

Wie sind gewiß nicht blind gegen gewisse Mängel in der Erziehung unseres Heeres; aber solche Uebertreibungen sind schädlich und schaden nur den Chauvinismus. Die unhygienische Art der Inszenierung der Vorlage überhebt uns natürlich nicht der Aufgabe der Prüfung der Notwendigkeit der Vorlage. Der Gedanke der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht findet auch unsere Billigung. Aber es ist eine Verzerrung dieses Gedankens, die allgemeine Wehrpflicht alle Jahre als PreSSION auf das Volk zu gebrauchen.

Kun zu den Einzelheiten der Vorlage. Die Verstärkung der Luftflotte ist uns sympathisch. Auch der verlangte Ausbau der Festungen wird unsern Weisfall finden, falls ihre Notwendigkeit nachgewiesen wird. — Radfahrerkompanien, Automobile usw. nehmen der Kavallerie einen großen Teil ihrer Aufgabe ab. Um so verwunderlicher ist die geforderte Verstärkung der Kavallerie. — Der Verzugmangel, der wohl auch auf konfessionelle Rücksichten zurückzuführen ist, ist im Kriegsfalle sehr bedenklich. Da ich von konfessionellen Rücksichten spreche, will ich auch die geistige wenig talvolle Bemerkung des Herrn v. Liebert über die fremden Elemente zurückweisen, die dem Offizierskorps ferngehalten werden müssen. (Zuruf bei der Volkspartei: Unerhört!) Das ist eine ganz unerhörte Bemerkung. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.) Sie brauchen diese fremden Elemente nicht nur zu wohlthätigen Zwecken, sondern auch zur Deckung der Militärdenkvorlage. Ich hoffe, Herr Kollege Arendt wird dafür sorgen (die folgenden Worte gehen in der schallenden Heiterkeit des Hauses — der teutsche Arendt ist gestauter Jude — verloren).

Kun zu den personellen Fragen. In einer Zeit, wo das Reich die Pflichten gegen die Veteranen aus Mangel an Mitteln nicht erfüllen kann, sollte nicht zäh an rein dekorativen Posten von Gouverneuren, Inspektoren usw. festgehalten werden. Durch diese Vorlagen werden diese Posten noch bedeutend vermehrt. Auch mit dem ganz verkehrten Pensionierungssystem, das dem Volke ungezählte Millionen kostet, muß gedungen werden. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) — Das Unteroffizierskorps ist eine der Grundpfeiler unseres Heerwesens. Es würde eine Verhöhnung des Unteroffizierskorps sein, wenn Unteroffiziere zu Offizieren aufsteigen könnten. Dieser Gedanke stammt, das mag Herr v. Liebert sich merken, aus dem Jahre 1813. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) — Für die Ausbildung der Offiziere wollen wir gern das Mögliche tun; aber Forderungen für Kadettenanstalten sind für uns unannehmbar. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Das Geld, das die Städte für Färkenempfang ausgeben, sollten sie zur Wehrsteuer beitragen; das würde einen guten Eindruck machen. Zugunsten des Volkes geschieht in der Vorlage nichts. Das Versprechen des Fürsten v. Bülow auf Espansivität beim Militärstand scheint vergessen zu sein. Die ganze Vorlage ist beherrscht von den Zahlen, von einer inneren Reform findet sich kein Wort. — Der Luxus und die Verschwendungssucht, von denen gestern der Reichszanler gesprochen hat, findet sich vor allem in Offizierskreisen. In allen Tönen predigt man uns von Opfermut, Vaterlandsliebe, von Pflichten des Volkes. An seinen Rechten denkt von den patriotischen Vorkämpfern niemand. Wo sind denn die Leistungen, die 1813 das Volk zu großen Taten begeistert haben? Wo ist eine Jubiläumsgabe an das Volk? (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Wo sind die herrlichen Tage, denen wir entgegengeführt werden sollten, wo ist das rühmlichste Vertrauen, das Kaiser Friedrich III. seinem Volke gelobt hat. In der Armee haben wir Erziehung des Rechts durch die Kommandogewalt, durch die Willkür des Militärkabinetts und steigende Erbitterung der Offiziere über ihre Rechtslosigkeit. Wir feiern heute auch

ein Jubiläum, das zehnjährige unseres Antrages auf Einführung von Reformen beim Militärstrafrecht. Was ist aus den Ehrengerichteten geworden? Früher waren sie doch Gerichte, jetzt sind sie Gutachterkammern, und immer werden sie noch verschlechtert. Paßt das Wort dem Gerichtsherrn nicht, so kann er einen anderen Gerichtshof berufen, und das Urteil wird mit Namensunterschrift abgegeben. Kein Recht und kein Gericht geben Sie dem Offizier! (Weisfall links; Bewegung.) Gerade ich als Süddeutscher erkläre, daß ein starkes Preußen des Reiches Sicherheit verbürgt. Aber was Preußen heute bietet, sind Verbildungen und Auswüchse. Das deutsche Volk ist reif für eine Reform, die auch im Soldaten den Staatsbürger achtet, die den Fremdkörpercharakter des Offizierskorps beseitigt, und nach dem Verlangen Schornhorsts alle Vorrechte abschafft. Schenken Sie endlich dem Volk Vertrauen, schaffen Sie ein Heer, das ein Volk in Waffen ist, dann wird Deutschland jedem Feind gewachsen sein. Eine solche Reform wird unsere Zukunft und unseren Fortschritt verbürgen. (Stürmischer Weisfall bei der Volkspartei.)

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen: Der Vorredner hat gewaltig übertrieben. Das Offizierskorps steht fest auf dem Boden, auf dem es aufgewachsen ist. (Weisfall rechts, anhaltende Heiterkeit links), es steht treu zu seinem allerhöchsten Kriegsherrn! (Weisfall rechts, Lachen links, Hurrarufe bei den Sozialdemokraten.) Außerhalb Deutschlands wird ihm keiner einen Vorwurf in dieser Hinsicht machen, daß es im Ernstfall seine Schuldigkeit nicht tun würde. (Unruhe links.) Gerecht, Besserung in einzelnen Fällen mag notwendig sein, ich bin der letzte, der das in Abrede stellen wollte, aber man darf das nicht in dieser übertriebenen Weise wie Abg. Dr. Müller verlangen. (Lachen links.) Er hat auch über die Preklampagne von 1912 gesprochen, die zwischen dem Generalstab und dem Kriegsministerium gefaßt worden sein soll. Ich bin keineswegs mit all dem einverstanden, was geschrieben und gedruckt wurde; es ist dadurch manchmal gegen den Grundgedanken verstoßen worden, daß das Vertrauen in die eigene Wehrmacht der erste Faktor eines Sieges ist. Aber es war auch sehr viel Klatsch in der ganzen Angelegenheit. (Abg. Dr. Müller: Wer hat ihn gemacht?) Von irgendwelchen Gegenlägen zwischen mir und dem verabschiedeten Generalinspektur des Wehrwesens ist keine Rede. Generalstab und Kriegsministerium sind auf der gleichen Grundlage aufgewachsen, haben die gleichen Ziele, und eine Preklampagne zwischen ihnen ist unmöglich und hat auch nicht stattgefunden. Wenn in der Zeitung ein Artikel als von einem höheren Offizier oder von geschätzter militärischer Seite herrührend bezeichnet worden ist, so darf man das nicht für bare Münze nehmen. Das ist oft nur ein junger Referendare. (Heiterkeit.) Bei aller Hochachtung der Presse könnte sie doch etwas zurückhaltender sein. Die Balkanereignisse sollen uns überreist haben; nun, das ist sehr vielen anderen Leuten auch so gegangen. (Große Heiterkeit links), auch Abgeordneten. 1910 habe ich hervorgehoben, daß die damalige Vorlage nur die dringlichsten Notwendigkeiten erfüllt und auch 1912 habe ich nicht gelagt, daß nunmehr auf alle Zeiten die Bedürfnisse des Heeres erfüllt seien. (Lachen links, Zurufe der Sozialdemokraten: Alle Zeiten! acht Monate? Bewegung.) Die Notwendigkeit dieser Vorlage ist nicht aus der Vergangenheit zu ermitteln, sondern vor allem kommt es auf die Frage an, ob sie durch die Gegenwart und die Zukunft notwendig gemacht ist. Diese Frage beantwortet die Militärverwaltung mit einem kräftigen: Ja. (Weisfall rechts, Heiterkeit und Unruhe links.)

Abg. Seyda (Vole): Unsere Wähler würden es nicht bereuen, wenn wir der Regierung im Reich Hunderte von Millionen bewilligen würden, während die Regierung in Preußen hundert Millionen zur Unterdrückung unserer Wähler verlangt. Das hätte ich bereits im vorigen Jahre bei der Militärdenkvorlage aus. Jetzt ist die Sache noch schlimmer geworden; denn die preussische Regierung hat ihrer Vollenpolitik die Krone aufgesetzt durch die Schwächung der Entsignung. (Weisfall links.) Die polnische Bevölkerung genießt nicht den Schutz des Eigentums, mitten im Frieden wird sie enteignet, von Haus und Hof getrieben. Unter solchen Verhältnissen bedarf unsere Ablehnung der Vorlage keiner näheren Begründung. (Weisfall bei den Polen.) Immerhin muß ich dem Reichszanler bemerken, daß der heroische Freiheitskampf der slawischen Völker auf dem Balkan keine Verdröhung des Germanentums bildet. Die slawischen Völker fordern nicht weiter, als ihr Volkstum zu entwickeln. Der Reichszanler möge der Unterdrückung der Polen ein Ende machen, dann wird man seinen Worten, daß Deutschland niemanden unterdrücken wolle, im Auslande eher vertrauen können. (Weisfall bei den Polen.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Läßt man die bisherige Debatte Revue passieren, so drängt sich die Frage auf, was denn der Zweck der ganzen Rede ist. Daß wir uns gegenseitig belehren könnten, ist ja ausgeschlossen. Es bliebe also nur die Wirkung nach außen. Ist nun wirklich irgendeiner der halben oder ganzen Anhänger der Vorlage Optimist genug zu glauben, er hätte durch seine Rede auch nur einen Anhänger im Lande gewonnen? Im Lande wird man sich lediglich fragen: was das wirklich alles? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der

Mangel aller durchschlagenden Gründe

muß ja im Lande geradezu verblüffen. Sowohl die Regierungen, die die ungeheuerlichen Forderungen stellen, wie die Parteien, die sie annehmen wollen, können irgend stichhaltige Gründe nicht vorbringen. Was ist denn gesagt worden? Herr Spahn hat eine Rede von einer Hurra Stimmung gehalten, Herr v. Liebert seine gewöhnliche Reichsverbandrede, Herr Behrens die bekannte Amateurrede, die wir schon kennen (Heiterkeit) und die mit dem Ja am Schluß endigt, und die Herren Wasseremann und Ranitz haben zur Begründung der Vorlage ebenfalls gar nichts gesagt. Ich könnte die Rede des Grafen Ranitz fast ganz wiederholen, um zu beweisen, daß er glänzende Argumente gegen die Vorlage beigebracht hat. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wasseremann und Herr Ranitz haben wiederholt auf die Stimmung in Frankreich hingewiesen. Gegenüber meinem Freunde Haase wurde gesagt, er hätte wohl angefaßt, die französischen Arbeiter seien Gegner der Einführung der dreijährigen Dienstzeit, er hätte aber nicht mitgeteilt, wie es unserem Freunde Jaurès in Rancy ergangen sei. Da sie ihm übel mitgespielt worden, als er gegen die dreijährige Dienstzeit auftrat. Das eigenartige bedauerliche Ereignis hat sich in Kizza abgespielt. Unter einer Verarmung von zehntausend Menschen fanden sich etwa dreihundert Camelots du roi, die die Versammlung störten. Daß es gerade in einem Wade wie Kizza einen detartigen gutgekleideten Böbel gibt, ist nicht verwunderlich. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Rede des Herrn Dr. Müller-Weinigen erinnerte an den verstorbenen Dr. Schädler, der auch sehr energische Töne bei der ersten Lesung zu finden pflegte. Im Laufe der Zeit entwickelte sich dann ein Umschwung und das Ende war regelmäßig die Annahme einer solchen Vorlage. Ich habe den Eindruck, daß die Parteien der verstorbenen Herren Windthorst und Eugen Richter vor dem aufgedeckten Geheuchel doch ihre Reuerenz machen werden. Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Müller müßten seine Parteifreunde eigentlich unter allen Umständen die Heeresvorlage ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch bei der Volkspartei. Herr Dr. Müller hat ausdrücklich gesagt, er trete nach ihrem Programm für eine Verkürzung der Dienstzeit ohne Erhöhung der Kosten ein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie wollen Sie denn das vereinbaren mit der Annahme dieser Vorlage? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was wir hier erleben, ist der Sieg der militärischen Autorität über die parlamentarische Kontrolle.

Wenn wäre es vor einem Jahre im Traume eingefallen, daß noch vor dem Ablauf von 12 Monaten eine solche Vorlage gemacht werden könnte. Aber das Unglaubliche geschieht. Die Reichstags-

mehrheit läßt sich geduldig am Zeissel der Generalstabler führen. Und sie bekennt sich zu dem Grundsatze: credo quia absurdum. (Ich glaube es, weil es absurd ist.)

Auf der Regierungsbank sitzt ein Reichszanler, Herr v. Bethmann-Hollweg, dem eine Auszeichnung zuteil geworden ist, wie noch keinem seiner Vorgänger: er ist mit einem starken Mißtrauensvotum der Mehrheit des Hauses bedacht worden. (Heiterkeit bei den Soz.) Der Kriegsminister neben ihm lebt mit der Mehrheit in Konflikt, weil er gegenüber dem klar ausgesprochenen Willen der Mehrheit, dem Duellant zu feuern, passiv Resistenz übt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister hat die doch recht milden Ausführungen Dr. Müller-Weinigen als Uebertreibung geschilbert und will uns glauben machen, im Offizierskorps sei alles so, wie es sein müsse. Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der Interesse daran hat, das Offizierskorps herabzusetzen. Daß aber manches im Offizierskorps reformbedürftig ist, ist doch zweifellos. Deshalb waren die Ausführungen des Kriegsministers ganz deplaciert. Was hat er denn gesagt? Doch weiter nichts, als: Unser Offizierskorps ist gefest gegen jede Reform. (Große Heiterkeit links.) Die Regierungsmänner, deren Verdienste um das Reich doch sehr bescheiden sind, dürfen wagen, was Bismarck nicht wagen konnte, sie kommen mit Forderungen, mit denen Bismarck nie gekommen wäre, sie brauchen nur zu reden, und die Forderungen werden bewilligt. Früher gab es kein besseres Mittel, einen Konflikt zwischen Regierung und Parlament herauszubekämpfen, als die Einbringung einer Militärdenkvorlage. Heute beugt sich die Mehrheit, sobald eine Militärdenkvorlage eingebracht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Im Auslande folgert man aus dieser Vorlage eine Stärkung des nationalistischen Geistes in Deutschland. Diese Annahme ist falsch, zugenommen hat bei uns nicht die Stärke des nationalistischen Gedankens, sondern die Schwäche des parlamentarischen Bewußtseins. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und die Regierung scheint nur deshalb so hoch zu stehen, weil die bürgerliche Opposition so tief gesunken ist. Sie alle, mit wenigen Ausnahmen, sind keine Rüstungsfanatiker und keine Kriegsinteressenten. Ich bin überzeugt, Sie alle würden mit uns jubeln, wenn es gelänge, zu einem guten Verhältnis mit Frankreich zu kommen, das uns von schweren Kriegsjahren und Rüstungslasten befreien könnte. Aber statt selbstbewußten Willen zu zeigen, statt mit uns zu arbeiten, stimmen Sie der auswärtigen Politik unserer Regierung zu und fügen sich ihr als einem scheinbar Unabänderlichen. Sie bilden zu unserer Militärverwaltung gläubig auf wie zu einem höheren Wesen. Trotzdem mahne ich Sie, bevor Sie das letzte Wort sprechen: Ueberlegen Sie um alles in der Welt gründlich, was Sie zu tun gewillt sind. Sie stehen auf einem anderen militärischen Standpunkt, Sie haben andere Grundzüge über die Landesverteidigung wie wir. Sie halten für richtig, was wir für falsch halten. Darüber läßt sich streiten. Aber nicht bestreiten läßt sich, daß selbst vom Standpunkt der herrschenden Militärpolitik aus gesehen, ein so sprunghaftes Emporschwellen der Friedenspräsenzstärke etwas noch nie Dagewesenes, Unerhörtes und höchst Unheilvolles ist und allen Grundzügen ins Gesicht schlägt, die bisher auch von der Regierung selbst und von der Mehrheit des Reichstages immer betont worden sind. Um die

Ungeheuerlichkeit dieser Vorlage

zu erkennen, genügt es, die Worte des Kriegsministers v. Heeringen vom 9. September 1910 zu zitieren:

„Das Ihnen vorgelegte Friedenspräsenzgesetz will die Verringerung der Schwächen, entsprechend dem bewährten Verfahren bei den letzten Militärdenkvorlagen in einer Entwidlung auf 5 Jahre zu sichern. Eine solche allmähliche Entwidlung ist meines Erachtens angängig, wenn keine absoluten außerpolitischen Schwierigkeiten vorliegen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das gesetzlich festgelegte Programm der Heeresverwaltung die Möglichkeit bietet, die fraglichen Veränderungen von langer Hand vorzubereiten, daß eine solche Vorlage in wirtschaftlicher Hinsicht Vorteile bietet, sei nebenbei betont.“

Also — wenn keine absoluten äußeren Schwierigkeiten vorliegen! (Sehr wahr! rechts.) Mit anderen Worten, das Duzinquennat sollte seine Lebensdauer zurücklegen, wenn nicht eine unmittelbare Kriegsgefahr drohe. Hierdurch erscheint es natürlich begreiflich, daß angesichts der neuen Vorlage alle Welt sich gefragt hat: Was soll das bedeuten, gibt es Krieg? (Zustimmung links.) So groß sind die akuten außerpolitischen Schwierigkeiten des Augenblicks doch nicht, sie müßten denn geschaffen worden sein, um diese Vorlage zu begründen! (Hört! hört! links.)

Je bedenkenloser die Mehrheit des Reichstages dieser Vorlage entgegentritt, je bereitwilliger sie in dem sogenannten patriotischen Opfermut sich gebietet und auf eine wirkliche Begründung verzichtet, desto mehr werden unsere politischen Schwierigkeiten wachsen und das Mißtrauen, das ganz Europa in Unruhe versetzt, Ihnen als alten und erfahrenen Politikern — von einigen wenigen Ausnahmen will ich natürlich absehen (Heiterkeit) — brauche ich doch nicht zu sagen, daß es in der Politik nicht darauf ankommt was man will, sondern was man zu wollen scheint, und nicht nur darauf was man tut, sondern auch, wie man es tut. Gätten Sie das Heer allmählich auf die jetzt verlangte Stärke gebracht, so hätten wir Sozialdemokraten dies selbstverständlich bekämpft, aber wir hätten genau so wie das Ausland den Eindruck gewonnen, es mit Männern zu tun zu haben, die genau wissen, was sie wollen und auf ein bestimmtes Ziel lossteuern. Aber das sprunghafte Nachholen angeblicher Versäumnisse, die

Ausnützung der Jahrhundertfeier zur Stimmungsmache,

der ganze Schüttelfrost des Betrübens sieht nach ganz etwas anderem aus, als nach Ueberlegung und Erfahrung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Theorie der Machtverschiebung durch die Balkanereignisse ist in den verschiedensten Tonarten variiert worden. Unseren Rationallisten ist scheinbar jeder nationale Stolz abhanden gekommen, denn sie fordern uns auf, uns vor den Serben und Bulgaren zu fürchten. (Heiterkeit.) Werken Sie denn nicht, wie Sie das Deutsche Reich demütigen und ihm eine lächerliche Rolle zuwischen, wenn Sie verlangen, daß es sich loylos in die gewaltigsten Rüstungen stürze, aus Angst — vor den Serben und Bulgaren! Ich bin überzeugt, kein Mensch in Deutschland wünscht den Serben und Bulgaren etwas Böses, aber wir sollen sie als Feinde betrachten, weil unser Bundesbruder, Oesterreich, sie durch eine maßlos ungeschickte Politik aufgebracht hat gegen das schwarzgelbe System. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter solchen Umständen müssen wir allerdings erwägen, welchen Wert das Bündnis mit Oesterreich für uns hat; sicherlich nur relativen, denn nach den Theoretikern der Machtverschiebung sind wir durch das Bündnis mit Oesterreich nicht stärker, sondern schwächer geworden, so schwach, daß es ungeheuerlicher Ausstreichungen bedürfen soll, um das Gleichgewicht einigermaßen wieder herzustellen! In Wirklichkeit liegen die Dinge mit der Umwälzung der Balkanereignisse ganz anders, wie mein Freund Haase bereits dargelegt hat. Selbst die Anhänger der Heeresvorlage werden sich nicht einbilden, daß sie das deutsche Volk in Kaff und Schrecken versetzen können, mit dem Hinweis auf Serben und Bulgaren. Wenn Sie etwa nach berühmten Mustern wieder Widerbogen verbreiten würden, wie die Serben dem deutschen Bauern die letzte Kuh aus dem Stall holen, (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) so würde kein Mensch darauf hineinfallen. Gerade weil Sie wissen, daß mit dem Balkan gespenst nichts zu machen ist, deshalb muß der Erbfeind, der Franzose, wieder aufmarschieren, von denen uns ja in Jbrec (nach rechts) Presse Tag für Tag erzählt wird, daß die Franzosen an nichts anderes denken, als über Deutschland so schnell wie möglich herzufallen und gründlich Rache zu nehmen für 1870/71. Weiter läßt man den russischen Panflawismus aufmarschieren und die Gefahr eines Zusammen-

Stoß zwischen Germanen und Slawentum. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichskanzler hat, wenn auch nur in hypothetischer Form, dieses verhängnisvolle Wort gebraucht und es ist mir unbegreiflich (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß man sich in Wien auf dem Ballplatz und in der Hofburg die Haare ausgerauft haben wird, als man diese Wendung las. Oesterreich ist ein halbslawischer, nur zu einem Viertel deutscher Staat. Unser einziger Bundesgenosse hat nur zu einem Viertel eine deutsche Bevölkerung. Die ganze Politik Oesterreichs läuft darauf hinaus, die Deutschen und Slawen miteinander auszuöhnen und einen Ausgleich herbeizuführen. Und dieses Oesterreich wird und hier als Vormacht und Bollwerk im Kampf zwischen Germanen und Slawentum hingestellt. Vergegenwärtigen Sie sich die Situation bei einem Krieg zwischen Deutschland und Oesterreich auf der einen, Rußland und den Balkanstaaten auf der anderen Seite. Da müßten Millionen slawischer Soldaten, Polen, Tschechen, Slowenen, Ruthenen, Kroaten usw. teils unter deutscher Fahne, teils als unsere Verbündeten loszögen gegen ihre eigenen slawischen Stammesgenossen und da nennt man in Berlin Oesterreich ein wichtiges Bollwerk in einem Kampf zwischen dem Slawen- und Germanentum. Mit welcher Begeisterung müßten die österreichischen Slawen im Kampf gegen ihre eigenen Stammesgenossen vorgehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine unglücklichere Formel hätte der Reichskanzler nicht erfinden können und eine fatalere Formel für die österreichische Regierung wahrlich auch nicht! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Darüber sind wir uns doch einig, daß der Zusammenprall zwischen Germanen und Slawen das Ende der Habsburgischen Monarchie bedeutet. Das kann auch dem Reichskanzler nicht unklar sein, und so waren seine Ausführungen

ein Rußerbeispiel,

wie durch eine unglückliche Diplomatie viel mehr verdorben werden kann, als alle Militärvorlagen nützen können.

Es wird behauptet, Frankreich wolle uns überfallen. Erfreulicherweise hat der Reichskanzler dieser giftigen Lüge — eine Lüge, soweit das offizielle Frankreich in Betracht kommt — ein Ende zu machen gesucht. Er ist ihr mit einer dankenswerten Entschlossenheit entgegengetreten; sie wird aber unangenehm weiter verbreitet, und gerade die kleinen Leute, die die der Regierung so nahestehende Kreisblattpresse lesen, müssen glauben, daß sie jeden Tag auf einen Heberfall durch die Franzosen gefaßt sein müssen. Selbst in dieser Debatte hat Graf Kanig gemeint, daß viele Kreise in Frankreich in der Hauptstadt des „Berlin“ leben. Eine schlimmere Heberbreitung kann man sich gar nicht vorstellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Selbstverständlich gibt es in Frankreich eine ganze Anzahl Schreiheulen und Hejer wie bei uns auch. Ein Blick in die Zeitungen lehrt, wie unverantwortlich gehetzt wird. Ich glaube die Stimmung in Frankreich einigermaßen zu kennen, und will zugeben, daß nicht in allen Schichten eine so freundliche Stimmung gegen Deutschland herrscht wie wir sie als Vorkämpfer der deutsch-französischen Verständigung wünschen müssen. Aber warum dieses Mißtrauen gegen uns? Weil man dort dem Deutschen Reich Angriffsabsichten zuschreibt, die in Wirklichkeit keineswegs bestehen. Ich nehme an, darin sind wir alle einig, daß niemand hier den Krieg gegen Frankreich will. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.) Bismarck spricht treffend einmal in bezug auf Deutschland und Frankreich von zwei Wanderern, die sich im Dunkel begegnen und von denen jeder annimmt, daß der andere ihn überfallen wolle, von denen aber jeder einzelne ein ganz friedlicher Mensch ist. Wir Sozialdemokraten in Deutschland sowohl wie in Frankreich betrachten es als einen Hauptanlaß, alle weiteren Rüstungen zu bekämpfen, daß nicht während in die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland eingegriffen werden soll. Wir bekämpfen es als eine arge Feindschaft, wenn hüben oder drüben aus Absicht oder Ungehörigkeit Handlungen begangen werden, die auf der anderen Seite als Bedrohungen aufgefaßt werden können.

Wenn wir also den friedlichen Versicherungen der deutschen und der französischen Regierung glauben könnten, so müßten wir doch anerkennen, daß die neue deutsche Militärvorlage in Frankreich als eine Bedrohung und als eine Vorbereitung zum Angriff aufgefaßt werden kann. (Zuruf rechts: Das ist nicht der Fall.) Hierin liegt für uns die stärkste Anregung, diese Vorlage mit dem Aufgebote aller Kraft zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemals der psychologische Moment gekommen war, ein erträgliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen und das Angesicht Europas plötzlich zu verändern, dann jetzt! Befreien Sie das französische Volk von dem drückenden Alp der dreißigjährigen Dienstzeit, indem Sie ihrerseits auf neue Rüstungsvorlagen Verzicht leisten und diese Vorlage ablehnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das würde bedeuten, daß wir für unübersehbare Zeit mit Frankreich da in das beste Verhältnis kommen und den

ungeheuren Vorteil einer Verständigung herbeiführen könnten. Durch ein einziges Wort könnte zweifellos jetzt der Panzer des Mißtrauens gesprengt werden! Aus diesem Grunde schon rate ich Ihnen abermals, teilzunehmen an dem von Politikern aller Richtungen vorgeschlagenen Kongreß in Bern, dessen Ziel sein soll, daß man in Deutschland und Frankreich für ein ganzes Jahr alle diese Fragen vertagt, damit alle Bewilligungslustigen zur Besinnung kommen und klar werden können über die unheilvolle Tragweite derartigen Tuns. Wenn Sie aber, leider scheint es so, die Vorlage annehmen werden, dann dürfen Sie sich nicht wundern und beklagen, wenn Frankreich auf die ihm geeignet erscheinende Weise seine Gegenmaßnahmen trifft durch möglichste Verstärkung seiner militärischen Organisation, um für einen Ernstfall möglichst leistungsfähige Bundesgenossen zu finden. Die Regierung selbst sagt, daß das Verhältnis besser geworden ist; wenn Sie nichts tun, um dies auszunutzen, dann werden Sie sich der großen Verantwortung bei späteren Komplikationen nicht entziehen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aus diesen Gründen fühlen wir uns so stark in unserer Position bei der Bekämpfung dieser Vorlage. Wir brauchen nicht viele Worte zu machen. Ich stelle nur fest, daß es Politiker aller Grade gibt, die sich nicht schämen, das Wort von der vaterlandslosen, völkerverhetzenden Sozialdemokratie zu gebrauchen. Solche Anwürfe streifen wir mit einem Lächeln der Gerachtung ab. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten repräsentieren — Herr v. Liebert, ich bitte sich das ganz besonders zu merken! (Heiterkeit.) — ein Drittel des deutschen Vaterlandes und da haben Sie (zum Abg. v. Liebert) und gestern gesagt Sie rechnen uns nicht zum deutschen Volk! (Heiterkeit.) Das sagt

Herr v. Liebert, der Führer der durchgefallenen Partei Europas. (Große Heiterkeit.) Wir haben bei den vordjährigen Reichstagswahlen über vier Millionen Stimmen bekommen, jeder dritte Deutsche Mann ist an die Wahlurne gegangen, um einen Sozialdemokraten zu wählen. (Rufe rechts: Leider! Leider!) — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie mir, so lange es gebraucht hat, bis jeder Dritte sozialdemokratisch gewählt hat, so lange braucht es nicht, bis jeder Zweite sozialdemokratisch wählt! Die Herren sagen, wir gehörten nicht zum deutschen Volk, wir, die wir ein Drittel des deutschen Volkes jetzt bereits hier repräsentieren und die wir durch unsere Politik die Interessen von mindestens neun Zehnteln der deutschen Bevölkerung hier vertreten. (Woh! und Wärz rechts.) Und sagt man da: wir gehörten nicht zum deutschen Volk!

Derartigen uninnigen Behauptungen gegenüber... (Witzpräsident Dobe: Ein Abgeordneter stellt keine uninnigen Behauptungen auf! Große allgemeine Heiterkeit.) Derartigen Behauptungen gegenüber,

die ich als feunig nicht ansehen kann (Erneute lebhaft Heiterkeit), sage ich: Die Zeit ist jedenfalls vorüber, wo man die für Patrioten hielt, die das Volk immer tiefer in den Militarismus hineinziehen, um es schließlich zur Schlächtheit führen zu können. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus diesen Zeiten sind wir heraus, gewöhnen Sie sich nur allmählich daran! Sagen wir Sozialdemokraten — wir Volk, Herr v. Liebert! (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — vaterlands- und völkerverhetzend, dann müßten wir unsere eigenen Feinde sein und unsere eigenen Interessen in Grund und Boden hincintreten. Man mag behaupten, daß die Art und Weise, wie wir das Volk, also uns selbst, lieben, falsch sei, und Sie werden für den Beweis dafür in uns lernbegierige Hörer finden. Aber gewöhnen Sie sich ab, etwa den guten Willen beizutreten zu wollen, mit dem wir der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen bestrebt sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man weist uns vor, daß wir das Volk durch unseren Kampf gegen Militarismus und Krieg zur Entwertung und Verwässerung erzogen und man fügt sich dabei auf ein Wort Volkes, daß der Krieg erlöse, der Frieden verweiche. Das mag zutreffen für den Berufssoldaten, namentlich den Offizier, dessen Lebenszweck der Krieg ist. Ein früherer Offizier hat ja gesagt, wenn er gewußt hätte, daß Deutschland so lange im Frieden leben würde, er kein Offizier geworden sein würde, und Generalfeldmarschall von der Goltz hat im Jungdeutschlandbuch ausgerufen: „Wenn es nur bald wieder losginge!“ Solche Stimmungen treffen aber nicht zu für den deutschen Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme an, daß auch der Reichskanzler nicht an die deutschen Arbeiter gedacht hat als er von Luxus und Wohlleben sprach, sondern an die Kreise, die ihren Lebenszweck darin sehen, weil es nicht zum Menschenklachten kommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Mut, Tapferkeit und Todesverachtung große Tugenden sind, die der Soldat im Kriege zu entwickeln hat, dann tut das der deutsche Arbeiter Tag für Tag.

(Stoß! bei den Sozialdemokraten.) Tag für Tag muß er einen nervenzerüttenden Krieg führen mit erbärmlichem Kleinverdienst, mit jämmerlichen Schikanen, mit Unternehmerterrorismus und Polizeibelästigungen, aber auch den Kampf um das nackte Dasein für seine Familie. Hunderttausende deutsche Arbeiter müssen täglich Leben, Gesundheit und ihre Knochen in die Schanze schlagen im Dienste des deutschen Kapitals. Wohl haben die Kriege von 1806 und 1870 dem deutschen Volk sichtbar schwere Opfer gekostet, aber in den letzten 12 Jahren, von 1900 bis 1911 sind auf dem Schlachtfeld der Arbeit 1.585.000 deutsche Arbeiter so schwer verwundet worden, daß sie mehr als dreizehn Wochen daran zu tun hatten, Zehntausende sind für ihr ganzes Leben zu Krüppeln geworden und 107.566 deutsche Arbeiter wurden auf dem Schlachtfeld der Arbeit geendet, ihren Frauen und Kindern entzogen. Einer solchen Arbeiterschaft, die Tag für Tag in dieser Weise dem Tod ins Auge zu schauen weiß, die Tag für Tag den schmerzhaftesten Unfallsfällen unter und über Tage in Steinbrüchen und Bergwerken, Fabriken und Verkehrsbetrieben entgegen geht, einer solchen Arbeiterschaft gegenüber soll man nicht sprechen davon, daß sie verzogen, verwöhnt, entwertet werde. Das ist die deutsche Arbeiterschaft, der sie allerdings Opfer über Opfer zumuten, der Sie aber noch vor wenigen Jahren die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersveridung um 5 Jahre verweigert haben, weil das Reich die 8 bis 9 Millionen Mark, die das kosten würde, brauche und nicht entbehren kann! (Lebhaftes Hörl! hörl! bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterschaft und der Mittelstand sollen sich am meisten über die neue Heeresvorlage freuen, sie sollen den größten Vorteil davon haben. Wer es nicht glaubt, lese die wunderbare, Ihnen allen zugegangene Broschüre des Deutschen Wehrvereins mit der Überschrift: Wer die Wehrvorlage verwirft, ist ein Volksfeind. Dort wird die herrliche Weisheit verkündigt, daß das deutsche Volk nur Nutzen haben kann, wenn so und soviel hunderttausend Menschen mehr in die Kasernen geschleppt werden und aus dem Erwerbsleben herausgerissen werden, denn dadurch werden ihre Stellen für die übrige Bevölkerung frei. (Schallende Heiterkeit links.) Wenn man Abgeordneter ist, muß man manchen Unsinn hören und lesen. (Sehr richtig!) Aber ein derartiger unglücklicher Blödsinn wird bisher wohl noch keinem von Ihnen zu Gesicht gekommen sein. Das also ist die Hauptbegründung für die Heeresvorlage, deren treibende Kraft ja der Deutsche Wehrverein ist. (Widerpruch rechts.)

Die Einstellung von 130.000 junger Leute, die aus dem Erwerbsleben herausgerissen werden, bedeutet für unser deutsches Volk einen

ungeheuren volkswirtschaftlichen Verlust.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das möchte ich ganz besonders Herrn Spahn gegenüber betonen, der meinte, die großen Opfer, die die Vorlage erfordere, können getragen werden. Ich erinnere ihn daran, was ein bedauerlicherweise aus der Zentrumskommunikation ausgeschiedener, also kaltgestellter Zentrumsmann geschrieben hat. Herr Heim hat auseinandergesetzt, wie schwer gerade der Bauer durch die Entziehung der Arbeitskraft jedes Sohnes getroffen wird. Wir, die wir aus dem Volke herausgewachsen sind und im Volke stehen, brauchen nicht auf Herrn Heim zu warten, um zu wissen, wie schwer jeder Handwerker jeder Kaufmann, jeder Bauer getroffen wird, wenn ihm die Arbeitskraft seines Sohnes entzogen wird. Sie, vom Zentrum, haben ja eine erstklassige militärische Autorität in Ihren Reihen; aber nicht nur Herr Heim, sondern auch General Häuhler ist kaltgestellt, wenn jetzt eine Heeresvorlage kommt, so lassen Sie nicht Herrn Häuhler, sondern Herrn Spahn reden. (Sehr gut! links.) Doch zurück zur Broschüre des Wehrvereins. Die jungen Leute, die dem Berufsleben entzogen werden, sollen zu Soldaten ausgebildet werden, um das Vaterland gegen das Slawentum zu verteidigen. Aber für jeden Soldaten, den wir aus dem Berufsleben herausnehmen, ziehen wir ja einen Slawen ins Land hinein. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1910 hatten wir bereits über

1/2 Millionen Ausländer in Deutschland,

vornehmlich Galizier, Tschechen, Kroaten, und für jeden weiteren deutschen Arbeiter, der in die Kaserne gesteckt wird, wird ein weiterer Slawe hereingeholt. Das nennen Sie Stärkung des Kampfes gegen das Slawentum. Solche Logik ist unglücklich, und Leute mit solch unglücklicher Karikatur Weisheit sind die Autoritäten, auf die das Volk sich stützen soll bei einer derartigen Vorlage. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir lassen uns wegen unserer ablehnenden Haltung nicht in die Defensivdrängen, nicht wir, sondern Sie haben sich vor dem Volke zu verantworten. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind die Ankläger, wir klagen Sie an, die ungeheuren Mittel, die in segensreicher Weise zum Ausbau der Sozialpolitik verwendet werden könnten, in sinnloser Weise zu vergeuden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir klagen Sie an, die Gesundheit des Volkes zu gefährden, indem Sie auch die Windberausigten zu den Strapazen des Militärdienstes heranziehen. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist gesagt worden, daß wir noch eine Fülle Tauglicher hätten. Das ist nicht wahr. Die Statistik zeigt, daß wir, wenn wir die Truppen entsprechend dieser Vorlage haben wollen, das Mindestmaß der Tauglichkeit herabsetzen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir klagen Sie weiter an, daß Sie diese gewaltigen Summen an Volksgut und Blut einem Regierungs-

system bewilligen, dem das deutsche Volk kein Vertrauen entgegenbringen kann, und daß Sie damit eine auswärtige Politik unterstützen, die Sie selbst nicht billigen. Wir klagen Sie an, daß Sie dadurch das große Werk der Volksveröhnung zwischen Deutschland und Frankreich fördern, an dem wir bisher zum Vorteil Europas gearbeitet haben und weiterarbeiten werden.

Wir klagen Sie weiter an, daß die notwendigen Forderungen auf militärische Reformen nicht verwirklicht werden. Klagen Sie sich darauf gefaßt, daß sich dann ein Sturm der Entrüstung erheben wird, und in diesem Orkan werden wir siegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch haben Sie die Mehrheit, noch einmal ballen sich alle uns entgegenstehenden Gewalten zusammen, um sich gegen uns zu stellen, die wir die Grundsätze einer höheren Kultur vertreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, große Anruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Indem Sie die Konsequenzen Ihres Systems bis zum Wahnsinn treiben, erzwingen Sie das Volk zur Vernunft. Was der Föder zwischen Deutschland und Frankreich die Völker kostet, wissen wir. Was durch die endgültige Beilegung dieses alten ganz sinnlosen Faders zu gewinnen ist, hat nie greifbarer vor unseren Augen gelegen als heute. Wir werden trotz aller Widerwärtigkeiten weiter kämpfen in dem Sinne wie bisher, und der Tag wird kommen, an dem sich die Hände der Deutschen freundschaftlich und vertrauensvoll in die Hände der Franzosen legen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das wird ein Tag sein, der eine neue bessere Zeit für ganz Europa bringen wird. Das wird ein Tag unseres Triumphes sein. In der Heberzeugung, damit den wahren Interessen des Vaterlandes zu dienen, kämpfen wir gegen die Heere vorlage, und werden weiter kämpfen für das schöne große Ziel: Frieden und Freiheit vom Welt bis zu den Phryniern, das arbeitende Volk Frankreichs und Deutschlands einig in Freiheit, Frieden und Kultur! (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Wir bewilligen die Gelder nicht einem Regierungssystem, sondern dem deutschen Volke. Die Sozialdemokratie hat es leicht, Opposition zu machen, sie weiß, daß es auf ihre Stimme nicht ankommt. Wäre das der Fall, so würde sie sich genau so zu der Vorlage stellen wie wir. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage bringt ungeheure Lasten für das deutsche Volk, und das der Reichskanzler zu ihrer Verdrängung gesagt hat, reicht nicht aus. Aber tatsächlich ist die Vorlage die Konsequenz der Umgestaltung der Landkarte Europas, die eine Verstärkung unserer Wehrmacht nötig macht. Die Begründung der Vorlage ist wesentlich auch zu suchen in dem Verhalten unserer westlichen und östlichen Nachbarn. In Frankreich hat der Chauvinismus erheblich zugenommen, und die Achtung vor der deutschen Wehrmacht ist hart gesunken. Die Chauvinisten in Frankreich sehen ihre größte Hoffnung auf die Verjüngung der Armee in Rußland. Der alte Liebfried hat 1888 gesagt, Rußland wird stets eine Gefahr für den Weltfrieden sein, es spielt mit Deutschland, wie die Kabe mit der Maus. Ähnlich hat sich Bebel geäußert, der schon 1883 in Rußland die größte militärpolitische Gefahr für Deutschland sah. Demgegenüber muß es heißen: Der kluge Mann baut vor. Die schwere Belastung wird sicher niemand ein Vergnügen machen. Allerdings fragt sich: Könnte die Rechnung, die uns jetzt unsere Diplomatie präsentiert, nicht besser werden? Die vorgebrachten Gründe sind untergeordneter Natur, der Kernpunkt ist unsere industrielle Entwicklung. (Zur Pause vertiefte sich auf die Resolution Windhorst gegen die die Ausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht. Aber die Sozialdemokratie hat gegen diese Resolution gestimmt. (Hörl! hörl! im Zentrum.) Sie wollten, daß jeder wehrfähige Mann eingezogen werde, allerdings auf der Grundlage der Rikig. Keiner kritisiert weiter Einzelheiten der Vorlage. Der Surpatriotismus ist jetzt nur noch bei denen vorhanden, die bei der einmaligen Ausgabe nichts zu zahlen haben. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Wer die meisten Opfer zu bringen hat, das ist die arme Bevölkerung. Klage doch die Militärverwaltung auch Opfer bringen und den Wünschen des Volkes entgegenkommen. Die Wünsche der Militärverwaltung sind ja alle erfüllt, wenn diese Vorlage angenommen wird, sie ist dann sicher ganz unerschöpflich. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nächstes Jahr!) Das Versprechen Bismarcks, daß Eriparnisse im Heere gemacht werden sollten, ist bis heute nicht eingelöst. Es ließe sich sehr viel sparen, ohne daß die Schlagfertigkeit der Armee irgendwie leiden müßte. Vor allem müssen wir verlangen, daß unsere auswärtige Politik so hart und konsequent geführt wird, daß wir nicht in zwei, drei Jahren wieder in dieselbe Lage kommen können. (Lebh. sehr richtig! im Zentrum und links.)

Angeichts der kolossalen Belastung durch die Militärvorlage ist es sehr bedauerlich, daß der Wehrverein solchen hanebüchenen Unsinn geäußert hat, das Volk solle sich freuen, daß 93.000 Menschen aus dem Erwerbsleben gezogen werden. Das ist wohl die Weisheit irgendeines Leutnants a. D. Der Großgrundbesitzer wird nicht allzu sehr darunter leiden, der bedürftig an Stelle der eingezogenen Arbeiter Galizier und Tschechen; aber der Bauer leidet darunter, dem sein Sohn entzogen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die Militärpflicht belastete Familien sollten eine direkte Beihilfe aus der Reichskasse bekommen. Ohne solche Erleichterungen würde freilich die Erbitterung über die Heeresvorlage sehr groß werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist sie jetzt schon.) Nein, würde der Reichstag wegen dieser Militärvorlage aufgelöst werden, so würden Sie sicher nicht in der Zahl von 110 wiederkehren. (Lebhafter Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Es müssen alle Maßnahmen getroffen werden, die, wenn es zum Kriege kommt, einen raschen Sieg an unsere Fahnen festsetzt. Die neue Militärvorlage soll ein Appell an die ganze Welt sein, daß unser Volk entschlossen ist, den Frieden zu wahren, um seine Kulturarbeit weiter zu tun. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Aus der Partei.

Aus der belgischen Partei.

Man schreibt uns aus Brüssel: Das Comité der Bildungszentrale — Centrale d'Education ouvrière — der belgischen Arbeiterpartei hat kürzlich zwei permanente Lehrer für ihre sozialistischen Schulen angestellt und zwar den Genossen Massart aus Berviers für die französischen Kurse und den Genossen Voucherie aus Gent für die flämischen.

Die Brüsseler Föderation hat in ihrer letzten Versammlung die Ernennung eines Berichterstatters für den „Peuple“ vorgenommen, der sich speziell über die Berichterstattung für die Vorkommnisse und Angelegenheiten der Brüsseler Föderation zu befassen hat.

Vierter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) in Holland.

Amsterdam, 6. April. (Fig. Ver.) In Amsterdam hielt die S. D. P. (die neue Partei) am Sonnabendabend und am Sonntag ihren vierten Parteitag unter Vorsitz des Genossen D. N. W. N. 1909 ab. In seiner Eröffnungsrede wies dieser darauf hin, daß die Partei jetzt viel stärker dastehe als vor vier Jahren, daß sie — sei es auch langsam — fortschreite. Keiner wende sich gegen die Wahlkraft der Arbeiterpartei, die die Antithese zwischen Aristokraten und Liberalen vertritt und zum Verlängerungsstadium der liber-

ralen Konzentration gemindert sei, indem sie das Programm der letzten auf dem Utrechter Parteitag zu dem ihrigen gemacht habe. Zur Vermeidung von Schwierigkeiten für eine eventuelle liberale Regierung sei der rote Dienstag zu einem blauen Montag (blau ist die Farbe der Liberalen) abgeschwächt worden. So gebe das bühnen revolutionäre Wahlrecht, in das der Kampf um das allgemeine Wahlrecht in den letzten paar Jahren gekommen sei, wieder zurück.

Aus dem Jahresbericht des Parteisekretärs sei erwähnt, daß die Partei von 511 Mitgliedern am 1. April 1912 auf 533 am 15. Februar 1913 gestiegen ist, die Abonnementzahl der „Tribüne“ von 925 auf 1003, und daß Genosse W. A. Kader zu Weesp das einzige in einem öffentlichen Vertretungskörper gewählte Parteimitglied ist, nämlich des Weesper Gemeinderats. Die Partei zählt 14 Abteilungen.

Die Redaktion der „Tribüne“ wurde wiedergewählt, so auch Genosse W. A. Kader zum Parteipropagandisten. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat des Genossen H. Gorter über den Baseler Kongreß wurde die Stellungnahme der Parteidelegation mit allen Stimmen gutgeheißen.

Ueber die Wahlen referierte Genosse W. van Rabanich. Eine Resolution zu den Wahlen wurde einstimmig angenommen. Die Resolution setzt die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen auf das Wahlprogramm; sie erklärt, daß bei den Stichwahlen keine der bürgerlichen Parteien zu unterstützen sei, die zur rechten Koalition oder zur liberalen Konzentration gehören, gewährt jedoch den Kandidaten der S. D. A. P. und denjenigen Kandidaten der bürgerlichen Parteien, die außerhalb der genannten beiden bürgerlichen Gruppierungen stehen und für das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen eintreten, Unterstützung.

Berner wurde beschlossen, daß die S. D. P. womöglich in vierzehn Prägen, d. h. in 20 Wahlkreisen Kandidaten aufstelle, in den übrigen aber schon im ersten Wahlgang die Kandidaten der S. D. A. P. unterstützt.

An der laut Beschluß des Utrechter Parteitages der S. D. A. P. zu Amsterdam und Rotterdam stattzufindenden Bahndemonstration im Juni soll nicht teilgenommen werden.

Der folgende Parteitag soll zu Leiden abgehalten werden. Die Errichtung einer Parteidruckerei wurde beschlossen, in der die „Tribüne“ und andere Parteiausgaben hergestellt werden sollen, sobald der Rest des hierzu benötigten Betriebskapitals zusammengebracht sein wird.

Aus Industrie und Handel.

Die Große Berliner Straßenbahn

Hielt ihre Generalversammlung gestern vormittag im Hotel Adlon ab. Die Debatte über den Jahresabschluss und den Bericht des Vorstandes war weitaus beunruhigend durch den Rückgang der Dividende von 8% auf 3 1/2 Proz., wie er sich in dem Vorschlage des Aufsichtsrates ausdrückt. Generalmrat Arnold erklärte, er fände es begründlich, daß angesichts des Dividendenrückganges eine gewisse Verdrossenheit in den Klagen der Aktionäre zum Ausdruck komme. Wenn dafür der Vertrag mit der Stadt Berlin beantragt werden würde, so sei dies unzutreffend. Wichtig sei es, daß durch diesen Vertrag die Zahlung von 23 Millionen Mark an die Stadt Berlin aufgelegt würde. Als reichliches Äquivalent sei aber anzusehen, daß die ganze Zukunft der Gesellschaft durch diesen Vertrag auf eine gesicherte Basis gestellt worden sei. Nach seiner Ansicht habe die Gesellschaft mit dem Vertragsabschluss ein gutes Geschäft gemacht. Erst im Jahre 1919 könne eine Tarifserhöhung in Frage kommen. Bis dahin könnten noch verschiedene ungünstige Entwicklungen eintreten, vor allem Ausfälle durch neu entstehende Konkurrenz. Jedoch auch hier spreche die Erfahrung dafür, daß derartige Ausfälle, wenigstens bisher, durch die natürliche Steigerung des Betriebes bald weit gemacht würden. Ueber die Ursachen des Dividendenrückganges gab der Vorsitzende des Vorstandes Dr. Wuffow zahlenmäßigen Aufschluß. Gegenüber den Mehreinnahmen von 1 1/2 Millionen stehen Mehrausgaben von 600 000 M., durch Mehreinnahmen von 1 200 000 M., gegenüber, die durch die Lohnaufbesserungen hervorgerufen wurden. Aus dem verbleibenden Minus ergibt sich die Notwendigkeit, die Dividende zu verringern. Zu dem Vertrage mit der Berliner Elektrizitätsgesellschaft bemerkt Dr. Wuffow, daß die Gesellschaft bei seinem Abschluß nicht frei gewesen sei. Die Stadt Berlin sei am Reingewinn beteiligt und hätte die Gesellschaft gelegentlich des Neuabschlusses ihres eigenen Vertrages geneigt, auch mit der S. E. W. einen neuen Vertrag zu schließen. Die Verhandlungen hätten lange gedauert und schließlich sei der gegenwärtige Vertrag zustande gekommen, der nicht als ungünstig zu betrachten sei. Unter anderem enthielte er die Bestimmung, daß der Rabatt mit jeder Million Kilowattstunden Rückzahlung um 1 Proz. steige. Auf Anregungen hin, den Betrieb mit Motoromnibussen wieder aufzunehmen, legte Dr. Wuffow dar, daß dieselben Ursachen, die seinerzeit bei der im Jahre 1907 gegründeten Motoromnibus-Gesellschaft zu dem ungünstigen Resultat geführt hätten, auch heute bei Wiederaufnahme dieses Betriebes noch maßgebend sein würden. Abgesehen von den hohen Selbstkosten des Autobetriebes sei das ungünstige Resultat vor allem darauf zurückzuführen gewesen, daß sich der Polizeipräsident geweigert hätte, der Straßenbahn gute Omnibuslinien zu geben. Auch heute sei hier keine Änderung zu erwarten.

Auf Anfragen technischer Natur gab Direktor Otto Erklärungen ab über die Absichten der Gesellschaft bezüglich Änderungen an dem Wagenmaterial. Es seien schon seit längerer Zeit Versuche zur Einführung veränderter Wagenformen unternommen worden. 65 Anhängewagen nach dieser Art seien bereits bestellt und 50 Motorwagen ähnlicher Art würden in Kürze bestellt werden. Die zweifelhafte Wagen, von denen die Verwaltung hoffe, nach im Laufe des Jahres zwei Stück in Betrieb setzen zu können, seien weniger wegen der zu erwartenden Ersparnisse als vielmehr deshalb in Angriff genommen worden, um das Unternehmen konkurrenzfähig zu erhalten und das Publikum daran zu fesseln. Die Versammlung, in der 59 347 000 M. Aktienkapital mit 187 825 Stimmen vertreten waren, genehmigte die Vorschläge des Aufsichtsrates, nach denen für 1912 eine Dividende von 3 1/2 Proz. verteilt werden soll und erteilte dem Vorstände Entlastung.

Tarifreform in Amerika.

Die Tarifvorlage ist am Montag, den 4., dem Repräsentantenhaufe zugegangen. Der Anfall der Zollentnahmen, der durch die Verminderung der Zollsätze verursacht wird, soll durch eine Erhöhung der Einkommensteuer eingebracht werden, von der man gegen hundert Millionen Dollar erwartet. Die Vorlage sieht eine sofortige Reduktion des Zollerzolls um 25 Proz. und völligen Wegfall des Zollerzolls im Jahre 1916 vor. Rohwolle wird sofort zollfrei und die Zollsätze aller Wollwaren erheblich verringert. Die Zollsätze sind folgende Artikel ein: Fleisch, Mehl, Brot, Stiefel, Schuhe, Kuhholz, Kohle, Juggeschirr, Sattlerwaren, Eisen, Milch, Sahne, Kartoffeln, Salz, Schweine, Mais, Kautschuk, Baumwollenes Vackum, landwirtschaftliche Geräte, Leder, Holzwaren, Bibeln, Druckpapier im Werte zu zweieinhalb Cent per Bund, Schreimalchinen, Nähmaschinen, Sechsmaschinen, Regilliermaschinen, Stahlblechen, Saubrad, baumwollene Strapsen, Nägel, Pfeil- und Wadenteile, Fische, Schwefel, Soda, Gerdmaterialien, Essigsäuren, Schwefelsäuren, Borax, Holzwaren einschließlich Besenstiele und Rohduben, Rabnaben, Hosen, Latzen und Schindeln. Folgende bisher zollfreie Artikel werden künftig Zölle unterworfen: rohe ungeschliffene Diamanten, Edelsteine, Seife, Kohlenwasserstoffe mit zehn Prozent, flüchtige Oele mit zwanzig Prozent und Gewürze mit ein bis zwei Cent pro Pfund.

Der Regierungsvorsetzter Underwood zeigte bei Begründung der Bill im Hause an verschiedenen Beispielen die Reduktion der Zölle auf der Wertbasis. Bei gereinigtem Weizen wurden früher 25,45 Cent, jetzt 17,85 Cent, vom Werte erhoben. Bei medizinischen

Präparaten früher 30,05 Proz. jetzt 31,11 Proz.; bei Nixinöl früher 33,90 jetzt 15 Proz.; bei Wachsblau früher 23,59 jetzt 15 Proz.; bei gewöhnlicher Seife früher 2 jetzt 5 Proz.; bei Wadpulver (saloratus) früher 21,54 jetzt 8,50 Proz.; bei unbergirtem Porzellan, Steingutwaren früher 55 jetzt 35 Proz.; bei Tafelmessern früher 77,98 jetzt 35 und 55 Proz.; bei Scheren 53,57 jetzt 30 Proz.; bei Messern und Gabeln früher 41,08 jetzt 27 Proz.; bei Baumwolllähern früher 42,74 jetzt 20,69 Proz.; bei gestirnten Hemden, Unterhosen und Unterzeug früher 60,27, jetzt 25 Proz.; bei Bettdecken früher 72,69, jetzt 25 Proz.; bei Planellen früher 93,29, jetzt 30 Proz.; bei Kleidungsstücken für Frauen und Kinder früher 99,70, jetzt 35 Proz.; bei Händhägern früher 27,59, jetzt 14 Proz.; bei Gummiwaren früher 35, jetzt 10 Proz.

Die Zollermäßigungen sind in der bisher bekannt gegebenen Form recht bedeutend. Man rechnet mit einem Zollausfall von 420 Millionen Mark, die durch eine Einkommensteuer gedeckt werden soll. Von der vorgeschlagenen Einkommensteuer sind alle Einkommen unter 4000 Dollar freigesetzt; Einkommen bis zu 20 000 Dollar zahlen 1 Proz., solche von 20 000 bis 50 000 Dollar 2 Proz., solche von 50 000 bis 100 000 Dollar 3 Proz., Einkommen über 100 000 Dollar 4 Proz. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob das Gesetz in seiner endgültigen Form derartige Zollermäßigungen enthalten wird. Der Präsident Wilson selbst, der die Tarifreform vorlegt, um die Versprechen einzulösen, die er als Präsidentschaftskandidat gemacht hat, scheint von vornherein mit Konzessionen an die Schutzöllner zu rechnen. Von einer Wahrung zum Freihandel ist überhaupt keine Rede, wie das folgende Telegramm lehrt:

Washington, 8. April. In seiner Botschaft an den heute zu seiner außerordentlichen Tagung zusammengetretenen Kongreß betont Präsident Wilson, daß die außerordentliche Session den Zweck habe, die Erleichterung der dem Volke aufgebürdeten Lasten zu beschleunigen und zugleich der Ungewissheit ein Ende zu machen, in der die Geschäftswelt hinsichtlich der künftigen Zölle schwebt. Die Botschaft führt dann aus: Schon lange waren wir von dem bescheidenen Begriff des Schutzes der heimischen Industrie zu dem Gedanken fortgeschritten, daß die Industrie ein Anrecht auf direkte Förderung (Patronage) durch die Regierung habe. Schwert aber undenkbar haben wir ein System der Privilegien und der Befreiung vom Wettbewerb aufgebaut, das jeder — auch der zehnten — Form von Kombination die Schaffung von Monopolen leicht machte. Wir müssen alles abschaffen, was nach Privilegien oder künstlicher Begünstigung aussieht und müssen unseren Geschäftleuten und Produzenten als Ansporn die ständige Notwendigkeit auferlegen, leistungsfähigere Meister im Wettbewerb und tüchtigere Arbeiter und Konsumente als irgendwer in der Welt zu sein. Abgesehen von den lediglich im Interesse der Staatskassen auf Artikel, die wir nicht produzieren, und auf Luxusartikel gelegenen Zöllen, sollen die künftigen Zölle nur bewachen, leistungsfähige Konkurrenz zu schaffen und den Geschäftstätigkeit Americas im Konkurrenzkampf mit der übrigen Welt zu fördern. Wir müssen in unseren Zollgesetzen und in unserem Zollsystem Änderungen treffen, die eine freiere und gesündere Entwicklung, nicht Umwälzung oder Verwirrung, zum Ziel haben. Wir müssen unseren Handel, besonders unseren Außenhandel, ausbauen. Wir benötigen Märkte und ein erweitertes Arbeitsfeld mehr als je. Wir müssen auch die Industrie ausbauen und müssen ihr an Stelle künstlicher Stimulation Freiheit geben, aber nur insoweit, als dadurch aufgebaut und nicht niedergedrückt wird. Zum Schluß seiner Botschaft sagte der Präsident: er werde vielleicht späterhin die Aufmerksamkeit des Kongresses auf Reformen lenken, welche den Tarifänderungen unmittelbar folgen oder sich ihnen anschließen sollten. Die hauptsächlichsten dieser Reformen sei die Reform der Bank- und Währungsangelegenheiten.

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizeiergeant wegen Ermordung seiner Ehefrau vor Gericht.

Vor dem Südhannoverschen Schwurgericht begann am Montag die auf mehrere Tage berechnete Verhandlung gegen den früheren Laib des Kaisers und späteren Polizeiergeanten Remahn in Hannover-Ründen, der beschuldigt ist, seine Ehefrau am Abend des 7. Januar d. J. bei dem Winterhafen in Hannover-Ründen absichtlich in die Weser geschoben zu haben, um sich ihrer zu entledigen. Der Angeklagte ist als Sohn eines Feldwebels, späteren Krongarbisten, im Jahre 1878 in Berlin geboren. Er trat 1897 beim zweiten Garderegiment in Dienst, wo er es bis zum Unteroffizier brachte. Dann war er Laib in den Diensten des Kaisers und später Vorgesetzter am Deutschen Theater, Locomobile am Reuen Theater in Berlin, Schuldirektor in Hannover, Briefträger in Bräunrode und seit Januar 1912 Polizeiergeant in Hannover-Ründen. Er ist seit 1903 verheiratet und Vater von zwei Mädchen im Alter von 9 und 7 Jahren. Die eheliche Träne hat er seiner Frau nie gemacht und sich andererseits immer beklagt, daß seine Frau ihn mit Eifersucht plagte. Im Sommer 1912 wurde er zur Polizeischule nach Hannover kommandiert und fing dort ein Verhältnis mit einem Mädchen Else Heller an, mit der er auch nach seiner Rückkehr nach Hannover-Ründen in Briefwechsel blieb. Am 2. Januar d. J. habe seine Frau nach einem geringfügigen Streite die Wäsche gewaschen, sie wolle ins Wasser gehen. Er habe erwidert, dann gehe er mit, aber nicht ohne die Kinder. Das wollte die Frau aber nicht, und so sei es bei dem Vorfall geblieben. Am 7. Januar hätten sie dann ihr Vorhaben ausführen wollen. Bei den Erzählungen über den Tod seiner Frau hat er sich dann in Widersprüche verwickelt. Einmal erzählte er, er sei mit seiner Frau am Winterhafen spazieren gegangen, sie habe sich plötzlich von ihm losgerissen und sei ins Wasser gesprungen, er sei ihr nachgegangen, um sie wieder herauszuholen, sei auch bis an die Arme ins Wasser gegangen, habe sie aber nicht retten können, weil er nicht schwimmen konnte. Ein andermal erzählte er, sie seien beide zusammen ins Wasser gegangen, als er aber seinen Boden unter sich fühlte, habe er doch noch weiter leben wollen und habe sich wieder herausgetrieben. Seine Frau sei an eine tiefere Stelle geraten und untergegangen. Später mußte er aber zugeben, daß seine Frau volle zehn Minuten lang um Hilfe gerufen hat und er nicht das geringste unternommen hat, um sie zu retten.

Eine geordnete Ordnungsaule.

Die Rieker Strafammer verhandelte am Dienstag gegen den früher in Kiel, zuletzt in Köslin tätig gewesenen Regierungsdirektor Lewicki wegen Erpressung und Betruges, begangen an einem hiesigen Fabrikanten. Lewicki hatte, als er den Polizeipräsidenten in Kiel im vorigen Jahre zu vertreten hatte, sich von einem Fabrikanten, gegen den eine Untersuchung wegen Spionageverdachts schwebte, 141 000 M. auszahlen lassen, unter der Angabe, diese für Schmiergelder benutzen zu wollen. Lewicki, der 80 000 M. Schulden hatte, verdrängte das Geld für sich selbst. Das Gericht verurteilte ihn nach mehrstündiger Verhandlung zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Aus aller Welt.

Der fackelzug für den Generalstreik.

Brüssel, 7. April. (Sig. Ver.) Einen „Fackelzug“ für das Wahlrecht und den Generalstreik hatte die Brüsseler Arbeiterpartei für heute Abend beschlossen und — eine grandiose, gewaltige und, sagen wir es nur ohne Schen: er greifende Demonstration ist daraus geworden. Der fackelzug des Brüsseler Proletariats miterlebte, diesen Ean, diese freudige Kampfeslust, diesen prächtigen Gefühlschlag, der sich da kundgab — der kann nur mit dem frohesten Glauben dem Unferatenteil veranwort. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts

14. April entgegenzehen. Denn 8 Tausende Demonstranten, die da mit Fackeln, Lampions, Fahnen, Standorten dahinzogen, das waren ebensoviele tausende Streikende. . . .

Die Organisationsarbeit der letzten Wochen für den „friedlichen grandiosen, unbefleglichen“ Generalstreik, wie die Paroleformel lautet, sprach auch aus diesem Zug, der ein Bild der Kraft, der selbstbewußten Energie, der stolzen Kampfesfreude war. Ja, die Brüsseler Arbeiter werden am 14. April „marschieren“ . . .

Die ganzen inneren Boulevards entlang fanden eine Reihe von Schikeln — und rechts und links ein dichtes Menschenpaar, das sich insbesondere bei der Börse zusammendrängte. Und dabei welche musterhafte Ordnung und Disziplin! Hier und da — man konnte sie zählen — sah man einen Polizisten, der gemächlich neben dem Zug marschierte. Die Demonstranten hatten ihre eigenen Ordner, und es genügt ein: „Platz da, bitte!“, und alles gehorcht, verstand.

An der Spitze des Riefenzuges wurde eine weiße Banderole getragen, auf der in schwarzen Lettern stand, was bei allen Demonstrationen für den Generalstreik nun zu lesen ist: „Solidarität, zielt nicht auf friedlich Streikende!“

Dann Fackeln, Fahnen, die Musikpelle des „Maison de Peuple“, und immer wieder Fahnen und Banderole roter und bunter Lampions, daß es aussah, als wenn sich ein glutrotes Band durch die Straßengeilen schlängte. Dann wieder eine Banderole: „Generalstreik am 14. April!“ Und eine andere: „Allgemeines, gleiches Wahlrecht!“ und „Revision!“. Und noch manche andere. Und Musik und Niederzungen den ganzen Zug entlang und bis zur Auflösung. Von manchem Balkon flatterten weiße Tücher, kaischten Hände. „Hoch das Wahlrecht!“ tönte es zurück. „Es lebe der Generalstreik!“ Und immer wieder schallte es durch die Straßen, wurde aufgefungen, weitergegeben: „Nieder mit Weichte!“, „Revision!“, „Es lebe der Generalstreik!“

Nach 8 Uhr marschierte der Zug ab — um 10 Uhr hatte er seinen Lauf beendet, sahen wir die letzten roten Lampions dahinziehen. Dieses rote Leuchten am Abend im Gewühl der lampenstrahlenden, singenden, rufenden Menge schlich sich wie ein Symbol in das Herz des Zuschauers: „Es lebe der Generalstreik!“

In den Flammen angekommen.

In Altsieff im Schwarzwald brach am Montagmorgenmittag in der von vier Familien bewohnten sogenannten alten Kaserne Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß nichts mehr gerettet werden konnte. Eine alte lahme Frau konnte das Freie nicht mehr erreichen und kam in den Flammen um. Der Hausbesitzer Karl Tafel ist bei dem Versuche, noch etwas zu retten, verbrannt. Zwei andere Personen erlitten schwere Brandwunden, eine von ihnen schwebt in Lebensgefahr. Das Feuer griff dann weiter um sich und legte noch zwei Häuser in Asche. Sechs Häuser, die ebenfalls vom Feuer erfaßt wurden, konnten gerettet werden. Das Feuer soll durch mit Streichhölzern spielende Kinder entstanden sein.

Schwerer Automobilunfall.

In der Nacht zum Dienstag ist auf der Landstraße nach Nischen (Mehland) in einem Herdingern gehörigen Automobil das mit einer fröhlichen Gesellschaft besetzt war, die nach Nischen zur Kirmes fahren wollte, mit einer von Nischen kommenden Kraftdroschke zusammengefahren. Bei dem Zusammenstoß wurden sechs Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Auch die Insassen des Herdingers Kraftwagens haben Verletzungen davongetragen. Der Führer der Kraftdroschke wurde mehrere Stunden unter dem Wagen liegen gelassen, ehe man ihn hervorzog. Auch er hat mehrere Rippenbrüche und sonstige innere Verletzungen davongetragen und war heute vormittag noch nicht vernehmungsfähig.

Nachrichten von der Schröder-Stranz-Expedition.

Von Kapitän Riischer ist folgendes Telegramm in Green Harbour angekommen: Ein Eisfloß ist mit drei Matrosen in Advental angekommen. Rüdiger mit halben Fuß und Raabe befinden sich an Bord des gekrandeten Expeditionschiffes in der Treurenberg. Der Koch Stave ist dort an Bord geblieben. Bettmeyer, Köber und Eberhard werden leider noch immer vermißt. Nach einem anderen Telegramm, das die norwegischen Zeitungen „Tidens Tegn“ und „Aftenposten“ erhalten haben, befinden sich die in Advental angekommenen vier Mitglieder der deutschen Expedition, nämlich Røise Sieneresen, Steuermann Holbold, Jörgen Jensen und Julius Jensen in erstaunlich guter Verfassung. Außer dem Koch Stave ist auch der Flugtechniker Eberhard gestorben. Dr. Rüdiger und Nummaler Raabe sind im Hause der schwedischen Stadtmessers Expedition in Treurenberg, also in unmittelbarer Nähe des gekrandeten Expeditionschiffes, untergebracht, wo für beide genügend Proviant bis Juli vorhanden ist. Von Leutnant Schröder-Stranz hat man keine Spur gefunden.

Die Opfer der Wasserkatastrophe.

Der Korrespondent der „Köln. Zig.“ in Columbus telegraphiert: Meine Reise durch das Hochgebiet hat mir gezeigt, daß der Gefährlichkeit von überwältigender Größe ist. 8 Millionen arben Mark sind kaum zu hoch geschätzt. Im Obhoch sind allein 30 Städte und Dörfer sowie zahllose Wirtschaftsgüter fürchterlich zerstört. Die Zustände dahins überstiegen alle Gräßlichkeit alle Vorstellungen. Bedauerlich ist, daß gerade im Obhochgebiet und in den Seitentälern das deutsche Element außerordentlich zahlreich vertreten ist. Der Bahnverkehr ist heute noch schwer durchführbar. Wegen der unterwachsenen Gesteine und der fortgeschrittenen Brücken sind die Züge nur auf Umwegen zu befördern. Als Hauptursache der Katastrophe wird der letzte dreitägige Wolkenschlag genannt.

Kleine Notizen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bei einer Explosion in der im Werkenbach in Lothringen neu errichteten Sauerstoffabrik wurden Montagabend der Werkmeister und zwei Arbeiter getötet und ein Arbeiter schwer verletzt. Die Gebäude wurden vollständig zerstört.

Befreiungsversuch des Straßburger Karmuchens. Vor einigen Tagen versuchten zwei Freunde des Zalmstierspizantens Wolter, ihn aus der Irrenanstalt Stephansfelde zu befreien. Sie fuhren in einem Auto vor die Irrenanstalt und zeigten dort ein gefälschtes Schreiben des Staatsanwalts vor, wonach Wolter zu einem Verhör nach Straßburg kommen sollte. In der Irrenanstalt war man aber so vernünftig, erst vorher bei der Staatsanwaltschaft anzufragen, worauf sich die ganze Geschichte als plumper Schwindel herausstellte.

Kampf zwischen Polizei und Verbrechern. Zwischen einer Brecherbande, die seit Monaten den Haken Galziens umhüllte und den Schrecken der Bevölkerung bildete, und der Polizei kam es in Badgoree zu einem heftigen Kampfe, der mit einem Erfolge der Polizei endete. Drei Verbrecher wurden getötet, die anderen entkamen.

Erdrutsch in Griechenland. In der Nähe von Kalavrita (Achaia, Peloponnes) sind durch eine Senkung des Bodens und einen Bergsturz die Dörfer Sivena und Trivios verschüttet worden; da die meisten Einwohner sich außerhalb der Dörfer befanden, sind nur drei Frauen getötet worden.

Aus der Frauenbewegung.

Kämpferinnen, die den Krieg verabscheuen.

Bei dem bloßen Gedanken, daß unser Gatte, Sohn, Geliebter oder Bruder den feindlichen Geschüßen gegenübergestellt werden soll, erbebt unser Herz in Empörung und doch gibt es Situationen im Leben der Arbeiterfrau, in denen sie selbst ihre Lieben anseuert, sich schweren Gefahren auszusetzen, Gefahren allerdings, die sie bereit ist, mit ihnen zu teilen.

In einem Schacht sind Arbeiter verunglückt. Schnelle Hilfe kann sie vielleicht noch vom Tode erretten, sie von höllischen Gefahren befreien. Wo wäre da die Arbeiterfrau, die ihren Mann oder Sohn zurückhalten wollte, wenn er eilt, um seine Bruderpflicht zu erfüllen und mit Gefahr des eigenen Lebens das Leben anderer Arbeiter zu retten?

„Morgen kann mein Mann, mein Kind in derselben Gefahr schweben“, so denkt sie. „Dann möchte ich es ja auch nicht haben, daß anderer Frauen Männer und Söhne zögern würden, dem Verunglückten Rettung zu bringen.“

Und so wie wir die Not und Gefahr des einzelnen Bruders als unsere eigene Gefahr betrachten, so halten wir es auch mit den Bedrängnissen, mit denen unsere Klasse bedroht wird.

Wenn die Unternehmer eines Industriezweiges sich vereinigen, um die Löhne zu drücken oder die Arbeitszeit auszudehnen und dadurch Arbeiter und Arbeiterinnen Krankheit und frühem Tod entgegenzutreiben, dann rüstet sich die Arbeiterschaft auch zu einer Rettungsexpedition. Sie versagt dem deutgerigen Unternehmertum solange ihre Arbeitskraft, bis es das Akitentat auf Leben und Gesundheit der Arbeiter wieder aufgibt.

Aber die Streiks erfordern schwere Opfer und bringen nur zu oft auch Gefahren mit sich, Gefahren vor allem für die Kinder und schwächlichen Familienmitglieder, die sich jetzt mit geringerer Kost begnügen müssen, aber auch für die Arbeiter selbst, denn Polizei und Militär stehen der Ausbeuterische in hohem Maße zur Verfügung, wenn es gilt den Willen des Proletariats zu brechen und seine Empörung in Blut zu erstickern.

Und doch: welche klaffenbewusste Arbeiterfrau würde ihrem Ranne sagen, er dürfe unter keinen Umständen in den Streik treten, sondern solle lieber jedes Unrecht ertragen?

Oder nehmen wir an, es wäre nicht das Unternehmertum, das die Arbeiterschaft an Gesundheit und Leben, in seinem Recht und seiner Ehre bedroht, sondern es wäre die Staatsgewalt, die sich frech über die bestehenden Gesetze hinwegsetzen will, um die Arbeiterschaft zu kriminalisieren. Oder es wären die Vertreter der herrschenden Klassen, die es wagen würden im Parlament solche Gesetze durchzudrücken, die dem Proletariat Schaden bringen, etwa ihm das Vereins- und Versammlungsgesetz und das Recht zu streiken schmälern und sein Wahlrecht einschränken möchten.

Rühten da die Frauen des Proletariats nicht ebensosehr von Eupörung erfüllt sein als ihre Männer, oder würden sie etwa den Männern hemmend in den Weg treten, wenn diese gegen solche Entrechtung mit den schärfsten Waffen ankämpfen? Nein! Wir haben es zu den verschiedensten Zeiten und in den verschiedensten Ländern gesehen, daß die Frauen bei revolutionären Erhebungen nicht nur ihre Männer nicht hemmen, sondern sie mitunter auch an Kühnheit und Opfermut übertreffen.

Und dennoch sind es besonders die Frauen des Proletariats, die mit aller Entschiedenheit erklären, daß sie absolut keinen Krieg wollen und diejenigen als ihre Todfeinde betrachten müßten, die einen Krieg heraufbeschwören, oder abzuwehren unterlassen würden.

Die kommt es aber, daß wir in zahlreichen Fällen der Gefahr für unsere Lieben entschlossen ins Auge zu blicken vermögen und doch den Krieg verabscheuen?

Weil wir, wo es sich um die Rettung von Menschenleben handelt, ebensoviel die Notwendigkeit des Kampfes einsehen, als wenn es um die Verteidigung unserer heiligsten Rechte geht und weil wir andererseits nicht willens sind, das Leben und die gesunden Glieder unserer Männer und Kinder für die Herrschaftsgelüste und die Geldgier unserer Ausbeuter hinzugeben. Und im modernen Krieg handelt es sich um die Befreiung dieser Leidenenschaften unserer Klassegegner und nicht, wie man uns einreden möchte, um das Wohl des Vaterlandes.

Es ist eine plumpe Lüge, wenn in den Versammlungen der militärischen Parteien und sogar von der Kanzel herab gesagt wird, der Mann müsse im Kriege sein Blut daran wagen, Haus und Hof, Weib und Kind zu verteidigen.

Wer bedroht denn Haus und Hof des deutschen Bauern und Häuslers? Etwas die englischen, französischen oder russischen Bauern und Tagelöhner, auf die er im Kriege seine Feuerwaffe richten möchte? Die denken nicht einmal in Traum daran. Gegen sie ist das magere Vermögen des bescheidenen deutschen Kleinbauern täglich und stündlich durch den Wucherer, den Hypothekengläubiger und den Steuererzähler bedroht. Nicht die Proletarier fremder Nation, die in der Schlacht unserer Männern entgegengestellt würden, drohen dem deutschen Landbewohner ihm die einzige Kuh oder Ziege, das letzte Schwein aus dem Stall zu treiben, wohl aber tun das die Kapitalisten des eigenen Landes, denen zwar das Eigentum „heilig“ ist, wenn es nämlich ihnen selbst gehört, die aber unangehebt daran arbeiten, den, der wenig besitzt, zum Besitzlosen zu machen.

Bei dem allergrößten Teil der deutschen Bevölkerung ist ihnen das eigene schon verloren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen besitzen nichts als ihre Arbeitskraft. Haben sie es etwa notwendig in den Krieg zu geben, um dieses, ihr einziges Eigentum zu verteidigen? Im Gegenteil. Um es zu verteidigen, müssen sie den Krieg mit allen Mitteln abwenden suchen.

Wenn im Kriege viele tausende Männer umkämen, tausende anderer zu Krüppeln würden, und das wäre unbedingt der Fall, ob das deutsche Heer nun siegte oder unterlag, so bleiben Weib und Kinder ohne Ernährer, Eltern ohne die Stütze ihres Alters zurück.

Das einzige Eigentum der Proletarier, ihre Arbeitskraft, ist allerdings auch in Friedenszeiten fortwährend in Gefahr feindlichen Angriffen zu unterliegen, aber diese unangelegenen Angriffe kommen nicht vom Ausland her und am wenigsten drohen sie uns von den ebenso wie wir bedrängten Proletariaten anderer Länder, sondern die feindliche Macht, die uns bedroht, die unsere Gesundheit gefährdet, unser Leben verkürzt, uns alle Lebensfreude raubt und uns unser Liebties entziehen will und der darum der entschlossene und unermüdete Kampf jeder Proletarierin gelten muß, das ist die Ausbeutung durch das Kapital.

Sie ist weder mit Hinnen und Kanonen noch mit Panzerschiffen zu überwinden, sondern nur dadurch, daß wir der militärischen Zwangsorganisation des Staates unsere stets wachsende und an geistiger und moralischer Ueberlegenheit stetig zunehmende freiwillige Kampforganisation voll Siegesversicht entgegenstellen.

Der Prozeß der Frau Pankhurst.

London, 4. April 1913. (Fig. Ver.) Wie hat der Londoner Schwurgerichtshof, der unter dem Namen Old Bailey bekannt ist, sich aufregende Szenen gesehen wie die, welche sich gestern nach der Verurteilung der Führerin der „Women's Social and Political Union“ in dieser feierlichen Vorhalle der armen Sünder abspielten. Zwei Tage lang hatte sich das Publikum, das fast ausschließlich aus Frauen bestand, männchenstill verhalten. Frauen füllten die Galerie, Frauen saßen auf der Zengendbank, unter den Rechtsanwältinnen und hatten selbst auf der Richterbank Platz genommen. Als aber das Urteil gefällt war, das Frau Pankhurst auf drei Jahre ins Zuchthaus schickte, machte sich die unendliche Aufregung der verammelten Frauenrechtlerinnen in einem gewaltigen Proteststurm Luft. „Schand!“ tönte es von allen Seiten. Eine Frau rief von der Galerie: „Wir werden die Flagge hochhalten!“ Und von unten tönte das Echo: „Ja, das wollen wir!“ Dann schallte es durch die heiligen Hallen der Justiz: „Frau Pankhurst dreimal hoch!“ Und unter großem Tumult wurden die drei Hochrufe ausgebracht. Gölle flogen in die Luft, Taschentücher wurden geschwenkt. Die Polizei, die Ruhe stiften wollte, wußte weder ein noch aus. Der Richter ließ den Gerichtssaal räumen. Unter den Klängen der Marseillaise zogen schließlich die Frauen hinaus auf die Straße. Singend und marschierend zog die Masse in trotzigter Haltung durch die mit Konstablern und Gesehtspolizisten gefüllten Wandelgänge der Old Bailey. Die Schergen waren machtlos. „Stadt und nur ins Gefängnis! Was macht uns das aus!“ rief man ihnen zu.

Im ganzen genommen ist der Prozeß gegen das Haupt der freidbaren Frauenrechtlerinnen etwas mager ausgefallen. Frau Pankhurst war angeklagt, vor einiger Zeit die Bombenerplosion in dem Hause, das für den Schachkanzler gebaut wurde, angezettelt zu haben. Der Beweis ihrer Mittäterschaft war nicht schwer zu erbringen. Am Tage der Explosion sagte sie in einer Versammlung zu Cardiff: „Wir haben das Haus des Schachkanzlers in die Luft gesprengt.“ Im weiteren Verlauf der Rede sagte sie, daß sie die volle Verantwortlichkeit für die Tat auf sich nehme und die Regierung auffordere, ihr den Prozeß zu machen. Nur wenige Zeugen wurden vernommen. Der Prozeß bestand daher im wesentlichen nur aus der Anklagerede und der Verteidigungsrede. Das war auch ganz nach dem Sinn der Angeklagten. In ihrer Rede bemerkte sie einleitend den Geschworenen gegenüber: „Diese Prozesse bieten uns die Gelegenheit zu einem Versuch, unter schweren Opfern den Männern etwas von dem einzuprägen, was die Frauen fühlen in bezug auf ihre schwierige Lage, in bezug auf die Gesetze, denen sie sich zu unterwerfen haben und an deren Schaffung sie keinen Anteil haben; und was sie fühlen in bezug auf die Anwendung dieser Gesetze, wenn sie unglücklicherweise mit ihnen in Konflikt geraten.“ Mit großer Geschwindigkeit verhandelte die Angeklagte, einzelne Punkte der plumpen Anklagerede agitorisch auszunutzen. So wies sie entwürdigend den Vorwurf zurück, daß sie junge Mädchen zu verbrecherischen Handlungen aufstachelte und selbst ungehorsam in ihrem eigenen Automobil im Lande umherfähre. Sie bemerkte, daß das Automobil, in dem sie zu den Versammlungen führe, das Eigentum der Organisation sei, und fuhr dann fort: „Es ist sehr schwer für eine Frau in diesem Lande, ein Automobil zu besitzen, wenn sie nicht Eigentum geerbt hat. Es gibt nur einen Beruf, in dem Frauen genug verdienen, um Automobile besitzen zu können, und das ist der abschauliche Beruf, der zur Befriedigung der lafterhaften Begierden reicher Männer berechtigt.“ „Ich kann zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilt werden“, heißt es weiter in der Rede. „Ich glaube, ich irre nicht, wenn ich sage, daß die höchste Strafe, die mir auferlegt werden kann, vierzehn Jahre Zuchthaus ist. Die Frauen werden empört, wenn sie dieses Gesetz mit dem vergleichen, das das Höchststrafmaß für die Verletzung des physischen und moralischen Wohlergehens eines kleinen Mädchens auf zwei Jahre festsetzt.“ Auf das selbe Thema kam sie zu sprechen, als es sich darum handelte, ein Mädchen, das am Tatorte einen Ueberstich gefunden hatte, als Zeugin zu vernehmen. „Obgleich sich nach dem englischen Gesetz dieses Mädchen im heimatlichen Alter befindet und alt genug ist, die Verantwortlichkeit einer Familie auf sich zu nehmen, möchte ich das zwölfjährige Mädchen nicht in diesen Gerichtshof kommen lassen.“

Frau Pankhurst schloß ihre Verteidigungsrede mit den Worten: „Wenn Sie mich verurteilen, werde ich Ihnen ehrlich die Folgen dieser Verurteilung voraussagen. Ob diese Strafe lang oder kurz ist, ich werde mich nicht unterwerfen. Im Augenblick, wo ich diesen Gerichtshof verlasse, werde ich mich mit Vorbedacht der Fütterung widersetzen. Ich werde mit den Frauen, die schon im Gefängnis sind, in den Hungerstreik treten. Ich werde so bald als möglich tot oder lebendig aus dem Gefängnis kommen, und wenn ich lebendig herauskomme, werde ich, sobald es mir physisch möglich ist, wieder in die Kampfreihe treten. Das Leben ist einem sehr lieb. Ich trachte nicht danach, Selbstmord zu begehen, wie der Minister des Innern meinte. Ich will nicht Selbstmord begehen. Ich will sehen, daß die Frauen des Landes das Wahlrecht bekommen, und ich will bis dahin leben. Das ist das Gefühl, das uns befeht. Wir bieten uns als Opfer an, wie es unsere Vorfahren taten. Haben Sie ein Recht als menschliche Wesen, ein anderes menschliches Wesen zum Tode zu verurteilen? Denn das mag Ihre Urteil bedeuten. Können Sie den ersten Stein werfen? Haben Sie das Recht, eine Frau zu richten? Sie haben nach menschlicher Gerechtigkeit und nach der Verfassung dieses Landes kein Recht, mich zu richten; denn Sie sind nicht meinestgleichen. Ich verfolge keine persönlichen Zwecke, und das tun auch die anderen Frauen nicht, die durch diesen Gerichtshof wie Schafe zur Schlachtbank gegangen sind. Ich fordere Sie auf, mich der beschastigten Aufregung zur Gescheherlegung nicht schuldig zu befinden.“

Ob Frau Pankhurst ihre drei Jahre Zuchthaus abbüßen wird? Die Regierung ist zurzeit damit beschäftigt, einen Entwurf durch das Parlament zu verfechten, nach dem Gefangene, die freiwillig hungern und deren Leben in Gefahr ist, entlassen und nach ihrer Genesung wieder verhaftet werden können. Der Minister des Innern soll das Recht bekommen, derartige Gefangene so oft zu verhaften, bis sie ihre Strafe abgefehen. Man will damit die Sufragettes treffen, die sich durch den Hungerstreik aus der Haft befreien. In bezug auf Zuchthäuser hat der Minister schon heute das Recht, die auf freien Fuß gesetzten Gefangenen wieder verhaften zu lassen, aber nur innerhalb des Zeitraumes ihrer Strafe. Wahrscheinlich wird der Minister von diesem Recht in bezug auf Frau Pankhurst Gebrauch machen und sie nicht zwangsweise füttern.

Herrenmoral.

Seit gestern verhebe ich, daß die Frauen das Stimmrecht haben müssen. Ich stand vor einer Buchhandlung. Kommt um die Ecke schimpfend ein Mann, zerrt eine Frau am Handgelenk und tuft nach der Polizei. Er hat schwimmende, verfohlene Augen. Sie ist ohne Hut und jammert immerzu: „Lassen Sie mich los. Ich hab Ihnen ja nichts getan. Lassen Sie mich.“ „Was will der Mann von Ihnen?“ fragte ich dazwischentreteend. „In ein schlechtes Haus will er mich mitnehmen“, ruft sie hochweise. „Aber ich will nicht mit, er soll mich gehen lassen.“ Ihre Stimme überschlägt sich. Der Mann hat losgelassen und flucht. Währenddessen ist sie stehend in irgendeinem Hausgang hineingelaufen.

„So“, schreit mich der Mann erbost an, „in Schutz nehmen wollen Sie die da auch noch. Aber ich krieg sie schon für die Polizei.“

„Warum wollen Sie sie denn anzeigen“, frage ich. „Ich hab sie doch bezahlt — ich hab sie doch bezahlt“, lallt er. „Leute sammeln sich an. Ein weißbärtiger Herr kommt auf mich zu und sagt:“

„Wieder einmal das alte Lied. Sie hat sich ein Glas Bier und vielleicht auch ein lumpiges Essen von dem da bezahlen lassen — tot halt hungrig — und jetzt will er sie mit sich schleppen.“

„Ja, mit welchem Recht denn?“

„Verstehen Sie denn nicht? Er meint, er hat sie gekauft, sie und ihren Körper für ein Glas Bier. Und nun will sie nicht mit. Ist vielleicht ein ganz anständiges Mädel, war eben hungrig. Vielleicht auch nur hat sie die Scham im letzten Moment gepakt.“

„Aber wie kann er ihr denn mit der Polizei drohen?“

„Nun, als schlechtes Frauenzimmer will er sie denunzieren. Zeugen wird sie nicht können, daß sie sich ein Glas Bier hat bezahlen lassen. Das genügt nach dem Gesetz, um sie abzuführen.“

„Und der Kerl, der sie mitschleppen wollte?“

„Dem wird kein Haar gekrümmt. Wieder nach dem Gesetz. Das ist nicht umsonst von Männern gemacht“, meint der Weißbärtige grimmig und geht weiter.

„Mir steigt der Ekel in die Kehle. Nicht vor dem armen Weibe, sondern vor der männlichen Kultur, die so etwas möglich macht.“

Reiz Müller.

Frauenarbeit.

Die Gleichwertigkeit der weiblichen Arbeitskraft wird durch einen Erlaß des Eisenbahnministers v. Breitenbach erneut bestätigt. Dieser Erlaß besagt nämlich, daß sich die Beschäftigung weiblicher Personen mit einfachen zeichnerischen Arbeiten bei den einzelnen Eisenbahndirektionen so gut bewährt habe, daß von mehreren Direktionen bereits eine Erhöhung der Zahl dieser Arbeitskräfte in Aussicht genommen ist. Bei einer Direktion sind sie auch im Betriebsbureau mit gutem Erfolg beschäftigt worden. Ihre Tätigkeit bestand dort im Zeichnen von bildlichen Fahrplänen und bildlichen Darstellungen von Zugverbindungen, Zugbesetzungen, sowie in Abänderungen der im Gebrauch befindlichen bildlichen Fahrpläne. Der Minister empfiehlt den Direktionen, im Hinblick auf die gesammelten guten Erfahrungen, auf eine weitere Heranziehung weiblicher Personen zum Reichendienst, bezw. auch im Betriebsbureau, Bedacht zu nehmen; nach etwa einem Jahr ist dann weiterer Bericht zu erstatten.

Somit der ministerielle Erlaß, der die Verwendbarkeit der Frau für die Arbeitsleistung höherer geistiger Art unumwunden anerkennt. Das Motiv für die Heranziehung der Frau für den technischen Dienst der Staatsbahnen ist allerdings das Verschreiben am Arbeitslohn zu sparen. Die Leistungsfähigkeit und geistige Gleichwertigkeit der Frau macht sich der Staat zunutze, aber die politische Gleichberechtigung erkennt er ihr ab und verurteilt sie zur Rechtslosigkeit.

Zur Lage der weiblichen Postbeamten hat der Bund Deutscher Frauenvereine eine Petition an den Reichstag gerichtet mit dem Wunsche: das Gehalt der Gehilfinnen (bei den Postämtern 3. Klasse), das mit 700 M. jährlich angelegt ist, wobei erhöht werden, das Gehilfinnen möge Beamtenqualifikation verliehen werden.

Befolgung für Agitatordienste. Gegen die weibliche Leitung in Mädchenschulen läuft nach dem „Frauenstimmrecht“ die Lehrerschaft von Brunn (Oesterreich) Sturm, und zwar mit der Begründung, daß die Schuldirektorenstellen als Befolgung für geleitete politische Agitatordienste im Wahlkampf an Männer vergeben werden müßten. Da Lehrerinnen nicht Wählerinnen seien, könnten sie dem Staate solche Dienste nicht leisten und hätten folglich auch keinen Anspruch auf Befolgung durch Leiterinnenposten. — Wir würden es von den heillosigen Lehrern doch logischer finden, wenn sie mit diesem Argument das Wahlrecht für Frauen fordern würden.

Uniformierte Polizistinnen in New York. Wie es heißt, wird der Vorschlag, uniformierte Frauen in den Polizeidienst zu stellen, in ernsthafte Erwägung gezogen. Sie sollen dort Dienst tun, wo besonders viel Mädchen zusammentreffen, also hauptsächlich zur Bewachung der Tanzlokaleitäten, der öffentlichen Voranlagen, der Kinematographentheater und anderer Belustigungsorte verwendet werden, ebenso zum Schutze von Frauen und Kindern auf der Straße. Die Frauen (zunächst sind 20 solcher Stellen vorgesehen) sollen im Alter von 20—45 Jahren stehen und genau dasselbe Gehalt beziehen wie ihre männlichen Kollegen. Bei den Erörterungen über die Einführung dieser Institution sagte die Führerin der Frauenrechtlerinnen, Frau Porter, daß es für die Männer häufig schwer sei, die Mädchen mit dem notwendigen Takte zu behandeln. Frauen würden oft mit einem Wort mehr ausdrücken können als Männer mit ihrer ganzen Verbalität.

Weibliche Polizei hat nun auch Norwegen in Kristiania, Bergen, Stavanger und Kristiansund angesetzt.

Frauenstimmrecht.

Amerika. Der Senat von Missouri hat das Verfassungsamendement zugunsten der Frauen mit 18 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Es wurde zwar nach dem Ausschuss zugewiesen, doch vertagte sich der Landtag vor Erledigung. — In Nebraska wurde im Abgeordnetenhaus das Amendement mit 21 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Das ist der erste Weistaat, der sich ablehnend zeigt. Doch lehrt das Stimmverhältnis, daß es sich hier nur um eine kurze Vertagung der Frage handelt. Die Frauen wollen sich organisieren und dafür sorgen, daß die Frage im nächsten Jahre zur Volksabstimmung kommt. — Eine Deputation von Frauenrechtlerinnen suchte den Präsidenten Wilson auf, um ihn für die Aufnahme des Rechtes in die Bundesverfassung, also für die Wahlen zum Kongreß und die Präsidentenwahl, zu gewinnen. Wilson empfing die Damen, war aber nicht zu einer bestimmten Erklärung zu gewinnen.

Eine dänische Männerliga für Frauenstimmrecht hat sich kürzlich gebildet. Präsident ist der bekannte Psychologe und Philosoph Harald Höffding.

Literarisches.

Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung von Heinrich Schulz. Dritte unveränderte Auflage. (Stuttgart 1913. Dietz Nachf.) Preis 50 Pf. — Das den meisten unserer Leserinnen wohl bekannte treffliche Büchlein über Hauserziehung liegt nun in 3. Auflage vor. Nicht gekürzte Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Büchlein der proletarischen Mutter, für die es in erster Linie bestimmt ist, darbieten, sondern kurze, einfach gehaltene und leichtverständliche Rat schläge und Winke aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis. . . . In der Volksschule des heutigen Klassenstaates wird die proletarische Jugend in einer dem Elternhause feindlich gesinnten Denkweise beeinflusst; darum ist die erzieherische Aufgabe des proletarischen Vaters und der proletarischen Mutter doppelt ernst und schwer. Ihnen beiden, besonders aber der Mutter, der die Hauptaufgabe der Erziehung obliegt, diese Aufgabe ein wenig zu erleichtern, ist der Zweck dieses Büchelns. Die kleine Schrift soll als eine Art „Mutterdreier“ zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Diese im Vorwort vom Verfasser umfährte Aufgabe löst das Büchlein vollkommen. Wir möchten es in der Hand einer jeden proletarischen Mutter sehen.

Spielerprozeß Stallmann.

Reunter Tag.

Gestern wurde die Beweisaufnahme geschlossen und mit den Plaidoyers begonnen.

Zuerst wurde der telegraphisch geladene Leutnant v. Dippe nochmals als Zeuge vernommen. — **Vorsitzender:** Ist es richtig, daß Sie mit Tatiere im Adlonhotel zusammengetroffen waren? **Zeuge v. Dippe:** Ja wohl, ich habe mich auch ganz kurze Zeit an dem Spiel beteiligt. **Vorsitzender:** Wer war denn bei diesem Spiel zugegen? **Zeuge:** Soviel ich noch weiß, war noch Niemela dabei. **Vorsitzender:** Haben Sie Niemela mit Tatiere bekannt gemacht? **Zeuge:** Das ist schon möglich, denn ich habe Tatiere schon vorher gekannt. **Vorsitzender:** Wussten Sie denn, daß Tatiere ein Falschspieler war? **Zeuge:** Damals natürlich noch nicht, später habe ich es allerdings erfahren. **Vorsitzender:** Wie hatten Sie denn eigentlich Tatiere kennen gelernt? **Zeuge:** Genau so, wie ich Herrn v. Heinrichs (Wies) kennen gelernt hatte, nämlich durch den Gutbesitzer v. Bredde. **Vorsitzender:** Ich muß nun noch einmal auf den Vorfall vom 1. Juni im „Fürstenthor“ zurückkommen. Niemela behauptet, daß Sie ihn, als er noch Beendigung des Frühstücks in das Lokal kam, den übrigen vorgestellt haben. **Zeuge:** Ja wohl, ich winkte ihn heran und stellte ihn den übrigen vor. **Vorsitzender:** Hat irgend jemand gesagt: „Das ist nicht nötig, wir kennen uns ja schon“ oder ähnliches. Oder haben Sie sich wie alte Bekannte begrüßt? **Zeuge:** Davon habe ich nichts gemerkt.

Jede Beweisaufnahme werden die Akten gegen den Kellner Fritz aus Wiesbaden vorgelegt, aus welchen hervorgeht, daß in einem Bericht des Kriminalwachmeisters Sandke angegeben wird, daß sich Fritz auch öfter „König“ genannt habe. Dieser Fritz soll bekanntlich, wie die Verteidigung behauptet hatte, derjenige sein, der in der Moskale eines „Herrn v. König“ herumgereist war und

Strochalen begangen haben soll. Er später dem Angeklagten Stallmann in die Schuhe geschoben wurden.

Der Angeklagte Kramer hebt vor der Rede des Staatsanwalts hervor, er sei nicht mehr Deutscher, er sei heimlos, weil er 30 Jahre lang Deutschland nicht betreten habe.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weidmann hält die Anklage in vollem Umfange aufrecht. v. Dippe habe die 80 000 M. nicht verloren, vielmehr sei er darum betrogen worden. Dem Angeklagten Kramer falle ein Erpressungsversuch zur Last. Der Beweis sei schwierig, weil es sich um einen Indizienbeweis handle, für den die sogenannten Illustrationsfälle ins Gewicht fallen. Der Beweis sei aber lückenlos zwingender Natur. Im einzelnen beantragte der Staatsanwalt als Strafen:

gegen Stallmann wegen Betruges 2 Jahre Gefängnis, unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft,

gegen Niemela wegen Beihilfe zum Betruge 3 Jahre Gefängnis und gegen Kramer wegen verführerischer Erpressung ebenfalls drei Jahre Gefängnis.

Nach einem Plaidoyer des Rechtsanwalts Dr. Julius Meyer für den Angeklagten Stallmann wird die Verhandlung auf heute um 10 Uhr vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumlichkeiten des Reichsanwaltsamts, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Vordruck und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Die Briefkastennummer wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentzweiung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Obige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Frage 15. Nein. Es ist zweifelhaft, daß Sie den Brief nochmals durch eingeschickten Brief von dem Zustand der Dinge und von der Androhung des Richters in Kenntnis setzen. — **W. Weidmann 78.** Senden Sie zunächst dem Gericht eine Abschrift des Protokolls vom 7. d. M., und senden Sie uns dasselbe unter Wiederholung der Anfrage ein. —

S. 100. Der Kunde muß die Sachen abholen. — **W. 2. 28.** 1. Nur dann, wenn eine entsprechende Berücksichtigung aus den Bestimmungen des Mietvertrages zu folgern ist, was nach dem Berliner Mietvertrags allerdings der Fall ist. Der Vermieter erscheint nur dem Mieter gegenüber verantwortlich, jedoch könnte der Mieter von Ihnen in Anspruch genommen werden. 2. Eine nachmalige Aufforderung ist rathsam. — **S. 100.** Die Höhe der Jubiläumrente läßt sich nicht berechnen, da Sie nicht die genaue Anzahl der Renten und auch nicht die Lohnklasse, in der die Renten geleistet sind, mitgeteilt haben. Der Anspruch besteht für die Zeit nach Beendigung der 26 Wochen Krankheitsdauer. Die Jubiläumrente unterliegt nicht der Beschlagnahme wegen Mietsforderungen. — **S. 2. 50.** Ohne Vorlegung des Rentenbescheides nicht zu beantworten. — **W. 2. 28.** **Parteilose Charlottenburg.** 1. Zunächst muß Vorladung vor den Schiedsmann erfolgen. Wobaus kann Privatklage beim Amtsgericht Charlottenburg erhoben werden. 2. Ja. 3. Das Arbeitersekretariat befaßt sich mit derartigen Sachen nicht. Die Klage können Sie selber anhängig machen. 4. Die gesetzliche Gebühr des Anwalts würde der Beschuldigte zu zahlen haben, falls dessen Verurteilung erfolgt. Die Anwälte vereinbaren jedoch in der Regel ein über die gesetzliche Gebühr hinausgehendes Honorar. 6. 11. März. — **S. 100.** Das Getrenntleben stellt keinen Scheidungsgrund dar. — **S. 43.** Falls die Gegenstände mit Ihren Mitteln bezahlt sind, unterliegen Sie der Pfändung. — **Elia 2. 23.** Eine Schadenersatzklage erscheint durchführbar, sofern der Willkürschlus nicht nachweisen kann, daß Paulus D. die Schuld an dem Unfall trifft. Es ist rathsam, an die Unfallversicherungsanstalt unter Darstellung des Sachverhalts zunächst heranzutreten. Wird Ersatzleistung verweigert, so empfiehlt sich die Befolgung eines Vermittlungsbeschlusses und der Antrag auf Befreiung eines Anwalts beim Landgericht I Berlin. — **S. 2. 4.** Ja, sofern derartige Tätigkeit nicht die überragende Arbeitszeit in Anspruch nimmt. — **S. 2. 14.** Ist nicht zu erwarten. — **S. 2. 1.** Beantworten Sie die Erstellung einer Abschrift bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Mutter verstorben ist. — **S. 94.** Die Eingebung wäre noch möglich, aber nicht wahrscheinlich. — **S. 2. 1.** Ja der Regel bis 11 Uhr. 2. In solchen Fällen besteht eine Beschränkung nicht. — **S. 2. 1. Nr. 13.** 1. In Berlin. 2. Nein. 3. Unbekannt, da wir uns um Privatangelegenheiten nicht kümmern. 4. Von der Anklage des Weineis freigesprochen. — **S. 2. 20.** 1. Speibauer Charlottenburg, Seelenheimer Straße 1. 2. Sofern Sie klagen, an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat.



Sunlicht Seife

greift nichts an, nur den Schmutz, den aber gründlich! Das wissen alle Putz- und Waschfrauen, welche diese Seife aller Seifen einmal versuchten und nun immer wieder verwenden! — Beweis: Stetig wachsender Absatz!



Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drehschleifwagenführer

Karl Freitag

am 7. April im Alter von 57 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege

Franz Olejniczak

im Alter von 28 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Friedhofes in Staaken aus statt.

Im rege Beteiligung ersucht 93/10 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former

Adolf Schulz

Reute Döhrst. 40, am 6. April an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dantes-Kirchhofes in Reinickendorf, Blankestr. 12, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 116/3 Die Ortsverwaltung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter

Luise Wudick

geb. Krause plötzlich verstorben ist.

Hermann Wudick und Sohn, Wiesenaustr. 7.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Wulken-Kirchhofes, Fürstenthorweg, aus statt.

Am Montag, den 7. April, verschied nach kurzem schwerem Leiden unsere liebe Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Friederike Behnfeld

im 78. Lebensjahre. Im Namen der Hinterbliebenen

Max Neilhase.

Die Beerdigung findet Donnerstags, den 10. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Frau

Friederike Behnfeld

Wulken-Str. 112 — Bezirk 3 (die Frau unseres kürzlich verstorbenen Mitgliedes Behnfeld) auch verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes, Doppelallee 16—17, aus statt.

Im rege Beteiligung ersucht 72/14 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe gute Frau

Gertrud Richter geb. Marx

im 25. Lebensjahre plötzlich verstorben ist.

Im stille Teilnahme Mitteil Karl Richter.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 1/2 Uhr, von der Halle des Wulken-Kirchhofes in Reinickendorf, Hermannstr. 11, aus statt. 3106

Hier die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Anteilnahme bei der Beerdigung meiner geliebten Frau

Emma Wetzel

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 67/12

Emil Wetzel, Niederbarnimstr. 4.

Deutscher Buchhändler-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unsere Kollegin

Margarete Hujer

gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. April 1913, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nordens, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet 23/14 Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer Tochter

Marie Schiefke

sagen wir allen Bekannten und Verwandten, dem sozialdemokratischen Wahlverein Treptow-Baumhuldenweg, dem Deutschen Textilarbeiterverband, dem Erbschen Sparverein, den Kollegen der Firma Wagner, Weihenfer, und dem Gesangsverein „Obersee“, insbesondere Herrn Karl Müller für die trostreichen Worte am Sarge der Unschönen unseren herzlichsten Dank. Sa

Franz Schiefke und Frau, Baumhuldenweg.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vannes, unseres guten Vaters

Hermann Mayn

sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem sozialdemokratischen Wahlverein Reinickendorf (Bezirk 1), dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Kollegen der Firma Körner u. Voß unseren herzlichsten Dank.

Büme Klara Mayn nebst Kindern. 65/1

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“

zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Bureau: SO 28, Kottbuser Ufer 44, Hof r. l. (Geöffnet von 11—5 Uhr. Sonnabends von 3—5 Uhr.)

Fernsprecher: Moritzplatz 2310. Postfachkonto 16228.

Bekanntmachung.

Bei der Auflösung der Schuldverreibungen im März 1913 sind folgende Nummern gezogen worden:

41, 46, 50, 58, 68, 75, 81, 103, 24, 58, 90, 202, 3, 20, 66, 96, 300, 5, 12, 44, 46, 80, 88, 416, 22, 28, 44, 53, 69, 538, 53, 68, 80, 83, 90, 99, 610, 45, 724, 48, 76, 86, 88, 805, 10, 31, 45, 50, 54, 58, 93, 906, 8, 15, 33, 35, 56, 69, 71, 81, 1001, 31, 64, 71, 75, 88, 1106, 69, 89, 95, 1225, 39, 55, 1317, 29, 99, 1421, 47, 89, 1552, 56, 72, 81, 87, 94, 1615, 41, 45, 57, 1666, 70, 92, 1710, 16, 19, 62, 75, 95, 1889, 1925, 45, 65, 85, 2029, 20, 36, 41, 85, 2100, 10, 18, 27, 31, 78, 82, 2224, 27, 30, 64, 2331, 33, 39, 98, 2414, 48, 72, 97, 2505, 6, 24, 40, 64, 99.

Überdies dieser Schuldverreibungen können vom 1. Juli d. J. ab den Betrag gegen Abgabe der Scheine bei unserer Kasse erheben. 101/16

Der Vorstand.

H. H. G. Dörner, Vorsitzender.

Wie koche ich am sparsamsten?

Zur Beantwortung dieser Frage veranstaltet die

Gasanstalt Köpenick

mit Unterstützung der bekannten Gasapparate-Fabrik

Junker & Ruhm, Karlsruhe

auf deren Gasherden neuester Konstruktion

Mittwoch, den 9. April d. J.

im Saale des Restaurants „Kaiserhof“, Köpenick, Grünstraße 10, von 3—5 Uhr nachmittags und von 8 Uhr abends an

großes Schankochen

mit praktischen Vorführungen im Kochen, Braten und Backen. Der verhältnismäßig geringe Gasverbrauch kann an den aufgestellten Experimentierherden von jedermann mit Belustigung kontrolliert werden.

Kochen einfacher und besserer Gerichte auf dem Gasherd, Braten der verschiedenen Fleischarten usw. auf Grillrost und am Spieß, Backen von Kuchen.

Um sich von der Vorteilhaftigkeit dieser Brauweise überzeugen zu können, werden Kostproben abgegeben.

Zu diesen interessanten Vorführungen wird ergebenst eingeladen.

Wie brate und backe ich am billigsten?

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:

Gebrock-Anzüge 70, 80, 36 M.
Smoking-Anzüge 60, 70, 40 M.
Frack-Anzüge 60, 80, 40 M.
Beinkleider 18, 15, 8 M.
Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden

Baer Sohn

Kleider-Werke Berlin, Gegr. 1891.

Chausseestraße 29—30, 11, Brückenkönigsstr. 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Westmanns Trauemagazin

Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a (2. Haus von der Jerussalimer Straße).

II. Gesch.: Berlin N.O., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Androssstraße).

Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Westmann

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115.

Eigene Fabrikation!

Unbegrenzte Auswahl!

Keine Kokamware! Kein Massengut!
Keine angekaut Ware! Keine Duosondware!
Alle Weiten Alle Läng. Änderungen gratis!

M. 18.- **M. 30.-** **M. 45.-**

Gruppe A Gruppe B Gruppe C

Kostüm- Übergangs- Modellschul-
Staubmäntel Mäntel Modellschul-
Frauenmäntel Kostüme kleider
Composerröcke Composerkostüme Engl. Paletots

Ein Posten Modelle in Kostümen, Mänteln, Gesellschaftskleidern
sonst bis 200, 110, 110, zum Aussch. für M.

75.-

Pflüschmäntel zu billigen Sommerpreisen

Sonntag geöffnet 12—2

Zentral-Verband der Tüpler u. Berufsgenossen Deutschlands.

Filliale Groß-Berlin.

Am 5. April verstarb unser Mitglied, der Kollege

Karl Schäfer

(Bezirk Schöneberg) an Augenentzündung im Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. April 1913, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz aus statt. 192/5

Der Vorstand.

Gesangverein „Unverzagt“

M. d. D. R.-S. B.

Nachruf.

Am 5. April verstarb unser alter getreuer Gesangsbruder und Mitbegründer des Vereins

Karl Bachstein.

Ehre seinem Andenken!

Arbeiter - Bildungsschule.

Mittwoch, den 16. April 1913, abends 8 1/2 Uhr im Schulhof,
Grenadierstraße 37

General-Versammlung

Tages-Ordnung

- Bericht des Vorstandes, des Lehrkollegiums und der Kassieren.
- Wahl zweier Kassieren. — 4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

Julius Krause

40 Kastanienallee 40

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

zu anerkannt billigen Preisen.

Gegründet 1884.

Teilzahlung gestattet.

Ein Posten verlihen gewesener Möbel bedeutend unter Preis.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Gahnisch, Adlerstr. 174.
 W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
 O. R. Gadelbusch, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Ropen-
 kirche 82. H. Wengels, St. Frankfurter Str. 120.
 NO. 2. Nacht, Jammalehstr. 12. J. Neul, Sackstr. 42.
 N. W. Baumann, Altesberger Str. 57. G. Fischer, Bahnanstr. 6.
 Karl Mars, Grelshagenstr. 22. A. Köhler, Köhlerstr. 31a.
 G. Bogel, Luchingstr. 37. H. Ties, Invalidenstr. 124.
 V. Dehnbach, Hübelpf. 24.
 NW. Salomon Joseph, Sulzweberstr. 8.
 SW. G. Werner, Gneisenau 72. Tschu. Gogelberger Str. 27.
 S. St. Preis, Brinzenstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.
 SO. Paul Böhm, Luchingstr. 14/15. P. Porich, Engelstr. 15.
 Adlershof, Karl Schwarzschild, Bismarckstr. 50.
 Baumschulenweg, G. Hornig, Varienbolderstr. 13, I.
 Borsigwalde, Paul Kienast, Mühlstr. 10.
 Charlottenburg, Gustav Scharnberg, Selenbender Str. 1.
 Friedrichshagen, Ernst Wermann, Köpenicker Str. 18.
 Gränna, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal, Max Gonschur, Barstr. 6.
 Karlshorst, Richard Suter, Hölbe 9, II.
 Köpenick, Emil Wähler, Rieperstr. 6, Laden.
 Lichtenberg, Otto Seifert, Barthenbergstr. 1.
 Nieder-Schöneweide, Wilh. Haruh, Brückenstr. 10.
 Nowawes, Wilhelm Jappe, Luchingstr. 2.
 Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmminnenhoffstr. 17, Laden.
 Pankow, Otto Röhmann, Mühlstr. 30.
 Reinickendorf, P. Gurdi, Beringstr. 56, Laden.
 Neukölln, M. Seurich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 G. Mohr, Steglitzstr. 28/29.
 Rummelsburg, H. Rosenkrantz, Alt-Borsig 56.
 Schöneberg, Wilhelm Gämmer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
 Spandau, Köppen, Dreieckstr. 64.
 Steglitz, G. Bernice, Kienaststr. 5.
 Tempelhof, Joh. Krahn, Bornhellerstr. 62.
 Treptow, Robert Gramenz, Rieboldstr. 413, Laden.
 Weißensee, Fuhrmann, Schmitz 103. Schiller, Berliner Allee 268.
 Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 11. April 1913, abends 8 Uhr:

10 große Mitglieder-Versammlungen

Süden u. Südwesten: Kilians Festhalle, Hasenheide 13/15.

Südosten I u. II: Wodrag, Waldemarstr. 75.

Osten I, II u. Nordosten: Kellers Festhalle, Köpenicker Str. 29.

Osten III u. östliche Vororte: Riebeck-Bräuerei, Frankfurter Allee 53.

Schönhäuser u. Rosenthaler Vorstadt: Obiglo, Schwedter Str. 23/24.

Gesundbrunnen, Wedding u. Moabit: Freibels Festhalle, Kolberger Str. 23.

Weißensee: Prälaten, Lehderstr. 122.

Neukölln: Garkisch, Hermannstr. 49.

Charlottenburg: Volkshaus, Köpenicker Str. 3.

Schöneberg: Neue Kathausäle, Martin-Luther-Str. 69.

Tagesordnung:

- Welche Vorteile bietet uns der neue Vertrag.
- Diskussion.

Referenten sind: Robert Fendel, Theodor Glode, Wilhelm Güth, Hermann Jaek, Hugo Langhammer, Richard Leopold, Wilhelm Ritsche, Karl Reiche, Alwin Kennan, Hans Schwarzmeier.

81/11*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Linienstr. 83/85.

Verwaltung: Teleph.: Amt Norden 1997. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Am Montag, den 14. April ex., abends 8 Uhr, findet im großen Saale der „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16/23, die Fortsetzung der

General-Versammlung

unserer Verwaltungsstelle statt.

Mitgliedsbuch und Legitimationskarte ist vorzuzeigen. — Ohne diese keine Zutritt.
Vertretung ist nicht zulässig.

Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichsstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Müllerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Nachtragsliste

der vom Verbands der Maler gesperrten Meister:

- | | | |
|--------------------------------|------------------------------|---------------------------------------|
| Spandan: | Spandau: | Spandau: |
| Bader, Paul, Luchingstr. 7 | Andler, Gartenstr. 1 | Stube, Pichelsdorfer Str. 26 |
| Beifke, Brüderstr. 23 | Föwe, Schönwalder Str. 76 | Schulmayer, Badstr. 8 |
| Dohle, Schönwalder Str. 36 | Lange, Marktstr. 7 | Schubert, E., Pichelsdorfer Str. 108. |
| Fernheil, Damm 10 | Neumann, Havelstr. 3 | Neuen: |
| Gierz u. Neumann, Mittelstr. 5 | Pösch, Brüderstr. 36 | Rump, Stuhlbrodt und Kloster- |
| Kuhnen, Seeburger Str. 87 | Reitfornsch, Weher Str. 2 | mann. |
| | Richter, Schönwalder Str. 35 | |

Satir. Humorist

ig. Treuer, Telefon. Nr. 93965
Berlin N. 57, Kastanien Allee 40.
Mehl - Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte
u. Konserv. Petersburgerstr. 57a
Gründung am 9. April. Bei einem
Einkauf von 1,50 M. erhält jed. Käufer
ein prächtiges Geschenk. Otto Musil.

Achtung! Bewilligte Bäckerei! Achtung!
Reiner geistiger Standhaft und Hochachtung zur Kenntnis, daß die
Differenzen mit dem Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren und
dem unterzeichneten Bäckermeister zur beiderseitigen Zufriedenheit bei-
gelegt sind.
Bäckermeister Friedrich Gutsch, Marktgrasendamm 31.
Dies befehligt:
Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren Berlins und Umgegend.
3145

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Gegründet 1905 BERLIN Gegründet 1905
hält am Donnerstag, den 10. April 1913, abends 8 1/2 Uhr, in den Passage-
Festsälen zu Neukölln, Bergstraße 151/52, eine

Große öffentliche Versammlung

ab, zu der Interessenten, Freunde und Gegner der Feuerbestattung eingeladen sind.
Tagesordnung: 1. Die Ethik der Feuerbestattung. Referent: Herr Zahnarzt Freund-
Neukölln. 2. Freie Aussprache. 284/11 Der Vorstand. I. A.: Paul Stieler

Garbáty

Cigaretten

Qualität

Allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigt. Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir berufen hiermit unsere Dele-
gierten zu einer 208/4

Ordentlichen General-Versammlung

auf Donnerstag, den 17. April, abends 9 Uhr, nach dem Saale des Volkshauses in Charlottenburg, Köpenicker Str. 3, ein.
Tagesordnung:

- Berichtserstattung des Kassenvorstandes über die Jahresrechnung pro 1912 und die Geschäftslage der Kasse.
 - Bericht der Revisionskommission.
 - Antrag des Kassenvorstandes auf Entlastung.
- Der Geschäftsbericht geht mit jährlicher Einladung den Kassendelegierten per Post zu. Die letztere gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in den Saal vorzuweisen. Delegierte, welche inzwischen ihre Wählbarkeit verloren haben, sind von der Teilnahme an der Versammlung ausgeschlossen. Delegierte, welche in der Generalversammlung Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Kassenvorstandes vorbringen wollen, werden ersucht, dies vorher im Kassenvorstand anzuzeigen, da es sonst dem Kassenvorstand unmöglich ist, sich über die Beschwerden zu informieren und in der Generalversammlung Auskunft zu erteilen.
Charlottenburg, den 8. April 1913.
Der Kassenvorstand.
gez. Wilh. Ahrens.

20jährige Erfolge!

Wanzen

Wird unfehlbar mit Brut
Reichels Wanzenöl, Radikal,
N. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-,
Abkocht fleckfrei, nicht feuergefährlich.
Kein Öl, Geruch, nachhaltigste Wirkung

Schwaben

vernichtet mit Brut radikal und sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Panzer
„Marial“, Pat. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-,
Sprühapparat von 50 Pf. an.

In allen Drogerien erhältlich.
Man verlange aber ausdrücklich
Reichels Spezialmittel, die
einzig echt u. garantiert wirk-
samen sind (siehe nur i. Original-
packungen Tod u. Teufel sind
mit Marke bedruckt).
Kleinerer Preis:
Otto Reichel, SO., Eisenbahnstraße 4-

Arbeitermöbel.

Die Musterwohnung im
Gewerkschaftshaus ist geöffnet: Montags,
Mittwochs und Sonntags von
6-9 Uhr abends. Auch können die
Muster an jedem Wochentage bis
7 Uhr abends in der Fabrik
= 20 Frenghoffstraße 20 =
besichtigt werden.
Teilzahlungen werden zu den be-
kommen Bedingungen gewährt.

Möbel

gibt alle, gutverarbeitete
Möbelwerke an

Teilzahlung

unter strengster Diskretion zu
Kassapreisen u. Zinsvergütung

Postlagerkarte
„115“ Berlin N. 37

Auf Teilzahlung, ohne Anzahlung.
Kein Kassierer.
Leppiche, Gardinen, Stores,
Portieren, Plüsch, Stepp- und
andere Decken.
Matzner, Duselestraße 41,
Bilberladen.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Uster,
Paletots Mtr. 4.-, 5.-, 6.- M. etc.
Damen - Kostümstoffe, Damastuche
„Neuheiten“ Mtr. 2.-, 3.-, 4.- M.
etc. Loden f. Pelzerinnen Mtr. 1,50,
2,50 M. etc. Schneidemeister, welche
unsere Stoffe tadellos u. schick
verarbeiten, weisen wir nach,
Arbeitslohn nebst Zutaten zirka
25,-, 30,- M. etc.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Möbel auf Kredit

Farbige Küchen u. Polsterwaren

Einzelne Möbelstücke Anzahlung schon
von 5 Mark an.
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23,
erste Etage.
Ausschneiden! Wert 5 Mark.

Persil



das selbsttätige Waschmittel

Nicht selbst waschen!
Das besorgt viel schneller, besser und billiger
Persil. — Nur einmaliges etwa viertelstündiges
Kochen und die schmutzigste Wäsche ist
im Nu blendendweiss
frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.
Überall erhältlich, wie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÖSSELDORF.
Nach Fabrikanten der allbeliebtesten
Henkel's Bleich - Soda

Heute Mittwoch, den 9. April: Zahlabend in Groß-Berlin.

Der geahndete Fortdiebstahl.

In dem Fortdiebstahlverzeichnis des Fortreviers Oberförsterei Köpenick für den Monat Februar 1913 ist ein furchtbares Verbrechen eingetragen. Es steht dort schwarz auf weiß zu lesen, daß am 13. Februar 1913, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Jagd 2588 durch einen zehnjährigen Knaben einige Meßermeißer entwendet worden sind und zwar durch Abbrechen und mittels eines Handwagens. Dieses Verbrechen mußte gerichtet werden. Die Fortverwaltung erlittete Anzeige beim Amtsgericht in Köpenick. Sie selber bemittelt den Wert der paar Meißer auf 0,04 M., also auf 4 Pf. Gegen den zehnjährigen Jungen kann aber strafbar nicht vorgegangen werden, weil es zweifelhaft ist, ob der Junge die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe; haftbar sei der Vater für den Diebstahl seines 10 Jahre alten Sohnes. Auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft hat das königliche Amtsgericht in Köpenick deshalb gegen den Vater eine Geldstrafe von 1 M. festgesetzt, außerdem auch die Verpflichtung des Vaters zum Ersatz des Wertes des Entwendeten an den „Befehlshaber“ — das ist der Fortfiskus — mit 4 Pf. sowie zur Ertragung der Kosten des Verfahrens ausgesprochen. Dem Vater wurde in dem ihm zugestellten Beschlusse aufgegeben, für den Fall der Widerprüfung erheben wolle, in einem am 5. April 1913 angeetzten Termin vor dem Amtsgericht zu erscheinen, im Falle des Nichterscheins werde der Strafbefehl vollstreckbar. Werde dann nicht gezahlt, so würde Zwangsvollstreckung erfolgen. Die Kostenrechnung ist wie folgt aufgestellt: 1. Geldstrafe 1 M., 2. Wertersatz 0,04 M., 3. Gerichtsgebühren 1,00 M., Pauschlohn 0,10 M., insgesamt 2,14 M.

Normal mag im vorliegenden Falle alles in Ordnung sein und wir sehen nicht an, das Abbrechen von Ästen entschieden zu verurteilen. Verursacht man aber den ganzen Schaden, so muß man doch fragen: Haben unsere Behörden und hat insbesondere die Fortverwaltung in Köpenick wirklich nichts Besseres zu tun, als ihre Zeit mit solchen Vorfällen hinzubringen? Bisher stand die Fortverwaltung von Köpenick in dem Ruf, in recht verständiger Weise für die Erhaltung der Wälder und seine Benutzung durch das Publikum zu wirken; weniger durch Strafanordnungen und Strafen, sondern durch Wohnungen an das verständige Publikum. Deswegen berührt es doppelt unangenehm zu sehen, in welcher heillosen Weise das Mitnehmen einiger Meißer verfolgt wird. Wegen eines selbst nach Ansicht der Fortverwaltung so geringen Objekts von 4 Pf. wird ein höchst komplizierter und kostspieliger Apparat in Szene gesetzt, als ob es sich um eine Haupt- und Staatsaktion handelte. Man bedenke: Wegen der 4 Pf. wird zunächst ein Protokoll aufgenommen. Dann geht eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Diese stellt an das Gericht einen Strafantrag. Das Gericht setzt die Strafe fest. Es ergeht an den Vater des Jungen ein längeres Schreiben, in welchem der Tatbestand unter Angabe von Zeugen u. a. genau registriert wird und schließlich wird nach ein Termin festgesetzt wegen event. Verhandlung des Delikts. Und das alles, weil ein 10jähriger Junge ein paar Meißer im Werte von 4 Pf. mitgenommen hat. Man muß schon im Dienste der Fortverwaltung stehen oder Gerichtsperlen sein, um das ganze Verfahren zu begreifen.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt, Mittwoch, den 9. April, abends 1/2 Uhr bei Witwe Augustin, Dronienstr. 108: Zahlabend der III. Abteilung (Stille Hälfte): Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Ewald Vogtherr: „Von 1818 bis 1913“. — Nachts 12 Uhr: Zahlnacht. Vortrag des Genossen Dr. Willi Viehner: Fortsetzung des Vortrages über: „Abirrungen in der Sexualität. II. Homosexualität.“

Donnerstag, den 10. April, früh 1/2 Uhr: Zahlmorgen. Der Vorstand.

5. Kreis, 6. Abteilung. Heute abend Zahlabend im Verbandshaus der Gastwirtsgehilfen, Große Hamburger Str. 18/19 II, Hofpartier. Vortrag des Gen. Adolf Cohen über das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Neußän. Die Wählerlisten liegen vom 12. bis 14. April aus. Um nun jeden Wähler auf seine Pflicht aufmerksam zu machen und ihm gleichzeitig anzugeben, an welcher Stelle er die Wählerliste einschicken kann, findet am Donnerstag, den 10. d. Mts., eine Flugblattverbreitung statt. Die Verbreitung geschieht nach Urwahlbezirken; sei jeder Genosse zur Stelle.

Neußän. Da am Sonntag, den 6. April, die Experimente mit flüssiger Luft infolge widriger Umstände nicht durchgeführt werden konnten, findet am Dienstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Barth, Hermannstr. 49, der Vortrag nebst den Experimenten noch einmal statt. Die schon gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit. Neue Einladungskarten sind bei den Funktionären, in den bekannten Niederlagen und am Abend des Vortrages am Saaleingang zu haben. Wir bitten die Parteigenossen, insbesondere die Zahlabendleiter, für die Veranstaltung zu agitieren. Der Bildungsbeirat.

Steglitz. Die Abteilungsversammlungen fallen heute aus. Dafür in allen Bezirken in den Zahlabendlokalen Bezirksversammlungen, mit Ausnahme des Säbender Ortsteils. Hier wie immer bei Dahl.

Lichterfelde. Ein gemeinsamer Zahlabend für den 6., 7., 10. und 12. Bezirk findet heute bei Brotnick, Ringstr. 17, statt. Vortrag des Genossen Julian Vorwardt.

Marienthal. Der heutige Zahlabend tagt nach den neuen Landtagswahlbezirken.

Mittheilung. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Kaul, Bismarckstr. 16: Generalversammlung des Wahlvereins.

Nieder-Schöneweide. Heute abend 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Zahlabend bei Kolenberg, Rudower Str. 14.

Pettröden, Frederiksdorf. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt ab für beide Orte getrennte Zahlabende abgehalten werden, mit Ausnahme des dritten Monats im Quartal, in welchem er gemeinschaftlich stattfindet.

Für Frederiksdorf Zahlabend im Lokal von Schönwiese, Langestraße, für Pettröden wie bisher im Lokal von Appel.

Verhagen. Der Zahlabendbezirk II (früher Frechner, Dreienbachstr. 24) ist nach Schubartstr. 89 bei Schulz verlegt.

Ermer. Heute Mittwoch, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Degebrodt: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.

Spanbau. Der schon bekanntgemachte Kurios über „Grundfragen der Erziehung“ ist auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Des weiteren werden die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die noch im Besitz von Eintrittskarten des Wilhelm-Busch-Abends sind, gebeten, bei den ihnen bekannten Ausgabestellen abzurechnen, da die Hauptabrechnung in der Generalversammlung am 15. April gegeben werden muß.

Berliner Nachrichten.

Ueber den Zusammenschluß der Gemeinden Treptow und Berlin

wird berichtet: Nachdem die Frage der Umgemeindung von Treptow durch den bekannten Beschluß der Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses neuerdings wieder zur Erörterung gekommen ist, seien hier kurz die Gründe gestreift, welche in beiden beteiligten Gemeinden die Ueberzeugung von der Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses hervorgerufen haben. Die Gemeinde Treptow ist mit Berlin nicht nur örtlich, sondern auch sachlich durch eine einzigartige Interessengemeinschaft verknüpft, die sich anderweit nicht wiederfinden läßt. Treptow hat eine Größe von 774 Hektar, hiervon stehen im Eigentum der Stadt Berlin 422 Hektar, also über die Hälfte. Darunter sind etwa 190 Hektar Parkland einschließlich des Plänterwaldes und über 200 Hektar Bauland. Ein im fremden Gemeindegebiete unterhaltener öffentlicher Park von solchem Umfange ist wohl ein einzigartiger Vorgang. Daß die Stadt die Parkanlagen und den Plänterwald, welche in erster Linie natürlich ihren Bürgern zur Erholung dienen sollen, und für deren Unterhaltung sie bedeutende Mittel auswendet, auch kommunal zur Stadt gehörig zu sehen wünscht, ist an sich begreiflich. In den letzten Jahren ist dann auch wiederholt anderweit die Eingemeindung von Parkanlagen und Erholungsstätten vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden, lediglich, weil sie sich im Besitze der eingemeindeten Städte befanden, so z. B. in Essen, Krefeld, Bonn.

Ueber 800 Morgen des Berliner Besitzes sind, wie angegeben, Bauland. Zurzeit hat die Stadt Berlin an diesem bedeutenden Grundbesitz nur die Rechte, die einem Privateigentümer über seinen Grund und Boden zustehen. Es ist gewiß verständlich, daß die Stadt Berlin die mit der Umgemeindung zu erzielende öffentlich-rechtliche Stellung zu ihrem Treptower Grundbesitz anstrebt, die ihr in ganz anderer Weise die Möglichkeit einer Erschließung dieses Geländes an die Hand geben würde. Die Gemeinde Treptow hat das lebhafteste Interesse an der baulichen Erschließung dieses Grundbesitzes, da ihre Entwicklung gehemmt wird, solange dieses Terrain unbenutzt daliegt. Auch die Gesamtheit, insbesondere die Stadt Neußän, hat an der Erschließung das gleiche Interesse.

Die Staatsregierung hat nun selbst in den letzten Jahren vielfach Eingemeindungsanträge (z. B. betreffend Steintin, Breslau, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Essen) damit begründet, daß die Städte in den eingemeindenden Ortschaften Grundbesitz in größerem Umfange hätten. So wurde, um nur ein Beispiel zu geben, in der Begründung der Vorlage betreffend die Stadterweiterung von Frankfurt a. M. ausgeführt: „Der große Einfluß, den die Stadt als Grundeigentümerin in den einzelnen Gemeinden erlangt habe, sei wesentlicher Grund, der vom Standpunkt der Gemeinden aus die baldige kommunale Vereinigung notwendig mache.“ Weiter hieß es damals, daß durch den städtischen Grundbesitz in dem eingemeindenden Gebiet möglichst auf die Entwicklung gesunder Wohnungsverhältnisse hingewirkt werden solle. Die Durchführung dieses Planes und die Verwertung des Grundbesitzes im Interesse des Frankfurter Wohnungsmarktes sei aber erst nach stattgehabter kommunaler Vereinigung möglich (Drucksache des Abgeordnetenhauses 1910 Nr. 56). Bei objektiver Beurteilung wird man zugeben müssen, daß die Momente, welche als hinreichende Grundlage der Eingemeindung damals hervorgehoben worden sind, für die Eingemeindung Treptows in noch viel stärkerem Maße zutreffen. Der Grundbesitz Berlins in Treptow ist sehr viel bedeutender als der Grundbesitz, den die genannten Städte in den ihnen eingemeindeten Orten hatten, und die Notwendigkeit einer gesunden Bebauungspolitik liegt für Berlin gewiß ebenso vor wie bei den genannten Städten.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung Treptows stehen Fragen des Verkehrswesens, bei denen es sich um die Errichtung von Millionenbauten (Brücken, Bahnhofsanlagen, Straßenbahnen usw.) handelt. Schon heute ist Treptow an die Berliner Wasserleitung angeschlossen, und es leitet seine Abwässer auf die Riefelder der Stadt Berlin.

Damit sind natürlich nur einige der Gründe angedeutet, die für das Festhalten der beiden beteiligten Gemeinden an dem Umgemeindungsgedanken maßgebend sein müssen. In der Verfolgung dieses Gedankens wird sich Berlin wie Treptow bei der einschneidenden Bedeutung der zur Erörterung stehenden Frage nicht durch Beschlüsse beeinflussen lassen dürfen, die gefaßt werden, ohne daß die nächstbeteiligten selbst ihre Stellung sachgemäß vertreten können. Es wird Sache des nach Verständigung über die Bedingungen der Umgemeindung zu stellenden Antrages sein, das vollständige Bild der Sachlage zu geben, das zu ihrer objektiven Beurteilung die unerläßliche Voraussetzung ist.

Die Lohnfrage der städtischen Arbeiter.

Die Revision der Löhne für die städtischen Arbeiter ist nunmehr von der für diesen Zweck eingesetzten Kommission des Magistrats bis auf wenige Punkte durchberaten. Der Magistrat wird sich voraussichtlich noch in dieser Woche mit den Vorschlägen der Kommission beschäftigen.

Die Einnahmen der städtischen Straßenbahnen im März betragen 207 493,70 M. gegen 185 126,70 M. im März 1912, d. h. eine Tageseinnahme von 6933,51 M. gegen 5971,80 M. im März 1912. Es wurden insgesamt 2 218 144 Personen gegen 2 006 984 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im März gefahrenen Wagenkilometer (Motorwagen und Anhängerwagen) ist von 356 222 des Vorjahres auf 436 716 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 47,51 Pf. gegen 51,97 Pf. im Vorjahre.

Sich und den Sohn erschossen.

Eine Familientragödie ereignete sich in der vergangenen Nacht in dem Hotel Ostend in der Kopenstr. 96. Dort erschöß der 44 Jahre alte Schankwirt Friedrich Herrmann aus der Komintener Straße 49 seinen 8 Jahre alten Sohn Fritz und dann sich selbst. Die Tat wurde um Mitternacht entdeckt. Herrmann betrieb mit seiner gleichaltrigen Frau seit 1 1/2 Jahren an der Ecke der Komintener und Cabiner Straße eine Schankwirtschaft. Diese verlor den Tag über seine Frau allein, weil er auch als Köchler noch arbeitete. Das Ehepaar besaß zwei Söhne, den 8 Jahre alten Fritz und den

14 1/2 Jahre alten Otto, der Schiffshekerlehrling ist. Der Mann war nach den Bekundungen seiner Frau und den Beobachtungen der Hausgenossen schon seit längerer Zeit sehr nervös und aufgeregter. Am Montag ging Herrmann seiner Gewohnheit entgegen nicht zur Arbeit. Gegen Mittag unternahm er mit seinem Sohn Fritz einen Spaziergang. Kurz nach zwei Uhr kehrte Herrmann mit seinem Sohn im Hotel Ostend ein. Er nahm unter seinem richtigen Namen ein Zimmer, ließ dorthin Mittagessen bringen und sagte, daß wahrscheinlich um 7 Uhr seine Frau kommen werde. Sollte sie nicht kommen, so möge man ihm Bescheid sagen. Wie die Bedienung wahrnahm, rührte Herrmann das Essen nicht an, während der Knabe ihm zusprach und dann auch noch Schokolade genoß, die der Vater ihm holen ließ. Im Hotel sah und hörte man nun nichts mehr von den beiden Gästen. Als Frau Herrmann ausließ, ging man bald nach 7 Uhr hinaus, um Bescheid zu sagen. Weil aber auf das Klopfen niemand antwortete und die Tür verschlossen war, so glaubte man, daß die Gäste sich schlafen gelegt hätten und wollte nicht hören. Von Zeit zu Zeit klopfte man dann noch einmal vergeblich an. Endlich schöpfte man Verdacht, und als man jetzt gegen Mitternacht die verriegelte Tür mit Gewalt öffnete, fand man Vater und Sohn tot auf. Der Knabe lag entkleidet im Bett, Herrmann ebenso vor dem Bett. Beide hatten eine Schußwunde in der rechten Schläfe. Nach dem Befund hat Herrmann seinen Sohn erschossen, während er schlafend im Bett lag, und sich dann selbst vor dem Bette sitzend eine Kugel in den Kopf gejagt. Von den Schüssen hatte niemand etwas gehört. Die Leichen wurden, nachdem ein Arzt den Tod festgestellt hatte, beschlagnahmt und nach dem Schaulause gebracht. Mit der Bemerkung, daß seine Frau wahrscheinlich um 7 Uhr kommen werde, hat Herrmann wohl nur beabsichtigt, daß um diese Zeit schon seine Tat offenkundig werden sollte. Seine Frau mußte von dem Gang nach dem Hotel, als er das Haus verließ, nichts, und er hat ihr auch später keine Mitteilung zukommen lassen.

Der städtische Oshafen am Stralauer Anger nähert sich seiner Vollendung und es bezieht begründete Aussicht, daß die gewaltige Verkehrsanlage, deren Kosten auf mehr als acht Millionen M. veranschlagt sind, schon vor dem festgesetzten Termin — 1. Oktober d. J. — ihrer Bestimmung übergeben werden können. Die drei großen Speicher, die beiden Lagerschuppen, das Verwaltungsgebäude und das Maschinenhaus, welche sich auf dem 1375 Meter langen Ufergelände verteilen, sind im Rohbau fertig und die siebenstöckigen Speicher fallen schon den Passanten der Oberbaumbrücke ins Auge; ungleich imposanter wirkt die großzügige Anlage natürlich von der hochgelegenen Eisenbahnbrücke beim Bahnhof Stralau-Kummersburg, der ja den Verkehr zwischen Eisenbahn und Schiffen zu vermitteln bestimmt sein wird. Der Anschluß an die schon jetzt stark belastete Station hat freilich große Schwierigkeiten bereitet; er erforderte den Bau eines Untertunnels, dessen Kosten sich allein auf zirka eine Million Mark belaufen. Dieser Tunnel liegt an seiner tiefsten Stelle rund 14 Meter unter den fünf Gleisen der Ringbahn, die ohne jede Betriebsunterbrechung unterminiert werden mußten; er ist 101 Meter lang und in einem Radius von 180 Meter gekrümmt, er mündet auf der Ostseite des Ringbahndammes ein, um parallel zu diesem in einer 1:80 ansteigenden offenen Rampe die anschließenden Gütergleise der Staatsbahn zu erreichen. Zum Teil gewölbt, zum Teil durch eiserne Träger (im Gesamtgewicht von 5700 Zentnern) abgedeckt, bot der Tunnelbau rücksichtlich der Wasserhaltung die gleichen Schwierigkeiten wie die Anlage unserer Untergrundbahnen. Dabei ergab sich noch die Notwendigkeit, den ganzen Bahnkörper der Ringbahn, an dem die Rampe entpor führt, abzuleiten und das dreistöckige Stellwerksgebäude „St.“ unter welchem das Hafengleis hindurchgeführt ist, „abzuzufangen“. Der Hafenbetrieb ist nun so gedacht, daß die Staatsbahnlokomotiven die Hafenzüge abholen, rangieren und zum Hafen befördern, woselbst die Züge durch die städtischen Lokomotiven in den Ausziehgleisen nach und von den Ladestellen befördert werden. Die zahlreichen Gleis- und Weichenverbindungen werden demnächst in Angriff genommen werden. Die Ladegleise bieten Platz für 200 Eisenbahnwagen, der Hafen ermöglicht das gleichzeitige Laden und Löschen von 23 längsseitig liegenden Dorthähnen (zu je 500 Tonnen Tragfähigkeit) und 18 stievertrecht liegenden Klotz-Kanalschiffen. Der nahe der Eisenbahn belegene Maschinen- und Lokomotivschuppen, die Lastkräne in der Mitte der Gesamtanlage, die Vorrichtungen für die Gürtelförderung von Massengütern usw. geben dem Beschauer einen Vorgeschmack von dem künftigen Umschlagverkehr auf dieser großzügigen Hafenanlage.

Die Abwägung der Biersteuer auf eingeführtes Bier haben die Minister, Kaulbach und Bisenerer erörtert. Zu einem gemeinsamen Rundschreiben heißt es: „Nachdem die städtische Steuer für Berlin am heutigen Tage (1. April) mit 80 Pf. pro Hektoliter in Kraft getreten ist, sind vier gewonnene, diese Steuer von unserer Rundschau in Berlin zu erheben.“ Als Rundschau kommen zunächst die Abnehmer in Frage, die jedenfalls den Aufschlag wieder auf die Gäste abwälzen werden.

„Aus dem Reiche Gottes.“

Die Schöneberger Kriminalpolizei hat einen raffinierten Kollektorschwindler festgenommen. Es handelt sich um den 33-jährigen ehemaligen Kaufmann Robert Dost aus Neußän, der sein eintätiges Geschäft hauptsächlich im Westen Berlins betrieb. D. betrieb bei zahlreichen Familien eine Zeitschrift „Aus dem Reiche Gottes“ unter der Vorspiegelung, daß der Reinertrag aus dem Erlöse des Blättchens der Organisation für innere Mission zuzufleßen. In Wahrheit steckte der Schwindler den ganzen Betrag jedoch in seine Tasche. Dost nahm seinen Kunden 50 Pfennige bis eine Mark für jede Nummer ab, mit dem Bemerkten, daß der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt seien. Infolge dessen schlug er bei einzelnen Familien erheblich höhere Beträge heraus. Durch einige Anfragen von Personen denen das Abtrüben milderwertige Platz verdächtig vorkam, wurde die Gesellschaft für innere Mission auf den Schwindel aufmerksam und benachrichtigte die Schöneberger Kriminalpolizei. Einer der Benannten erkamte Dost gestern nachmittags und nahm ihn fest.

Der Taschendieb an der Straßenbahnhaltestelle.

Die Tegeler Kriminalpolizei hat mit der Verhaftung eines langgesuchten internationalen Taschendiebes einen recht guten Fang gemacht. Es gelang ihr, an der Endhaltestelle der Großen Berliner Straßenbahn an der Schlossstraße einen Mann zu verhaften, der seit Jahren in Europa als Taschendieb aufgetreten ist. Es ist dies ein

Engländer, der vor einiger Zeit nach Deutschland herüberkam, um hier seine „Spezialität“ zu betreiben. Er führte seine Taschenschiebereien nur an solchen Stellen aus, wo Menschenansammlungen stattfanden, also an Haltestellen von Straßenbahnen, in Theatern usw. Auch die hiesige Kriminalpolizei fahndete schon lange auf den Verbrecher. Er wurde gestern ins hiesige königl. Polizeipräsidium eingeliefert. Es wird vermutet, daß der Verhaftete Mitglied einer weitverzweigten internationalen Bande von Taschendieben ist.

Mord oder Selbstmord?

Der mysteriöse Tod eines Gutsbesizers beschäftigt zurzeit die Schöneberger Kriminalpolizei. Am Sonnabend früh wurde von der 30 Jahre alten Frau Ida Martini aus der Pfalzburger Straße 61 zu Wilmersdorf der Polizei mitgeteilt, daß sie den 35 Jahre alten früheren Gutsbesizer Ernst Kulppe, dem sie die Wirtschaft führte, in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden habe. Der Befund ergab, daß der Tod durch Erschießen eingetreten war, und wurde, da keine Anhaltspunkte für ein Verbrechen vorlagen, ein Selbstmord des Mannes angenommen. Frau Martini begründete diesen mit seinen zerüttelten Vermögensverhältnissen. Nachträglich sind aber von verschiedenen Seiten Mitteilungen bei der Kriminalpolizei eingelaufen, die die Frau verdächtigen, Kulppe aus Eifersucht erschossen zu haben, weil für diesen kein Anlaß zu einem Selbstmord vorgelegen habe und dieser auch noch am Abend vorher sehr froh gelant gewesen sei und niemals Andeutungen darüber gemacht habe, daß er freiwillig aus dem Leben zu scheiden gedenke. Heber die Angelegenheit erhalten wir folgende nähere Mitteilungen:

Frau Martini war bis vor einiger Zeit mit einem vermögenden Fabrikanten verheiratet. Auch sie selbst war nicht unermögend. Die Ehe wurde jedoch geschieden, weil sie ihre Liebe dem Gutsbesizer schenkte. Dieser zog daraufhin mit ihr zusammen und lebte, da er selbst kein Geld mehr besaß und auch nichts verdiente, in der letzten Zeit von dem Gelde der Frau. Obwohl diese alles für ihn sorgte, war das Zusammenleben nicht glücklich, weil Kulppe neben ihr noch an andere Liebschaften unterhielt und mit diesen das von ihr erhaltene Geld verpraselte. Frau Martini dagegen mißhandelte er, besonders, wenn sich diese weigerte, ihm weiteres Geld für sein verschwenderisches Leben zu geben. Die Frau hatte sich schon einmal eine Freundin ins Haus genommen, um damit diese ihr Beistand leisten könne, doch war diese bald wieder davongegangen, weil der Mann nicht nur der Frau, sondern auch der Freundin drohte, daß er sie einfach aus dem Fenster werfen werde. In der Nacht zum vergangenen Sonnabend kam es wieder zu einem heftigen Anfall. Kulppe kam Freitagabend erst spät nach Hause und verlangte wieder von der Frau, daß sie ihm Geld gebe. Als diese sich weigerte, schlug er mit der Reitpeitsche solange auf sie ein, bis diese eintraufelte. Die nächste Szene zog sich in der Nacht von 12 bis 3 Uhr hin. Dann schloß sich die mißhandelte Frau in ihr Zimmer ein. Morgens um 8 Uhr erschien Kulppe wieder und drohte der Frau, daß er die Türöffnung einschlagen werde, wenn sie ihm nicht öffne. Auch jetzt kam es wieder zu einem wüsten Antritt. Um 7 Uhr suchte Frau Martini eine Bekannte auf und teilte dieser mit, daß sie Kulppe in seinem Zimmer erschossen aufgefunden habe. Erst dann benachrichtigte sie einen Arzt und die Polizei, die nach dem Befund und den Darstellungen der Frau einen Selbstmord annahm.

Schon am Montag lief von einem Freunde des Toten, der am Freitagabend mit ihm zusammen war, die Meldung ein, daß es mit dem Selbstmord des Gutsbesizers nicht recht stimmen könne, vielmehr ein Verbrechen vorliegen müsse. Die Nachsprüngen ergaben jedoch hierfür keinen bestimmten Anhalt. Als auch von anderen Seiten diese Andeutung laut wurde, nahm die Kriminalpolizei die Frau noch einem eingehenden Verhör unter dem Verdacht fest, ihren Geliebten erschossen zu haben. Die Frau, die sich noch in Haft befindet, leugnet zwar entschieden die Tat, doch ist es unter den gegebenen Umständen wohl leicht möglich, daß sie bei dem Antritt zur Waffe gegriffen und diese auf ihren Verdächtigten gerichtet hat. Die Pistole, aus der Kulppe den tödlichen Schuß erhielt, war am Tage vorher von der Frau auf dem Leichnam eingeklebt worden, wohin sie von Kulppe, wie viele anderen der Frau gehörenden Sachen gebracht worden war, wenn diese ihn kein bares Geld geben wollte. Die Kriminalpolizei nahm gestern nachmittag eine Durchsuchung der Wohnung in der Pfalzburger Straße vor, die jedoch nichts ergab, was zur Aufklärung der mysteriösen Angelegenheit dienen könnte. Wahrscheinlich wird die für heute vormittag angeetzte Obduktion Licht in das Dunkel der Geschichte bringen.

Ein bedauerlicher Unfall hat sich gestern vormittag in den Odeontwerken (Musikschallplatten) in Weihensee, Ledderstraße, ereignet. Der Arbeiter Fr. Koppel wurde dazu bestimmt, im Walsraum (Mischer) zu arbeiten. Dabei ist derselbe mit der rechten Hand in die Walze geraten, so daß die Hand völlig zerquetscht wurde und kaum Aussicht bestehen dürfte, dieselbe vor der Amputation zu retten. Koppel ist zwar seit circa einem halben Jahre im Betriebe der Zalcinmaschine beschäftigt, kam aber erst am gestrigen Tage als Lehrling in den Mischraum. Wenn die Schuld an dem bedauerlichen Unfall trifft, dürfte die nähere Untersuchung ergeben.

Stellunglosigkeit und Nahrungssorgen haben den 30 Jahre alten Buchhalter Leopold Jakobberg aus der Grelstr. 2 in den Tod getrieben. Jakobberg, der verheiratet und Vater eines zwei Jahre alten Knaben war, bemühte sich schon seit zwei Monaten umsonst, wieder Beschäftigung zu bekommen. Die geringen Ersparnisse waren bald verbraucht und am 1. April konnte der Mann auch die Miete nicht mehr bezahlen. Gestern vormittag ging er wieder aus, um Arbeit zu suchen, kehrte aber nicht mehr zurück. Abends erhielt Frau Jakobberg die Nachricht, daß ihr Mann sich im Grunewald in der Nähe des Bahnhofes erschossen hatte. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in Schildhorn gebracht.

Der Zirkus Carré, der sich in Reutlitz aufgetan hat, erfreut sich eines starken Zustroms des Publikums. Ein nicht weniger denn 33 Nummern umfassendes Programm bietet Lebenswertes und Unterhaltendes die Menge. Obenan steht die Pferdreedressur. Freizeitsportarten wechseln ab mit Schmalreiten, wobei recht anerkanntswerte Leistungen gezeigt werden. Auch die Löwendressur wird vorgeführt, dressierte Hunde und ein dressiertes Schwein vervollständigen das Programm der Tierdressur. Beduinen und Araber zeigen sich als gelbe Springer und Pyramidenisten. Herr Müller läßt sich von einem in voller Fahrt befindlichen Automobil überfahren, ohne daß ihm etwas geschieht. Alles in allem können sich die Darbietungen des Zirkus Carré sehen lassen.

Verlesen wurde am Montag, den 7. d. Mts., abends 1/8 Uhr, auf dem Wege von der Fabrik Vordagener Straße 29 bis zur Ecke

der Simon-Dach-Strasse eine silberne Doppelpfeifen-Ankeruhr. Der ehrliche Finder wird gebeten, selbige bei Otto Bilack, Tischler, Karlshorst, Prinz-Adalbert-Strasse 23 I oder in der Möbelfabrik G. A. A. Schulz, Vordagener Straße 29 abzuliefern.

Eine gefundene Damenuhr kann bei Gustav Eglinski, Reutlitz, Pflügerstr. 22, abgeholt werden.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern Abend um 6 Uhr wieder im Nordosten der Stadt. An der Ecke der Eibinger- und Langenbeckstraße wurde ein vierjähriges Mädchen, als es beim Spielen über den Fahrdamm lief, von einem Wagen der städtischen Straßenbahn überfahren und so schwer verletzt, daß es noch auf dem Wege nach dem Krankenhaus am Friedrichshain verstarb. Die Eltern des verunglückten Kindes konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Feuer in der Berliner Selbstfabrik. Gestern nachmittag wurde die Feuerwehre durch zweifachen Alarm nach der Berliner Selbstfabrik (M. Wengers u. Söhne) in der Köpenicker Str. 18/20 gerufen, wo im Kesselhaus Feuer ausgebrochen war. Bei Anbruch der Löschzüge brannten Zeugballen und Bretter der Dachkonstruktion. Es wurde sofort mit einer Schlauchleitung vorgegangen, wodurch es gelang, die Gefahr in kurzer Zeit zu beseitigen. — Fast gleichzeitig stand in der Zwillingstr. 8 ein Teil des Dachstuhles in Flammen. Hier nahmen die Löscharbeiten längere Zeit in Anspruch.

Der Arbeiter-Verein „Berlin“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Wanderversor unter den organisierten Parteigenossen und Genossen zu fördern, um die Arbeiterschaft Groß-Berlins mit den Schönheiten der Mark vertraut zu machen, veranstaltet am Donnerstag, den 17. April, im großen Saal des Marinehauses einen Lichtbildvortrag. Der vom Genossen Krause gehaltene Vortrag wird von Mitgliedern des Gesangsvereins Eberle durch Gesang unterstützt werden. Der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. Näheres siehe heutiges Inserat.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Vereinigung der beiden Gemeinden Lichtenberg und Rummelsburg hatte auch die Zusammenlegung der in beiden Gemeinden bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Gefolge. Sie erfolgte ab 1. April 1912 in der Weise, daß alle Geschäfte auf die Einrichtungen in Lichtenberg übernommen wurden; die für die Gerichte in Rummelsburg gewählten Wahlkörper gelten als aufgelöst. Nun liegt der Jahresbericht über die Tätigkeit aller Gerichte für das ganze Jahr zusammengefaßt vor. Als auffällige Erscheinung ist zunächst ein Zurückgehen der Klagen am Gewerbegericht zu konstatieren. Von 476 im Jahre vorher neu eingegangenen Klagen sank die Zahl auf 434 in der Berichtszeit. 28 Sachen, 25 im Vorjahre, wurden aus der abgelaufenen Geschäftszeit übernommen. Im Jahre 1912 erledigte das Gericht 408 Klagen, im Jahre vorher 476. Durch Vergleich wurden 153, durch Klagezurücknahme 106, durch Anerkenntnisurteil 9, durch Versäumnisurteil 67, durch kontradiktorische Endurteile 36, durch Abweisung 33 Klagen erledigt. In 7 Fällen klagten Unternehmer gegen Arbeiter. Wie es scheint, werden von dieser Seite leicht unberechtigte Klagen erhoben, denn in 3 Fällen erfolgte Klagezurücknahme, in einem Falle kam ein Vergleich zustande und 3 Sachen blieben unerledigt. Eine Beurteilung wurde nicht erzielt. In den Klagen war das Baugewerbe mit 101, die Holzindustrie mit 19 Sachen beteiligt. Schneider usw. klagten in 67 Fällen. Die übrigen Klagen verteilen sich auf alle anderen Berufsgruppen; Schaupisler erschienen in 3 Fällen als Kläger am Gewerbegericht. Bei 326 Klagen lautete die Forderung auf Zahlung rückständigen Lohnes und in 154 Fällen verlangten die Klager Entschädigung wegen ungetreuerlicher Entlassung. Daß Unternehmer sogar immer noch zwingende gesetzliche Bestimmungen mißachten, beweist der Umstand, daß in 12 Fällen auf Herausgabe der Invalidentenklage geklagt werden mußte. Bei den Lohnforderungen handelt es sich vielfach um beträchtliche Summen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug z. B. in 93 Fällen mehr als 50 M., in 32 Fällen mehr als 100 M. Die meisten dieser Klagen stammen aus dem Baugewerbe. Kündigungen so erwünscht wie die Sicherung der Meisterforderungen der Bauten wäre eine Vorbedingung, die den Lohn der Arbeiter sichert. Sie sind oft die bei Scheinloshaltungen am meisten und schmerzhaftesten Geschädigten. Leider nimmt die Erledigung vieler Klagen immer noch eine bedauerlich lange Zeit in Anspruch, in 129 Fällen über drei Wochen. Sehr groß war die Zahl der von dem Vorsitzenden, ohne Mitwirkung von Beisitzern, abgehaltenen Termine. In diesen kamen 120 Vergleiche — im Vorjahre 103 — zustande und 70 Versäumnisurteile wurden erlassen. An Gerichtskosten für die Parteien sind 211,02 M. eingefordert worden; der Eingang beziffert sich auf 38,12 Mark. Die Zwangsbetreibungsversuche kosten viel mehr als überhaupt gezahlt wird.

Das Kaufmannsgericht hatte im Berichtsjahre 91 Klagen zu bearbeiten gegen 134 im Jahre vorher. Die Streitfälle, soweit sie Erledigung fanden, endeten in 24 Fällen durch Vergleich, in 20 Fällen durch Zurücknahme der Klage; 3 Anerkenntnisurteile wurden gefällt, 12 Versäumnisurteile erlassen. Klageabweisung erfolgte in 8 Fällen. Die Zahl der Abweisungen war an beiden Gerichten verhältnismäßig gering. Daran kann man schließen, daß von Arbeitern und Angehörigen unberechtigter Ansprüche selten erhoben werden. Aber sie werden anscheinend geschädigt durch Vergleiche, die sie auf Inreden eingehen, wenn ihrem Klageanspruch in vollem Umfang Folge gegeben werden möchte. Während das Gesamtgewerbegericht im Berichtsjahre zu keiner Sitzung zusammenberufen wurde, hielt das Gesamtkaufmannsgericht deren 4 ab. In einem Falle erklärte es sich — leider — mit vorgeschlagenen Ausnahmen von den gesetzlichen Bestimmungen über Mandatsstrafe einverstanden. In einem anderen Falle sprach es sich für die Errichtung einer kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule aus. Aber etwas positiver war man dabei doch. Der Schulzwang für weibliche Angestellte sollte erst dann gelten, wenn er in Berlin eingeführt worden sei. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten beschäftigte sich das Kaufmannsgericht schließlich mit der Frage über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Folgende Anträge wurden dazu angenommen: In der Lebensmittelbranche soll in einem neuen Gesetz die Sonntagsverkaufszeit wie bisher 4 Stunden betragen. Ferner soll eine Raranzzeit von 1/2 Stunde zugelassen werden. Man merkt, fortgeschritten ist das Kaufmannsgericht nicht.

Wieder ein Akt preussischer Weisheit. Durch fast einstimmigen Beschluß wählte die Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar d. J. den Gen. Grauer in die Stadtdeputation. Obwohl Grauer in der Deputation für die höheren Schulen arbeiten konnte, er auch laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung das Amt

des stellvertretenden Stadtverordnetenvorrichters ausübt, hält die preussische Weisheit ihn nicht für geeignet, in der Deputation für die Volksschule tätig zu sein. Durch eine Verfügung vom 14. März dieses Jahres hat die Aufsichtsbehörde die Beurlaubung verfügt und den Magistrat, trotz Selbstverwilligung, angewiesen, eine Neuwahl zu veranlassen. Der Magistrat zieht sich mit einigen Bedauern aus der Affäre, indem er von der Nichtbeurteilung Mitteilung macht und einfach hinzufügt: „Wegen der erforderlichen Neuwahl ergeht diese Verfügung.“ — Wir nehmen an, daß die Stadtverordnetenversammlung an ihrem ersten Beschluß nichts ändern wird.

Treptow-Baumtschulenweg.

Von den höheren Lehranstalten des Ortes ist jetzt das Realgymnasium in das vierte und das Lyzeum (Mädchenschule) in das dritte Jahr des Bestehens als Gemeindegemeinschaft eingetreten. Das Realgymnasium schloß das alte Schuljahr mit 146 Schülern ab, von denen 16 außerhalb des Ortes wohnten. Das Schulgeld dieser Anstalt beträgt jährlich 180 M., kann jedoch dem 20. Teil der Schüler erlassen werden, doch müssen Reflektanten darauf die Schule mindestens bereits ein halbes Jahr mit Erfolg besucht haben. Im letzten Jahre wurden drei ganze und acht halbe Freistellen dieser Art gewährt und außerdem vier Freistellen auf Grund einer vorhandenen Stiftung. Das Lyzeum, das seit Herbst 1911 den mit rund 500 000 M. Kosten errichteten Neubau in der Baumtschulenstraße inne hat, zählte im letzten Schuljahre 129 Schülerinnen und außerdem in der Vorklasse 73 Schülerinnen und 44 Schüler, zusammen also 246 Besucher. Das Schulgeld dieser Anstalt schwankt zwischen 100 und 140 M. pro Jahr, kann aber ebenfalls mit Ausnahme der Vorklassischen fünfjährigen Schülerinnen bis zu 5 Proz. der Gesamtzahl nachgelassen werden. Die Klassenfrequenz des Lyzeums schwankte im letzten Jahre zwischen 15 und 40, beim Realgymnasium zwischen 30 und 50. Mit Beginn des neuen Schuljahres sind in beiden Anstalten neue Klassen eingerichtet. Für das Realgymnasium ist gegenwärtig ein neues Schulhaus (neben dem Rathaus) im Bau.

Rüdersdorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung gegen zwei Stimmen den Anschluß an das projektierte Kreiswasserwerk. Der Gemeindevorsteher Clemens wurde beauftragt, zwecks Erzielung günstigerer Bedingungen Verhandlungen anzubahnen.

Jugendveranstaltungen.

Stegalin-Friedenan. „Die wahren und die falschen Freunde der Arbeiterjugend.“ So lautet das Thema, über das am Freitag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, in einer öffentlichen unpolitischen Versammlung im „Albrechtshof“ in Steglitz der Genosse Dr. Kurt Rosenfeld sprechen wird. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die schulentlassene Jugend sind zu dieser Versammlung eingeladen. Es ist eine dringende Pflicht, sich über die Absichten des Bürgerlums zu unterrichten, die dieses mit seinem Verberben um die Arbeiterjugend verjagt. Die Versammlung bietet dazu Gelegenheit. Sorgt deshalb für einen Pausenbesuch!

Arbeiter-Samariterbund (Kreis Brandenburg). Am Freitagabend 8 1/2 Uhr findet ein Extra-Beisitz der Kolonnen Reutlitz in der Ideaspassage, Weichselstr. 6, statt.

Marktpreise von Berlin am 7. April 1913. nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,74 bis 19,90, mittel 19,42—19,58, geringe 19,10—19,26. Roggen, gute Sorte 15,95, mittel 16,00—16,10, geringe 15,60—16,10 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,30, mittel 15,60—16,10, geringe 15,00—15,30. Hafer, gute Sorte 17,50—19,70, mittel 16,40—17,40 (bei Wagen und ab Bahn). Reis (mitre), gute Sorte 14,50—14,90. Reis (runder), gute Sorte 15,20—15,60. Rüböl, 9,00—9,00. Fett 0,00—0,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—30,00. Linsen 35,00—30,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Nudelfisch, von der Sorte 1,80—2,40. Nudelfisch, Bausfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,80—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm Karpen 1,20—2,40. Hase 1,60—3,30. Gänse 1,40—3,00. Ente 1,40—2,30. Ente 1,20—2,40. Schote 1,60—3,20, Blei 0,20—1,60. 60 Stück Äpfel 2,00—4,50.

Witterungsübersicht vom 8. April 1913.

Stationen	Barometer Höhe am Mittags	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.	Stationen	Barometer Höhe am Mittags	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.
Emmende	759 R	0halb dd	5	5	Saparanda	755 RNE	4malen!	—	1
Hamburg	761 R	3 bedeckt	4	4	Betersburg	751 RNE	1 Sägere	1	1
Berlin	760 R	2 bedeckt	4	4	Salla	766 D	3halb dd	4	4
Kranitz	761 R	3 bedeckt	4	4	Überden	767 RNE	3 bedeckt	8	8
München	757 R	4 bedeckt	4	4	Paris	759 RNE	5 bedeckt	5	5
Wien	753 R	2 Regen	6	6					

Wetterprognose für Mittwoch, den 9. April 1913.

Teilweise heiter, aber kühl und veränderlich mit leichten Regen- oder Hagelstauern und ziemlich häufigen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Der Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Richard Lichtenberg
am 41. Jahrestag gestorben ist.
Seine feinen Aanden!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. April, nachmittags 4 Uhr, vom Kranzenträger Friedrichshain aus auf dem Andenfriedhof in Wilmersberg statt.
Um rege Beteiligung erlangt
81/12 Die Ortsverwaltung.

Möbelfabrik Adler
eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung.
Bilanz per 31. Dezember 1912.
Aktiva.
1. Anlagevermögen 52.32
2. Umlaufvermögen 29.732.91
3. Rückstellungen 10 % Abh. 2900.—
4. Verzugssch. 10 % Abh. 4070.—
5. Umlaufvermögen 10 % Abh. 640.—
6. Debitoren 14.148.71
7. Konto Dubio 50.—
8. Passiv 11.534.83
9. Passiv-Anteil 215.—
63.568.77
Passiva.
1. Kreditoren 8.635.16
2. Hypothek 2.175.15
3. Darlehen 47.933.60
4. Anteil 850.—
5. Gewinn 4.269.26
63.568.77

Ausgeschlossen sind zwei Genossen. Es bleiben also am Schluß des Geschäftsjahres acht Genossen mit einer Gesamtaktiva von 400 M. Die, sowie auch das Geschäftsjahres haben sich um je 100 M. verringert.
Der Vorstand.
August Bohndt E Rademacher.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

BIOCITIN

ist eine unerreichte Energiequelle für jeden, an dessen geistige und körperliche Kräfte die höchsten Anforderungen gestellt werden. Es steigert die Kraft und Leistungsfähigkeit des Gesunden und bildet für den Kranken und Geschwächten ein unschätzbare Hilfsmittel zur Wiedererlangung verlорener Körper- und Nervenkräfte. — Der lebenswichtigste Bestandteil der Nerven, das Lecithin, gelangt im Biocitin in vollkommenster und wohlschmeckender Form zur Darreichung. Zum Ersatz der verbrauchten Nervenkräfte und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit ist Biocitin unentbehrlich. — Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Eine Broschüre über rationelle Nervenpflege und ein Geschmacksmuster versendet kostenfrei die Biocitin-Fabrik, Berlin, S. 61/67.



JUNO

2-3 CIGARETTE

Die reellsten und billigsten
Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stuhlarten mit zehnjähriger Garantie. (3 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

Stoffe deutsch - engl. Neuheiten für Herren und Damen. Einzelverkauf zu selten billigen Preisen. Tuch-Agentur, Yorekstr. 75. pt.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Illustr. Preisliste über andere Sprech-Apparate, sowie über Violinen, Cello, Mandolinen, Gitarren, Zithern, selbstspielende Musikwerke gratis.



Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — —

Die Lieferung erfolgt sofort!

Der Preis dieses herrlichen Luxus-Modells in echt Elche, einschließlich der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose, die alle bisherigen weit in den Schatten stellt, beträgt nur 60 Mark, der einer Pathé-Doppelplatte 3,30 Mark. Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie für Apparat und Platten monatlich nur 3 Mark, bei Nichtgefallen nur die ganz minimalen Transportkosten zu zahlen. Verlangen Sie sofort Probeabgabe per Postkarte. —

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem unzerstörbaren Saphirtrift. Keine Plattenabnutzung mehr!

DIAL & FREUND
Breslau, Postfach 120/470

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerhaft, Zutaten von 25 Mark an, Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Stadtth. Bstr.)

Eine Quelle heterer Sorge für Kälter sind Schwächliche, in der Umkleung zurechtzubehalten ständ. Es kommt bei diesen hauptsächlich darauf an, die Verdauungskräfte anzuregen und den Allgemeinzustand des Körpers zu heben, wozu eine leicht verdauliche aber gut ernährende Kost erforderlich ist. „Rujale“ - Nahrung entspricht diesen Anforderungen und vereinigt hiermit den Vorzug des Wohlgeschmacks und der Angenehmheit.

Seltener Möbel-Gelegenheitskauf.

Zum Umzug gelangen zurückgenommene fast neue Speise-, Herren- und Schlaf-Zimmer, Bücherschränke, Schreibtische, Klubsessel, Kleinföbel, zwei Pianos sowie einzelne Gegenstände

unter **Selbstkostenpreis** zum Verkauf. Ferner mehrere neue Klubsessel, Ledersofas, Herren-, Speise- und Schlaf-Zimmer, einzelne Möbelstücke sowie komplette Wohnungseinrichtungen, die wir nicht weiter führen,

zum **Netto-Selbstkostenpreis** nur gegen sofortige Kassa.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.
Berliner Möbel-Versand-Haus Eduard Süßkind
Charlottenburg, Bismarckstr. 1. am Knie.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 9. April 1913.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Groß-Berlin. Das Jarmersmädchen.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Bohème.

Königl. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos.

Deutsches. Der lebende Leinwand.

Fritz Albert Schumann. Solovorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.

Leitung. Hofe Bernh.

Mammerspiele. Einnahme von Berg-op-Hoem.

Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.

Theater des Westens. Der liebe Augustin.

Berliner. Filmzauber.

Kleines. Professor Bernhardt.

Kurfürstendamm. Eschen.

Deutsches Opernhaus. Tante Simona.

Schiller. Der kleine Dorrit.

Schiller-Charlottenburg. Cyrano von Bergerac.

Romdienhaus. Hochherrschaffliche Wohnungen.

Metropol. Die Kino-Königin.

Trianon. Beim Frauen reisen.

Westens. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Puppen.

Montis Operetten. Der Zigeunerprimas.

Groß-Berlin. Das Jarmersmädchen.

Vuffen. Vor hundert Jahren.

Hofe. Herold Holmes.

Herrnsfeld. Die Schongelitziger Liebesprobe.

Casino. Arturs Flitterwochen.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Der Goldfuchs.

Walhalla. Parole Walhalla.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater am Rollendorfsplatz.

Extrazug nach Nizza.

Friedr. Will. Schauspielhaus.

Erst.

Lustspielhaus. Majolla.

Solies Caprice. Des Löwen Erwachen.

Floß-Seitensprünge.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Gege.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Fischkaffee. Hiet in St. Moritz.

Berliner Eispalast. Lebende Fischkaffee.

Sternwarte. Invalidenthr. 57-62.

Schiller-Theater O. Ballner.

Mittwoch, abends 8 Uhr.

Klein Dorrit.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Gyges und sein Ring.

Freitag, abends 8 Uhr:

Klein Dorrit.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Cyrano von Bergerac.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Freitag, abends 8 Uhr:

Cyrano von Bergerac.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Alt-Heidelberg.

(Karl Heinz; Harry Walden.)

Theater des Westens.

8 Uhr: Der liebe Augustin.

Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der Frauenstreich.

Residenz-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madama la Présidente).

Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

Sonntag, 13. April, nachm. 3 Uhr:

Ein Walzer von Chopin.

Theater am Rollendorfsplatz

Abends 8 1/2 Uhr:

Extrazug nach Nizza.

Sonabend, 12. April, nachm.: 2. Anst.

der Opernschule d. Städtischen Konfiro.

Luisen-Theater

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Vor 100 Jahren

oder: Napoleons Sieg und Fall.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vor 100 Jahren

oder: Napoleons Sieg und Fall.

Freitag, abends 8 Uhr:

Vor 100 Jahren

oder: Napoleons Sieg und Fall.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater), Markt Norden 114L.

Abends 8 Uhr:

Der Zigeunerprimas.

Germania - Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. K. Richter.

Genie Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Säger.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Nachdem Freitag.

Borgungstaxen gelten.

Morgen Donnerstag:

Großes Militär-Frei-Konzert.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“

Donnerstag, den 17. April 1913

Gr. Lichtbilder-Vortrag

im großen Saal des „Marinshauses“, Brandenburger Ufer

(1 Min. von der Jannowitzbrücke). 1/3

„Wanderers Lust und Freud“

Vortrag mit Gesang und Bildern über das Wandern von

Ferdinand Krause unter gütiger Mitwirkung von

Mitgliedern des Gesangsvereins Liberté, M. d. A. S. B.

Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang des Vortrages pünktl. 8 1/2 Uhr.

Eintrittskarten à 10 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben:

Zahlstelle I. Fritz Wählich, Skalitzerstr. 22. — Zahlstelle II.

Georg Weinhart, Grünstr. 21; Zigarrengeschäft Gottfried Schulz,

Kottbuserplatz; Zigarrengeschäft Paul Horsch, Gewerkschafts-

haus, Engel Ufer 15 und bei sämtlichen Mitgliedern.

Metropol-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Jul. Freund

und G. Dörfel.

Musik von Jean Gilbert.

In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schütz.

Karl Bachmann J. Giampietro

G. Thielscher V. Norbert

H. Bailot J. Russka Ly Winter

Reichshallen-Theater

Stettiner Säger.

„Der Goldfuchs“

Militärische

Humoreske.

Anfang

8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert.

Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters

aus Mailand. Dirig. Maestro Loreto Tesone.

Musike. 2. Garde-Regiments z. F. Dirig. Oberm. Graf.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

An allen

Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem

Eintritt.

Circus Carré.

Neukölln, Pflügerstraße.

Mittwoch, den 9. April:

4 Uhr Zwei 8 Uhr

Gala-Festspiele.

Nachm. halbe Preise für Kinder.

35 Attraktionen

in jeder Vorstellung.

Billett-Vorverkauf bei

A. Wertheim.

Walhalla-Theater.

Heinrichsberg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr

Parole: Walhalla!

Große Jahresrevue.

Borgungstaxen haben täglich Gültigkeit.

Passage-Panoptikum

DER LEBENDE

LEICHNAM

Das Wunder atavistischen Ver-

scheidens. LEBEND!

FUSSKÜNSTLER SARTON

Der armlose

PAGANINI

Alles lebend!

Alles ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater.

Badstraße 58.

Mittwoch, den 9. April 1913:

Lassalles Ende.

Drama in 4 Akten von A. Herbrand.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich 8 Uhr:

Wenn Frauen reisen ...

Sonntag 3 Uhr: Der selige Toupinot.

Theater Königstadt-Casino.

Edelholzmarkt u. Alexanderstraße.

1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke

Ich komme

von Herrn

Meyer!

und das erstklassige

Spezialitäten-Programm.

Urania.

Taubenstraße 48/49.

Wissenschaftliches Theater.

Abends 8 Uhr:

„Hohenzollern“-Fahrten.

Folies Caprice.

Des Löwen Erwachen.

Hoffe von Bernhard Habel.

Der Rehbod.

Hoffe mit Gelang von Theo Hallen.

Floß-Seitensprünge.

Hoffe von Günter und Taucha.

Anfang 8 1/2 Uhr. Vorpost 11-2 Uhr.

Nur noch 8 Tage!

Zirkus

Albert Schumann.

Heute Mittwoch, den 9. April,

abends 8 Uhr:

Große Vorstellung.

U. a.:

Dir. Albert Schumann

m. sein. neuesten Kreationen.

10 Lio-Hoi-Tsch'n's 10

chinesische Gaukler.

Acrobatic - Doppel-Jockey-Act

Gebr. Powell.

MIS Mabel O'Brien

Reitkünstlerin

und das übrige Glanzprogramm.

Um 6 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Stürme der Heiterkeit erregt

die neue urkomische Hoffe

Arturs Flitterwochen.

Zu der erstklassige bunte Teil.

Nur Vitzillationen 1. Rang.

Admiralspalast

Eis-Arena

Abends 9 Uhr:

Das sensationelle Eisballett

Flirt in St. Moritz.

Die kleine Charlotte.

Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr

halbe Kassapreise.

Restaurant 1. Rang.

Wein- und Bier-Abteilung

Für den Inhalt der Inserate

übernimmt die

